

NEUE ZEIT

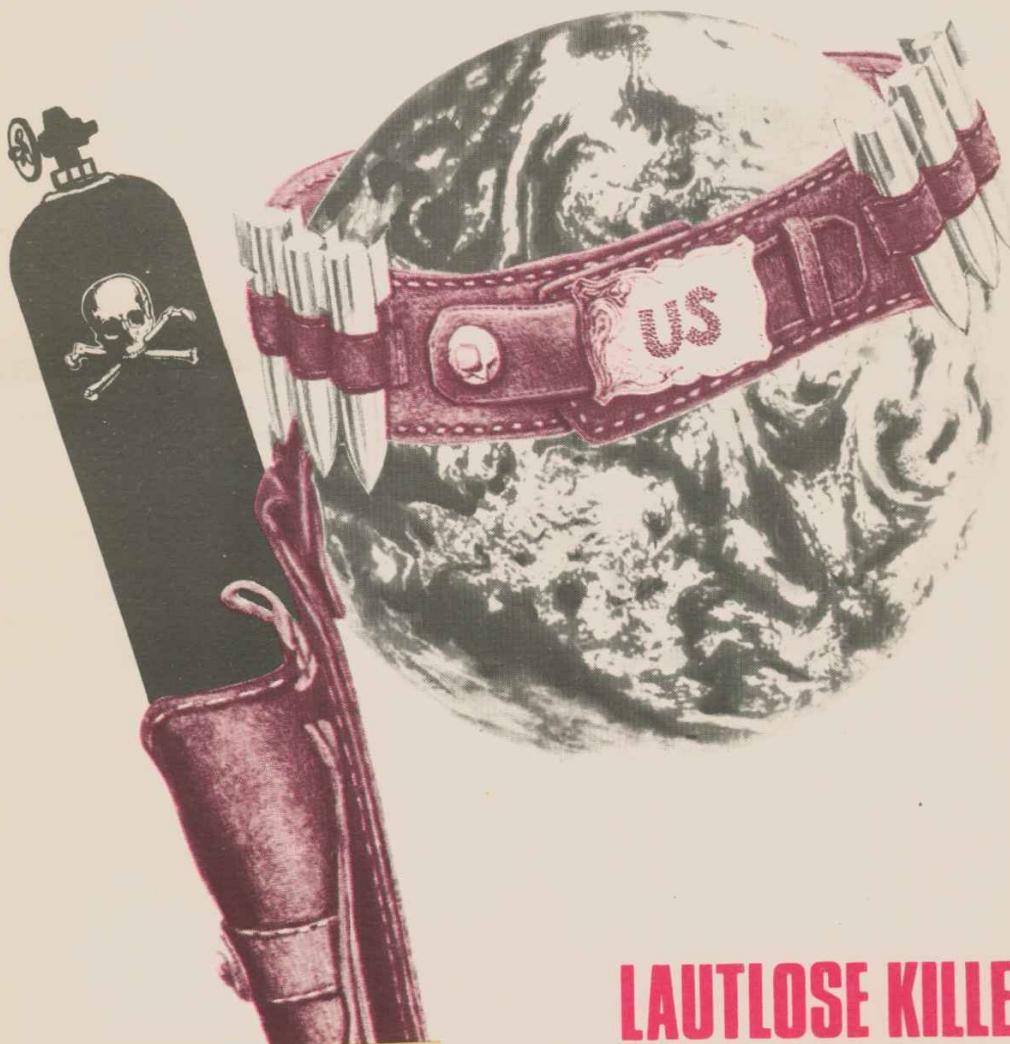
MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

JUNI 1985

25

auf-
genommen

Institut der Zollverwaltung der DDR
„HEINRICH RAU“
1501 Plötzin, Ortst. Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek



LAUTLOSE KILLER-
GESTERN UND HEUTE

1500 9003 1529
ZOLLVERWALTUNG
14159 25 151 394 347
PLIES

10 Mio t Fisch und Seeprodukte werden in der UdSSR jährlich gewonnen. Das macht 18 kg pro Kopf der Bevölkerung aus. Das Lebensmittelprogramm sieht vor, diese Kennziffer schon in den nächsten Jahren um 1 kg zu heben. Die Arbeiter des Meers können diese Aufgabe durchaus bewältigen. Die sowjetische staatliche und kollektivwirtschaftliche Fischfangflotte zählt über 15 000 Schiffe, darunter über 2000 Großschiffe.

Bei der schweren Arbeit helfen den Fischern aktiv Suchschiffe und -flugzeuge sowie Forschungsinstitute. Aber selbst die modernste Technik kann den Men-

schen nicht ersetzen. Wenn die Fischzüge kommen, wird 12 Stunden am Tag gearbeitet. Zudem sind Fische eine empfindliche Ware und müssen möglichst schnell bearbeitet werden.

Im Fernen Osten und in den arktischen Meeren befinden sich unsere größten Fanggründe. Neben den staatlichen Flottillen fahren auch kollektivwirtschaftliche Schiffe auf See. Unsere Fotos kommen aus der Fischerei-Kollektivwirtschaft „Jenissej“ (Rayon Dudinka, Region Krasnojarsk).

**Gennadi Suslow,
Brigadier einer
Jugendbrigade von
„Jenissej“, Deputierter
des örtlichen Sowjets,
Mitglied des Stadtkomitees
der KPdSU.**



**Schiffe der
Kollektivwirtschaft
auf See.**



**Kreischende Möwen,
salziger Wind,
stürmische See:
Romantik der Fischer.**

Reiche Beute!

Fotos:
W. Kornejew



VERANTWORTUNG DER UNO

Zwei Jahrestage — die endgültige Zerschlagung des Faschismus und die Entstehung einer Weltorganisation zur Wahrung der kollektiven Sicherheit — fallen zusammen, und das ist kein Zufall.

Der Gedanke an eine solche Organisation kam während des Krieges auf und war von der Notwendigkeit diktiert, die Anstrengungen der Staaten zur Abwehr der über allen schwebenden Todesgefahr zu vereinigen. Selbst der Name, Organisation der Vereinten Nationen, kommt von jenen "Vereinten Nationen", die zur antifaschistischen Front gehörten: eine wichtige Lehre, ja eine Mahnung, die nicht vergessen werden darf, denn die Menschheit hat diese Erfahrung mit viel Blut bezahlt.

Vor 40 Jahren, als der Weltkrieg noch nicht Geschichte war, war es schon unaufschiebbar, einen neuen Kriegswahnsinn abzuwenden. Am 26. Juni 1945, noch vor der Zerschlagung des militaristischen Japan, wurde auf einer Konferenz in San Francisco die UNO-Charta unterzeichnet. Am 24. Oktober trat sie in Kraft, somit begann die Organisation zu funktionieren. Die Feierlichkeiten, die in diesem Herbst am Tage des 40jährigen Jubiläums der UNO in ihrem New Yorker Hauptquartier stattfinden werden, sind ein Tribut der Öffentlichkeit an dieses Ereignis, das in der Geschichte der Menschheit nicht seinesgleichen kennt, denkt man an die Ausmaße der vereinigten Anstrengungen und ihr Ziel. In der Charta ist von der Notwendigkeit die Rede, "den kommenden Generationen die Kriegsschrecken zu ersparen", davon, daß die Völker "Duldsamkeit an den Tag legen und in Frieden, als gute Nachbarn nebeneinanderbestehen" sollen. Diese Formel, die in eine internationale Urkunde aufgenommen und von zahlreichen Staaten akzeptiert wurde, bedeutet einen Sieg des gesunden Menschenverstands. Sie basiert auf einem für die internationales Beziehungen neuen Prinzip der friedlichen Koexistenz, d. h. auf guter Nachbarschaft.

1945 war sie ein Axiom, an welches sich die Menschheit halten mußte, um zu überleben. Heute ist das noch selbstverständlicher und nicht bloß ein frommer Wunsch. Nicht von ungefähr sagte Perez de Cuellar, der gegenwärtige UNO-Generalsekretär, in einem seiner jüngsten Interviews: "Wenn die Mitgliedsstaaten die feste Absicht hätten, sich strikt an den Buchstaben dieser Satzung zu halten, ganz zu schweigen von ihrem Geist, könnte die Organisation sehr erfolgreich funktionieren." Und

folglich die in sie gesetzten Hoffnungen rechtfertigen.

Die wichtigste darunter ist, wie es in der Charta auch heißt, die Kriegsgefahr abzuwenden. Doch gerade hier beginnt die Polarisierung zwischen den führenden Großmächten und ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates, auf denen eine besondere Verantwortung liegt.

Diese Trennlinie zeichnete sich gleich von Anfang an. Schon auf der 1. UNO-Vollversammlung brachte die UdSSR-Delegation den Vorschlag über die allgemeine Reduzierung und Regelung der Rüstungen, einschließlich des Verbots von Produktion und Nutzung der Atomenergie zu militärischen Zwecken, ein. Der amerikanische Baruch-Plan aus demselben Jahr zielte darauf ab, den USA ihr Atommonopol zu erhalten. Schon in diesem Zusammenstoß spiegelten sich wie in einem Tropfen Wasser zwei politische Kurse wider. Sie lassen sich ohne weiteres in allen 40 Jahren des UNO-Bestehens verfolgen. Die UdSSR unterbreitete über 100 umfassende Initiativen zu den Schlüsselproblemen des internationalen Lebens, vor allem zur Verhütung eines Krieges und zur Reduzierung des Wettrüstens. Die USA dagegen beschränkten sich meist auf ihre Lippenbekenntnisse zum Frieden, bezogen jedoch immer wieder eine obstruktivistische Position.

Mehr noch, immer häufiger sehen sie sich in der Minderheit und sogar in völliger Isolierung. Deshalb greift man amerikanischerseits zu offenen Ausfällen gegen die UNO, übt jeden möglichen, auch finanziellen Druck auf die Mitgliedsstaaten aus und versucht, sich über die Völkerrechtsnormen zu erheben. Es ging so weit, daß die UNO-Charta, wie der derzeitige Präsident erklärt, den USA das "Recht" gebe, die ihnen nicht genehmen Regierungen souveräner Staaten zu beseitigen.

Man braucht kein Prophet zu sein, um zu wissen: Das "Recht des Starken" und die Nichtanerkenntnung der völkerrechtlichen Normen bergen unzählige Gefahren für die Menschheit in sich. Das endlose Wettrüsten, das jetzt von den USA auch noch auf den Weltraum ausgedehnt wird, führt unseren Planeten hart an den Rand eines schicksalhaften Abgrunds. Die Menschheit ist an einem Punkt angekommen, an dem die Sicherheit nicht durch Hortung von Waffen erreicht wird, sondern einzig und allein durch Abrüstung, durch den Verzicht auf Gewaltanwendung, durch den Ausbau der internationalen Zusammenarbeit.

All das bedeutet die Erhöhung der Rolle der UNO, die heute als Organisation von 159 Mitgliedern (gegenüber 51 im Gründungsjahr) wie nie zuvor die Meinung der Weltöffentlichkeit vertritt. Auf der jüngsten Vollversammlung wurden zu den Abrüstungsfragen 72 Resolutionen angenommen. Das ist eine Rekordzahl. Der Wille ist also da. Er muß zu konkreten Handlungen verdichtet werden, wenn die Menschheit die vor 40 Jahren so präzise formulierten Ziele erreichen will.

Die Kindheit meiner Generation fiel in den Krieg, wir hungrten und froren und hörten Kanonendonner. Für mich war der Krieg ein ganzer Lebensabschnitt. Wie meine Altersgefährten, so fühle auch ich mich eng mit der Generation der Frontsoldaten verbunden. Für den Sieg ist mein Vater, Leutnant Wachnin, in Karelien gefallen. Den Helden Tod starb ein Onkel von mir, und seine beiden Brüder waren vom ersten bis zum letzten Kriegstag Soldaten. Die 1418 Tage brachten Verluste, aber auch Hoffnungen, Heldenaten und den Sieg mit sich. Ein Weiser sagte einmal, daß jeder Mensch ein Haus bauen, einen Baum pflanzen und einen Sohn großziehen soll. Heutzutage kommt noch eine Pflicht hinzu: für den Frieden kämpfen. Nur, wenn alle gutgewillten Menschen an diesem Kampf teilnehmen, wird unsere Erde unbeschadet ihren ewigen Kreislauf im All fortsetzen können.

A. WACHNIN

Syktiwkar, ASSR der Komi

Ich bin mit Viktor Gutschin einverstanden, der in dem Beitrag "Achtung, Umweltterror!" (Heft 11/85) schreibt, daß der Kapitalismus die Hauptschuld an der Umweltzerstörung trägt. Es ist aber allgemein bekannt, daß auch durch die sozialistische Wirtschaft die Umwelt beträchtlich beeinträchtigt wird. Sicherlich ist es unter den gegenwärtigen weltpolitischen Bedingungen nicht möglich, daß der Sozialismus die Umweltprobleme allein in vollem Umfang löst. Hier stimme ich voll mit den Gedanken überein, die in dem Beitrag von L. Kapiza und J. Fjodorow "Alternative des Raketenzeitalters" (Heft 12) geäußert werden. Ich finde aber, daß, da jeder Mensch letztlich zur Umweltverschmutzung selbst beiträgt, auch jeder Mensch einen Beitrag leisten muß, die Umwelt zu erhalten. Dafür ist die Weckung eines gesellschaftlichen Bewußtseins notwendig. Ich verstehe, das ist nicht so einfach. Die Geschichte lehrt aber, daß der Sozialismus den schwierigsten Aufgaben gewachsen ist, wenn das im Interesse der Allgemeinheit liegt.

Johannes Hoeft
Ilmenau, DDR

Jim Knox hat die Rolle des von ihm geleiteten Gewerkschaftsverbandes Neuseelands beim Wahlsieg der Labourpartei richtig beurteilt (Heft 11/85). Deren Beschuß, unsere Häfen für kernwaffenbestückte Schiffe zu sperren, hat internationale Resonanz gefunden. Ich glaube aber, daß die Innenpolitik der Labourpartei, namentlich in der Wirtschaft, nicht dazu angetan ist, den Werktagen mehr die Sicherheit zu geben, daß ihr Lebensstandard steigen wird. Die Politik des "freien Marktes" hilft den Kapitalisten schon lange, auf der Jagd nach Höchstgewinn die Werktagen auszubeuten. Nur fortschrittliche Maßnahmen gegen die Konzerne können dieser Partei Rückhalt bei den Arbeitern sichern.

Joe GUY

Auckland, Neuseeland

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Nr. 25 JUNI 1985

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktsionskollegium: L. BESYMENTSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, A. PIN, B. PIITSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe:

R. KRESTJANINOW

Gestaltung: A. Garanin

IN DIESEM HEFT:

Verantwortung der UNO (Wort des Redakteurs)	1
Erklärung der Sowjetischen Regierung	3
TASS-Erklärung	4
L. Medwedko — USA—Naher Osten. Blutige „Friedensstiftung“	5
L. Mironow — UdSSR—VR Bulgarien. Zusammenwirken in allen Bereichen	7
G. Rjabow — Weltraum. Neuer Start	7
W. Tscherpachin — Indien. Wohin führen die Fäden?	8
G. Galperin — Afrika. Wem nützt die „Brücke“ Lissabon—Afrika?	10
A. Usowatow — Der Druck wird verstärkt (Kommentar)	11
W. Boikow — NATO. Weiter auf altem Kurs	12
W. Godyna — Südkorea. Heißer Monat Mai	13
R. Panteleimonow — ILO. „Dreiseitige“ Einseitigkeit	14
N. Sholkwer — Sture Puppenspieler (Kommentar)	15
Notizen ◆ Glossen	16
Die Befreiung (NZ-Rundfischgespräch)	18
D. Pogorshelski — „Die höhere Form des Tötens“ (Zeitgeschichte)	22
W. Korotschanzew — Madagaskar. Bewahrt seine nationale Würde	26
W. Putschkow — Bangladesch. Unter dem Kriegsrecht	28
Man fragt uns...	29
S. Goljakow — Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Seit dem ersten Einsatz chemischer Waffen sind 70 Jahre vergangen. Faktisch ununterbrochen wird seitdem beharrlich für das Verbot und die Vernichtung dieser Massenvernichtungswaffen gekämpft. Die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder treten am aktivsten dafür ein. Aber trotz aller Proteste der friedliebenden Kräfte und trotz des 1925 unterzeichneten Genfer Protokolls setzen die imperialistischen Länder, in erster Linie die USA, diese barbarische Waffe wiederholt ein. Sie produzieren die "lautlosen Killer" weiter. [Siehe S. 22.]

Titelbild: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau
Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschad. Rufnummern: 229-88-62, 209-07-67 (Auskünfte). Telefax: 411164c NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU, Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschad, Moskau.



Am 7. Juni traf sich Michail Gorbatschow im Kreml mit Todor Shiwkov, Generalsekretär des ZK der Bulgarischen KP und Vorsitzender des Staatsrates der VR Bulgarien, der zu einem freundschaftlichen Arbeitsbesuch in Moskau eingetroffen war. [S. 7]. TASS-Foto: Gespräch im Kreml

gennahme und Billigung der Mitteilung Vitali Worotnikows über die Ergebnisse der Reise einer RSFSR-Delegation nach Kanada betonte das Politbüro das Streben der UdSSR, die für beide Seiten nützlichen Beziehungen zum Wohl unserer beiden Völker, zur Festigung des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit noch mehr auszubauen.

Die bei den sowjetisch-tschechoslowakischen Verhandlungen erzielten Vereinbarungen und das in Moskau unterzeichnete Programm zur langfristigen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit bis zum Jahr 2000 eröffnen neue Perspektiven dafür, den gesamten Komplex der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern auf ein noch höheres Niveau zu heben und sie qualitativ zu bereichern. Nach der Entge-

Am 6. Juni veröffentlichte die sowjetische Presse eine TASS-Erklärung dazu, daß das Landesamt für Fragen der Ozeane und der Atmosphäre des Handelsministeriums der USA mehreren Konsortien Lizenzen für die Prospektion von Manganerzkonkretionen an Abschnitten des internationalen Gebiets des Meeresgrunds im Pazifik vergeben hat.

ERKLÄRUNG DER SOWJETISCHEN REGIERUNG

Nachrichtenagenturen zufolge ist in Indonesien Mohammed Munir, namhafter Funktionär der indonesischen und der internationalen Arbeiterbewegung, Mitglied des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Indonesiens, Vorsitzender des Nationalrates des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Indonesiens (SOBSI), Vizevorsitzender des Weltgewerkschaftsbundes, hingerichtet worden. In Djakarta wurde offiziell die bevorstehende Hinrichtung weiterer drei Funktionäre der Kommunistischen Partei — Rustomo, Djoko Untung und Gatot Soetarjo — bekanntgegeben. Sie alle wurden nach den Ereignissen von 1965–1967 wegen revolutionärer Tätigkeit verurteilt und verbrachten viele Jahre neben zahlreichen anderen Patrioten in den Todeszellen.

Die neue Welle des antikommunistischen Terrors rollt durch Indonesien trotz entschiederer Proteste und Appelle von Regierungen mehrerer Länder, von vielen internationalen und nationalen gesellschaftlichen Organisationen und politischen Parteien. Die grausamen Repressalien gegen die mutigen Patrioten, von denen viele Jahrzehntlang für Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Heimat kämpften, sind eine Herausforderung der Weltöffentlichkeit, eine Verletzung der elementaren Menschenfreiheiten, darunter auch der in der allgemeinen Deklaration der Menschenrechte und in anderen allgemein geltenden Dokumenten festgeschrieben.

Hinter der neuen Verschärfung der antikommunistischen Repressalien in In-

donesien sieht man die Versuche der internationalen imperialistischen Reaktion, Revanche im Klassenkampf zu nehmen und die positiven Tendenzen in der Entwicklung der freigewordenen Länder zu behindern. Die tragischen Ereignisse in Indonesien können keineswegs seinen Interessen als blockfreiem Entwicklungsland und seinem Prestige in der Weltöffentlichkeit dienen.

Die Sowjetregierung verurteilt entschieden den antikommunistischen Terror, der in Indonesien erneut entfesselt wird, und fordert die indonesische Regierung auf, der Stimme der Weltöffentlichkeit, der Stimme der Vernunft, der Menschenliebe und der Gerechtigkeit Gehör zu schenken.

Die UdSSR erkannte und erkennt Handlungen von wem auch immer nicht an, die der UNO-Seerechtskonvention nicht entsprechen und ihren Ausdruck in der willkürlichen Aneignung von Ressourcen des internationalen Gebiets des Meeresgrunds finden, heißt es u. a. in der Erklärung. Die Erteilung von Lizzenzen für Abschnitte des genannten Gebiets des Meeresgrunds durch die USA-Behörden in Verletzung der Konvention, unter der gegenwärtig die Unterschriften von mehr als 150 Staaten stehen, und unter Umgehung der Vorbereitungskommission für ein internationales Organ für den

Meeresgrund und des internationalen Tribunals für das Seerecht ist unrechtmäßig und widerspricht dem Willen und den Interessen der weitaus meisten Staaten.

Das State Department der USA verweigerte einer sowjetischen Delegation unter Generaloberst David Dragunski, zweifacher Held der Sowjetunion, Vorsitzender des Antizionistischen Komitees der sowjetischen Öffentlichkeit, die Einreise- genehmigung. Auf Einladung der fortgeschrittenen US-Öffentlichkeit hätte sie an einer Festansitzung zum 40. Jahrestag des

Sieges über den Faschismus im zweiten Weltkrieg, einer Veranstaltung des Nachrichtenblattes des ZK der KP der USA "Jewish Affairs", teilnehmen sollen.

In Moskau fand eine Sitzung des Sowjetischen Komitees zum Schutz Sergei Antonows statt. Die Öffentlichkeit verurteilte entschieden die antibulgarische und antifaschistische Kampagne um den "Fall Antonow". Das Komitee beschloß, seine Anstrengungen mit denen zahlreicher analoger Organisationen im Ausland zu koordinieren.

TASS-ERKLÄRUNG

TASS ist ermächtigt, folgendes zu erklären:

US-Präsident Reagan hat am 10. Juni eine Erklärung über die Politik der USA gegenüber den geltenden Verträgen und Abkommen auf dem Gebiet der Begrenzung der strategischen Rüstungen abgegeben. Das vom Präsidenten Gesagte bestätigt mit aller Deutlichkeit, daß die US-Administration beschlossen hat, die Sache auch weiterhin zur Zerstörung des Vertragswerks zu führen, das das nukleare Wettrüsten eindämmt, und dabei mit der Torpedierung des sowjetisch-amerikanischen SALT-2-Vertrages zu beginnen.

In letzter Zeit hat die amerikanische Führung bekanntlich fieberhaft Varianten durchgespielt, wie man mit den von diesem Vertrag auferlegten Beschränkungen Schlüß machen könnte. Die Variante, die Feststellungen von SALT 2 weiterhin einzuhalten, wurde amerikanischerseits rundweg abgelehnt, weil sie keineswegs in die militärstrategischen Pläne der Administration hineinpäße. Zugleich wurde eine direkte und offene Abkehr von den Verpflichtungen angesichts der in den USA selbst, unter deren Bündnispartnern und in der ganzen Welt bestehenden Stimmungen für riskant befunden. Daher die Suche nach einer Formel, die den wahren Sinn der vom Weißen Haus getroffenen Entscheidung verschleiern würde.

Man ist im Endeffekt darangegangen, schrittweise vom Vertrag zurückzutreten und die von ihm vorgesehenen Beschränkungen eine nach der anderen über Bord zu werfen. Man will seine lebenswichtigen Festlegungen in dem Maße amputieren, wie sie zu einem Hindernis für die in Angriff genommenen Programme zur Schaffung und Aufstockung strategischer Rüstungen werden.

Mehr noch. Die eigentliche Abkehr vom Vertrag wird zum Vorwand für die fortwährende Realisierung dieser Programme genommen. Der Präsident hat geradeaus erklärt, daß er dem Pentagon Order gegeben habe, das "Programm zur Modernisierung der strategischen Kräfte der Vereinigten Staaten zu erweitern".

Die US-Administration, die den Weg der Verletzung des Vertrages immer weiter geht, greift zu einer von ihr schon seit langem erprobten Methode und erhebt offenkundig erfundene Anschuldigungen gegen die andere Seite.

Es wird beispielsweise behauptet, die Sowjetunion besitze nun den zweiten neuen Typ einer interkontinentalen ballistischen Rakete, SS 25. Dabei ist dem Präsidenten sicherlich bekannt, daß der zweite neue Typ einer sowjetischen strategischen Rakete überhaupt nicht existiert. Für die neue Rakete wird die alte SS-13-Rakete ausgegeben, die in genauer Übereinstimmung mit dem SALT-2-Vertrag modernisiert wird. Man beruft sich auf diese sowjetische Rakete, um den USA das "Recht" auf die Verletzung einer der wichtigsten Bestimmungen des Vertrages auszubedingen und außer der MX-Rakete eine weitere strategische Rakete, "Mid-gefman", zu schaffen. Daß dies eine Unterstellung ist, geht schon daraus hervor, daß Washington den Beschuß über die Schaffung dieser Rakete angenommen und sogar bekanntgegeben hat, lange bevor die Erfindungen von der SS-25-Rakete in Umlauf gesetzt wurden. Mit Hilfe dieses Falschspielertricks versucht man, die vorprogrammierte Vertragsverletzung im nachhinein zu rechtfertigen.

Hinter dem jetzigen Beschuß Präsident Reagans, von SALT 2 zurückzutreten, zeigt sich eine lange Spur von überaus groben Verstößen der Vereinigten Staaten gegen internationale Abkommen und Vereinbarungen auf dem Gebiet der Rüstungsbegrenzung, angefangen damit, daß es die amerikanische Seite war, die den SALT-2-Vertrag nicht ratifizierte. Und wiederum war es sie, die das Protokoll, einen festen Bestandteil des Vertrages, überhaupt über Bord warf. Es sei daran erinnert, daß die Marschflugkörper großer Reichweite laut Protokoll begrenzt oder sogar verboten werden sollten. Somit wurde dem Prozeß der Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen ein schwerer Schlag versetzt. Infolgedessen ist eine neue Klasse der strategischen Waffen,

deren Zahl heute schon in die Tausende geht, aufgekommen.

Direkte Umgehung von SALT 2 wurde die Stationierung neuer nuklearer US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu dem Zweck, das strategische Gleichgewicht zu zerstören und für die USA eine militärische Überlegenheit zu erlangen. Darauf zielt auch das "Sternenkriegs"-Programm ab, das vorsieht, gleichzeitig mit der Aufstockung der strategischen Offensivwaffen Weltraumangriffswaffen, ein breit angelegtes System der sogenannten Raketenabwehr zu schaffen.

Bei der Bekanntgabe des Standpunkts seiner Administration zum SALT-2-Vertrag wies der Präsident warnend darauf hin, daß Washington unter seine Zerstörungsarbeit keineswegs einen Schlußstrich ziehe und sich die Möglichkeit offenlasse, in diese Richtung auch weiter zu gehen. Als der Präsident etwa erklärte, die USA wollten ein "Poseidon"-U-Boot aus der Bewaffnung herausnehmen, sobald die US-Seestreitkräfte ein weiteres modernes atomgetriebenes "Trident"-U-Boot in ihr Arsenal aufgenommen hätten, befand er, dies sei eine einmalige Maßnahme und besäße keineswegs, daß er auch im weiteren so verfahren werde. Im ganzen ändert der Beschuß hinsichtlich des "Poseidon"-U-Bootes nichts daran, daß die Vereinigten Staaten das Positive auf dem Gebiet der Begrenzung der strategischen Rüstungen torpedieren, was durch die Bemühungen beider Seiten geschaffen wurde.

In Washington muß man sich darüber im klaren sein, welche Folgen die Haltung des Weißen Hauses zum SALT-2-Vertrag haben kann. Man soll sich nicht darüber täuschen, daß es der amerikanischen Seite erlaubt sein wird, nach eigenem Ermessen zu bestimmen, welche Verpflichtungen einzuhalten sind und welche nicht. Es wäre ein gefährlicher Irrtum zu erwarten, daß sich die andere Seite einer solchen Linie der USA anpassen würde.

Die Sowjetunion wird hieraus die entsprechenden Schlüsse ziehen, die von den Interessen ihrer Sicherheit und der Sicherheit ihrer Verbündeten diktiert werden.

BLUTIGE „FRIEDENSSTIFTUNG“

Dr. sc. Leonid MEDWEDKO

Im Mai absolvierte US-Außenminister, George Shultz, eine Blitzreise durch den Nahen Osten. Er besuchte Israel, Ägypten und Jordanien. Da in Libanon inzwischen erneut die Kriegsflamme aufloderte, zog es der Außenminister vor, Beirut diesmal zu meiden. Das sah offensichtlich die "strategische Rollenverteilung" zwischen den USA und Israel vor. Während Tel Aviv den Kriegsherd schürt, löst ihn Washington angeblich, um sich als Friedensstifter anzubiedern. Hauptziel des jüngsten Shultz-Trips bestand — laut USA-Presse — darin, "dem Prozeß der Nahostregelung einen neuen Impuls zu geben". Es ist kein Geheimnis, daß damit keine Regelung, sondern separate Abmachungen in der Art von Camp David gemeint sind. Davon zeugte eindeutig der Standpunkt der US-Administration bei den Verhandlungen mit Jordaniens König Hussein, der Anfang Juni Washington besuchte.

Warum hielt man in Washington gerade die jetzige Situation für günstig, um eine neue Runde der "friedensstiftenden Diplomatie" einzuleiten? Dafür gibt es mindestens zwei Gründe.

Der eine Grund besteht in der Verschärfung der Lage in Libanon nach dem angepriesenen "freiwilligen" Abzug israelischer Truppen aus dem Süden und nach erneutem Aufflammen von Zusammenstößen sich befehdender Gruppierungen im Land. Der zweite Grund liegt in der Spaltung der arabischen Welt, die sich noch weiter vertieft, nachdem Jordaniens König Hussein und Yasser Arafat in Amman ein Abkommen über mögliche Verhandlungen einer "jordanisch-palästinensischen Delegation" mit Israel unterzeichnet hatten.

Washington paßte diesen Zeitpunkt ab und versucht nun, das Zustandekommen "direkter", d. h. separater Verhandlungen zwischen Israel und der "gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation" zu beschleunigen. Unter diesem Deckmantel schüren sie indessen den Kriegsbrand im Nahen Osten weiter.

Truppen-„Abzug“ zum Krieg

Nach Bekanntgabe des "etappenweisen
„NEUE ZEIT“ 25.85

Abzuges" seiner Truppen aus den besetzten Gebieten, ging Israel unverzüglich zur etappenweisen Provokierung neuer militärischer Zusammenstöße im leidgeprüften Libanon über. Erstens nahmen Israelis ihre räuberischen, Tod und Verwüstung bringenden Überfälle wieder auf. Hunderte von Rangers überfielen mit Panzern und SPW Dörfer, wo vorher nur einige Dutzend Besatzer Quartier bezogen hatten.

Der UNO-Sicherheitsrat verurteilte einhellig die neuerlichen Verbrechen der Aggressoren. Der US-Vertreter jedoch — und das nicht zum ersten Mal während der Libanon-Krise — legte sein Veto gegen die Resolution ein, die die Einstellung des Vandalismus fordert. Das fällt besonders ins Gewicht, nachdem Israel seine Absicht kundgefan hatte, auf libanesischem Boden einen "Sicherheitsgürtel" zu schaffen; mit anderen Worten — einen Teil dieses Landes abzuspalten. Wie es in einer TASS-Erklärung vom 9. Juni heißt, "tut Israel alles, um seine Kontrolle über einen Großteil des libanesischen Territoriums faktisch aufrechtzuerhalten".

Mehr noch, Washington unterstützte Tel Aviv und begann an der Küste Libanons Schiffe mit Marineinfanterie, die Anfang vergangenen Jahres mit Schande abziehen mußten, zusammenzuziehen.

Zweitens begann man mit offenkundigem Segen Washingtons und unverhüllter Unterstützung Tel Avivs, eine neue Variante der Operation "Zange" durchzusetzen. Neben dem bewaffneten Terror Israels und den militärpolitischen Demonstrationen der USA, erhob die libanesische Reaktion erneut ihr Haupt. "Al-Nida" zufolge versuchten rechte christliche Formationen die Integrität und Unabhängigkeit des Landes offen in Frage zu stellen, im Bestreben, das alte Projekt der "Absonderung verschiedener Glaubensrichtungen" zur Umwandlung Libanons in ein israelisches Protektorat zu verwirklichen.

Drittens versucht Tel Aviv gemeinsam mit Washington, den Bürgerkrieg in Libanon mit allen Mitteln auszuweiten. Dabei werden nicht nur die Fehden zwischen den christlichen und moslemischen Formationen ins Kalkül gezogen.

Auch die blutigen Kämpfe zwischen den schiitischen Amal-Milizen und den Palästinensern, die Ende Mai–Anfang Juni in den leidgeprüften Flüchtlingslagern in Beirut und seiner Umgebung aufflammten, spielen den Aggressoren in die Hand. Hunderte von Opfern gibt es unter zivilen Lagerinsassen; die allgemeine innenpolitische Lage hat sich verschärft, es besteht die Gefahr, daß die kriegerischen Zusammenstöße auf ganz Libanon übergreifen. Das alles wirkt sich ungünstig auf die ganze Situation im Nahen Osten aus.

Die amerikanisch-israelischen strategischen Verbündeten nutzen — wie schon früher — die verschärzte innenpolitische Krise in Libanon zur Verstärkung ihrer militärischen Einmischung. Den gleichen Verlauf nahmen die Ereignisse von 1958, Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre. Damals waren es jedoch entweder die USA oder Israel, die die innenpolitischen Erschütterungen zum Anlaß militärischer Interventionen nahmen. Dagegen kann man jetzt auch von Vorbereitungen einer gemeinsamen amerikanisch-israelischen militärischen Einmischung sprechen. Auch der Einsatz sogenannter multinationaler Streitkräfte der NATO ist nicht auszuschließen. Die Seestreitkräfte der NATO zeigen unablässig ihre Bereitschaft, mögliche Kriegsbrände zu "lösen". In Wirklichkeit gießen sie Öl ins Feuer, sei es am östlichen Mittelmeer oder am Persischen Golf, wo der iranisch-irakische Krieg immer verheerendere Ausmaße annimmt. Israel bekundet offen sein Interesse an einer maximalen Schwächung dieser beiden kriegsführenden Staaten.

Arabische Völker werden erneut herausgefordert. Die Bedrohung der Unabhängigkeit und Souveränität, der territorialen Integrität und Freiheit, ja der Existenz vieler arabischer Länder wächst. Angesichts der durch Washington angeheizten Spannung, die Gefahren einer nuklearen Katastrophe in sich birgt, ist eine solche Bedrohung besonders unheilvoll und hat sowohl globale als auch regionale Aspekte. Jeder neue Krieg im Nahen Osten wirkt nicht nur immer verheerender; auch die Gefahr seiner Ausweitung wächst. Dabei wird versucht,

das nahöstliche Glied in der Kette der US-Stützpunkte zu stärken.

Vor kurzem erschien in Paris ein Buch von zwei fortschrittlichen französischen Forschern, A. Grech und D. Vidal, "Naher Osten: der hundertjährige Krieg". In diesem Buch wird darüber berichtet, daß bereits 1951 der damalige Premierminister Israels, Ben Gurion, Washington die Schaffung eines Militärbündnisses anbot, in dem den USA auch das Recht auf Einrichtung von Stützpunkten eingeräumt werden sollte, als Gegenleistung dafür, daß "die Sicherheit der Grenzen Israels" garantiert wird. Die USA übernahmen eine solche Garantie. Das wurde sowohl von republikanischen als auch von demokratischen USA-Präsidenten wiederholt bestätigt. Fast 50 Md. Dollar umfaßt die Hilfe Washingtons für Tel Aviv im Zeitraum 1948 bis 1983, Privatspenden zionistischer Gönner nicht eingerechnet. Das paradoxe dabei ist, stellen Grech und Vidal fest, daß Israel nach Erlangung der Unabhängigkeit "seine Abhängigkeit vom Imperialismus verdoppelte", und jetzt zu den größten Schuldern zählt. Ohne amerikanische Hilfe könnte Israel einfach nicht existieren. Gerade durch diesen Umstand sind aus den Sicherheitsgarantien für israelische Grenzen Verpflichtungen zur Kriegsführung gegen arabische Länder geworden.

Allerdings brachten weder der Oktoberkrieg 1973 noch die Intervention in Libanon dem Aggressor einen Sieg. Im Oktober 1973 vermochten die Araber, dem Aggressor, wenn auch begrenzt, so doch einheitlich und genügend wirksam entgegenzutreten, sowohl im militärpolitischen als auch im wirtschaftlichen Bereich. In Libanon trafen die Interventionen auf noch nie dagewesene Standfestigkeit und Tapferkeit palästinensischer und libanesischer Patrioten, unterstützt von Syrien und der Solidarität aller fortschrittlichen Kräfte der Welt.

Teilnehmer der aggressiven Allianz zogen aus den vergangenen Niederlagen gewisse Schlüsse. Jetzt entfalten sie ihre Offensive mit folgenden Schwerpunkten: Sie wollen die arabische Befreiungsbewegung von der weltweiten Front antiimperialistischen Kampfes abkoppeln und sie dabei in erster Linie der wirksamen Unterstützung durch die Sowjetunion und die sozialistische Staatengemeinschaft berauben. Man unternimmt alles, um die durch Camp David geförderte Spaltung im arabischen Lager zu vertiefen. Die antiisraelische Koalition wird nach dem Austritt Ägyptens in Zweifel gezogen. Nachdem das Hauptziel der Intervention in Liba-

non — Liquidierung der PLO und Aufzwingung kapitulantenhafter Vereinbarungen zuerst Libanon, dann auch Syrien — nicht erreicht wurde, versuchen die USA und Israel, die arabische Solidaritätsfront maximal zu schwächen, indem sie Feindseligkeiten und bewaffnete Konfrontationen zwischen einzelnen Verbänden des palästinensischen Widerstandes und der libanesischen schiitischen Bewegung sowie Syrien provozieren.

In Tel Aviv gab man eindeutig zu verstehen, daß nur direkte Separatgespräche erwünscht sind, darunter solche, die das Palästinenserproblem betreffen; jedoch nicht mit palästinensischen Vertretern, sondern nur mit Jordanien. In Washington wunderte sich keiner über diese "Unnachgiebigkeit". Die israelische Regierung legte sie an den Tag, um den Arabern nochmals die speziell israelische Lesart der "Amman-Vereinbarung" zu demonstrieren, die Washington und Tel Aviv lediglich als "Rückkehr zur Camp-David-Formel" betrachten. Es ist angebracht, daran zu erinnern, daß die Teilnehmer der "Amman-Vereinbarung" sowie auch Präsident Mubarak die geplanten Verhandlungen als eine Art Vorbereitungsetappe zu einer internationalen Konferenz darzustellen versuchten. US-Pressemeldungen zufolge lehnt Washington jedoch — außer den Nahoststaaten und den USA selbst — jegliche weiteren Teilnehmer dieser Konferenz ab. Die "New York Times" hebt hervor, Washington und Tel Aviv seien nach wie vor gegen das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser.

Zweierlei Herangehen

Somit wird klar, daß beliebige Vereinbarungen, erzielt durch Manipulationen hinter den Kulissen, ein Hauptziel haben, nämlich: nicht die Lösung der Nahostprobleme zu fördern, sondern die Kluft in den arabischen Reihen zu vertiefen. Das ist der Grund, warum die Mehrheit der Araber die "Amman-Vereinbarung" prompt als Aufgeben der erreichten Positionen einstufen, verschweigen sie doch die Hauptforderungen einer allumfassenden Regelung der Nahostprobleme — die Forderung nach Abzug israelischer Truppen aus allen besetzten arabischen Gebieten und nach dem Recht der Palästinenser auf ihren eigenen unabhängigen Staat.

Die zweifelhafte "Friedensstiftung" wird den Arabern als das amerikanische "Zuckerbrot" dargeboten; die israelische "Peitsche" soll seine Wirkung erhöhen.

An und für sich nichts Neues; auch dem Abschluß der Camp-David-Vereinbarungen ging im März 1978 die erste israelische Aggression gegen Libanon voraus. Die neuerliche Entfaltung der Camp-David-Idee wird wieder von einer Verstärkung israelischen Terrors auf arabischem Boden begleitet und dazu noch durch die Gefahr einer amerikanischen Intervention verstärkt.

Diese Ereignisse finden unter den Bedingungen einer innenpolitischen Krise in Libanon statt. Wenn früher innere Auseinandersetzungen den Vorwand für Attacken gegen Palästinenser lieferten, so wird heute die herbeigeführte Spaltung der palästinensischen Bewegung zur Rechtfertigung von Strafmaßnahmen gegen die Libanesen selbst genutzt. Infolgedessen ist kein arabisches Land gegen Aggressionen gefeit. Liegt nicht hierin der wahre Grund, warum Washington und Tel Aviv die Araber an den Tisch separater Verhandlungen drängen?

Der Weg zum Frieden in der Region führt nur über eine allumfassende Regelung der Nahostprobleme. Im Gespräch mit einer Delegation der Arabischen Liga äußerte Andrej Gromyko die Überzeugung, daß solche Regelungen nur durch kollektive Anstrengungen aller interessierten Seiten — auch der PLO — durch Einberufung einer internationalen Nahostkonferenz erreichbar sind. Die Lösung der Palästinenserfrage durch Gewährung der nationalen Rechte für das palästinensische Volk, darunter auch des Rechtes auf Bildung eines eigenen unabhängigen Staates, ist für eine gerechte und dauerhafte Regelung unabdingbar. Verschiedene separate Abmachungen, die diese Schlüsselfrage ignorieren, führen die Regelung des Nahostproblems in eine Sackgasse. Gromyko hob auch die Notwendigkeit sofortiger Einstellung der blutigen Kampfhandlungen zwischen den Arabern in Libanon hervor.

Vertreter der Arabischen Liga gaben der prinzipiellen Position der UdSSR eine hohe Wertschätzung. Und das ist auch gesetzmäßig, denn die Mehrheit der arabischen Länder, auch jener, in denen der eine oder der andere noch Illusionen über ein Camp-David-Lösungsmuster hegte, konnten sich aus eigener Erfahrung von der Perspektivlosigkeit separater Verhandlungen überzeugen. Die sowjetische Position zeigt den Ausweg aus der gefährlichen Sackgasse, die Gefahren neuer Explosionen birgt. Dieser Ausweg kann nur durch kollektive friedliche Anstrengungen aller interessierten Seiten gefunden werden.

ZUSAMMENWIRKEN IN ALLEN BEREICHEN

Die gesamte Nachkriegszeit ist von der Aufwärtsentwicklung der sowjetisch-bulgarischen Beziehungen gekennzeichnet. Welche Kollisionen sich auf der Weltbühne auch immer ereigneten, die UdSSR und Bulgarien vertraten stets eine einheitliche, übereinstimmende Position, indem sie die gerechte Sache verteidigten und den Intrigen der Reaktion eine Abfuhr erteilten. Die unverbrüchliche Treue zur Freundschaft und engen Zusammenarbeit wurde auch während des Treffens von Michail Gorbatschow und Todor Shiukow in Moskau bekräftigt.

Vor noch gar nicht langer Zeit war die Rose das Wahrzeichen Bulgariens. Für die Bulgaren bedeutete sie nicht nur ein kleines Wunder der Natur. Denn vor der Revolution hing die Wirtschaft in hohem Maße vom Ernteergebnis der Rosenplantagen und vom Export des Rosenöls ab.

Man spricht jetzt von Bulgarien als einem der größten Produzenten in der Welt für Elektro- und Motorkarren. Im Lande sind die Produktion von

Landwirtschaftsmaschinen, Ausrüstungen für Nahrungsmittel- und Leichtindustrie und der Schiffbau entwickelt.

Die sozial-ökonomische Entwicklung Bulgariens wird durch die breite Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern, insbesondere mit der Sowjetunion, begünstigt. "Heute wirken unsere Parteien und unsere Staaten buchstäblich auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens zusammen", sagte Michail Gorbatschow während des Treffens in Moskau. Unser Land leistet Bulgarien ökonomische und technische Unterstützung beim Bau von Industriebetrieben und Objekten der Energiewirtschaft. Auch Bulgarien exportiert nicht nur seine landwirtschaftlichen, sondern auch Industriegerüste in die UdSSR.

Ein Charakteristikum für die Spannweite sowjetisch-bulgarischer Zusammenarbeit ist der ständig wachsende Außenhandelsumsatz. Hier zwei Ziffern: Als 1948 die moderne Industrie Bulgariens noch in den Kinderschuhen steckte, betrug der Außenhandelsum-

satz nur 120 Mio Rubel; 1984 erreichte er bereits 11,7 Md. Rubel. Die Sowjetunion ist der Partner Nr. 1 im Außenhandel der VRB, und Bulgarien ist der drittgrößte Außenhandelspartner der UdSSR.

Eine neue Form der sowjetisch-bulgarischen Zusammenarbeit besteht in der Teilnahme bulgarischer Bauarbeiter am Bau sowjetischer Betriebe, deren Erzeugnisse zum Teil nach Bulgarien exportiert werden. Dazu gehören z. B. die Zellulose- und Papierfabriken in Archangelsk und Ust-Ilimsk sowie die Erzauftiefenbaukomplexe in Gubkin und Shelesnogorsk.

Es besteht kein Zweifel daran, daß die sowjetisch-bulgarische Zusammenarbeit ein hohes Niveau erreicht hat. Das Leben stellt jedoch immer neue Aufgaben, ökonomische einbegriffen. Gerade deshalb suchen — wie in Moskau betont wurde — die Sowjetunion und Bulgarien gemeinsam mit anderen sozialistischen Ländern nach Wegen zur Erhöhung ihrer Effektivität. Auf die Lösung dieser aktuellen Aufgaben ist auch das während der Visite von Todor Shiukow in Moskau unterzeichnete langfristige Programm der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der VRB für den Zeitraum bis zum Jahre 2000 ausgerichtet.

L. MIRONOW

WELTRAUM

NEUER START

Die Orbitalstation Salut 7 ist seit etwas mehr als drei Jahren auf der Erdumlaufbahn, davon mehr als anderthalb Jahre als bemannte Station. Dort befanden sich schon drei Langzeitexpeditionen und vier Besuchsbesetzungen, insgesamt 17 Kosmonauten, und wurde der Weltrekord im Langzeitflug (237 Tage) aufgestellt. Unter den Kosmonauten, die in dieser Station arbeiteten, waren der Franzose Jean-Loup Chretien und der Inder Rakesh Sharma. Die Kosmonauten stiegen 10mal in den freien Kosmos aus und befanden sich dort insgesamt 34 Stunden 43 Minuten. Erstmals in der Welt arbeitete eine Frau, die Kosmonautin Swetlana Sawizkaja, im offenen Kosmos.

Die Besetzungen stellten Hunderte Forschungen und Experimente von großer wissenschaftlicher und volkswirtschaftlicher Bedeutung an. In Rahmen eines umfassenden Programms zur Erforschung der Naturreichtümer der Erde und zum

Studium der Umwelt führten sie ständige visuelle und instrumentale Beobachtungen durch, fotografierten die Erdoberfläche und diverse meteorologische Erscheinungen.

Die bemannten Orbitalstationen haben einen hohen Nutzeffekt bei der Erforschung der Erde aus dem Weltraum demonstriert, u. a. bei der Bestimmung der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Struktur der Erdoberfläche, bei rationeller Planung der Erkundung von Bodenschätzen, bei wirtschaftlicher und umsichtigerer Bodennutzung. Die Kosmonauten trugen wichtiges statistisches Material über die mineralischen und Rohstoffressourcen des Landes, die saisonbedingte Veränderlichkeit der landwirtschaftlichen Nutzflächen, die biologische Produktivität des Weltmeers, die Schiffsbedingungen usw. zusammen. Sie bestimmten den Zustand von



Wladimir Dshanibekow (links) und
Viktor Sawinich vor dem Start
Foto: TASS

Waldmassiven, studierten Gletscher und vereiste Flächen in den Gebirgsgegenden des Landes und verfolgten die Entstehung und Entwicklungsdynamik von Staubwirbeln. Mit Hilfe von stationären Apparaten wurden Zehntausende Aufnahmen großer Teile des sowjetischen Territoriums in den mittleren und südlichen Breiten sowie des Territoriums einiger sozialistischer Länder, die sich am Interkosmos-Programm beteiligen, gemacht.

An Bord von Salut 7 wurde auch an kosmischer Technologie gearbeitet. So wurden technologische Prozesse und Anlagen entwickelt und erprobt, die die Basis für die künftige Produktion neuer Stoffe und Heilpräparate im Weltraum bilden. Wertvolle Angaben wurden bei medizinisch-biologischen Forschungen ermittelt. Viele der dank der Arbeit in Salut 7 gewonnenen Angaben bringen der Volkswirtschaft bereits praktischen Nutzen.

Am 6. Juni 1985 startete das Transportschiff Sojus T 13 mit einer zweiköpfigen Besatzung in Richtung Salut 7. Kommandant von Sojus T 13 ist der Fliegerkosmonaut der UdSSR Wladimir Dshanibekow, zweifacher Held der Sowjetunion, Bordingenieur ist Fliegerkosmonaut der UdSSR Viktor Sawinych, Held der Sowjetunion.

Wladimir Dshanibekow ist 43 Jahre alt. Nach der Beendigung der Hochschule für Militärflieger in Jejsk diente er als Fluglehrer in den Luftstreitkräften. Seit 15 Jahren ist er im Zentrum für die Kosmonautenausbildung tätig. Er hat kolossale Erfahrungen bei der Steuerung von Raumschiffen und bei der Arbeit mit verschiedenen Besatzungen. Als erster unter den sowjetischen Kosmonauten fliegt er zum 5. Male im Weltraum.

Zum erstenmal schöpfe Dshanibekow die Hoffnung auf einen Flug 1973, als die sowjetischen Besatzungen für das sowjetisch-amerikanische Gemeinschaftsunternehmen Sojus--Apollo 1975 bestätigt wurden. Dshanibekow war Kommandant der sowjetischen Double-Besatzung. Doch sein Codenamen "Pamir" erklang im Orbit im Januar 1978, als er gemeinsam mit Oleg Makarov mit Sojus 27 startete.

Trotz der großen Weltraumfahrungen bereitete sich Dshanibekow auf seinen fünften Raumflug ebenso sorgfältig wie auf die bisherigen vor. Er sagte: "Ob kurz oder lang, erfordert ein Raumflug eine ernste Vorbereitung. Jedes Versäumnis bei der Vorbereitung kann die Arbeit vieler Kollektive zunichte machen. Selbst die Pausen zwischen den einzelnen Flügen sind Arbeit. In unserer Arbeit gibt es keine Pausen. Jeder neue Flug ist wie der erste Flug: das Gefühl der Erwartung, die Zweifel, ob alles richtig gemacht worden sei, und das Durchspielen aller Flugtappen in Gedanken."

Der Bordingenieur Viktor Sawinych ist ebenfalls kein Neuling im Weltraum. Er wurde 1940 geboren, absolvierte nach der Oberschule eine Fachschule für Eisenbahnen in Perm und war dann als

Eisenbahner-Brigadier bei Sverdlowsk tätig. Nach dem Dienst in der Sowjetarmee schloß er 1969 ein Studium an der optisch-mechanischen Fakultät der Moskauer Ingenieurhochschule für Geodäsie, Luftbilder und Kartographie ab.

Er nahm dann die Arbeit in einem Konstruktionsbüro für Raumschiffe auf, beschäftigte sich mit der Entwicklung optischer Geräte (Sextanten, Astronavigatoren, Visiere) für Raumflugkörper und nahm an der Leitung von Raumflügen teil. Zur Kosmonautenabteilung gehört er seit 1978. Seinen ersten Raumflug absolvierte er zusammen mit Wladimir Kowaljonok 1981 an Bord der Station Salut 6. Für Sawinych war das ein denkwürdiger Start: Er war der 50. Kosmonaut der UdSSR und der 100. Mensch im All. Sein und Kowaljonoks Flug dauerte 75 Tage. Sie erfüllten ein kompliziertes Programm wissenschaftlich-technischer Forschungen und Experimente.

Sawinych und Dshanibekow haben schon 1981 gemeinsam im Weltraum gearbeitet, allerdings damals nur 7 Tage. Als Kommandant der sowjetisch-mongolischen Besatzung besuchte Dshanibekow Salut 6, wo Kowaljonok und Sawinych die Stammbesatzung bildeten. Jetzt, vier Jahre später, sind sie Mitglieder derselben Besatzung.

Beim zweitägigen autonomen Flug des Transporters Sojus T 13 wurde die Flugbahn mehrmals korrigiert, wonach sich das Schiff am 8. Juni der Station Salut 7 auf die vorgegebene Entfernung näherte. Die weitere Annäherung wurde von der Besatzung handgesteuert. Die Entfernung und Geschwindigkeit der Annäherung bestimmte sie mit einem Laser-Entfernungsmesser. Bei der Annäherung kam die Bord-Rechenanlage zur Anwendung.

Beim Andocken der Station kontrollierten die Kosmonauten die Antennen, Sonnenbatterien und anderen Außenelemente der Konstruktion. Nach den notwendigen Manövern begannen sie die Ankopplung an der Seite des Übergangsschotts von Salut 7. Das präzise Handeln der Besatzung gewährleistete die Ausführung der Annäherungs-, Andockungs- und Ankopplungsmanöver zur genau berechneten Zeit.

Nachdem Dshanibekow und Sawinych die Dichtigkeit der Andockungssektion kontrolliert hatten, stiegen sie in die Räume der Station über. Gemäß dem Flugprogramm überprüft die Besatzung die Bordsysteme und Ausrüstungen der Station, die lange Zeit im konservierten Zustand geflogen ist.

G. RJABOW

Im Weißenbuch der indischen Regierung, erschienen 1984 im Zusammenhang mit der gewachsenen Spannung im nordwestlichen Staat Punjab, hieß es: "Die Hauptgefahr für die Einheit Indiens geht heute von religiösem Fanatismus und Separatismus sowie von anderen Spalttruppen aus, die vom Ausland starke Unterstützung erhalten."

Diese Einschätzung bleibt bis heute aktuell. Obwohl die Regierung Rajiv Gandhi versucht, das sogenannte Punjab-Problem konstruktiv und wohlwollend zu lösen, nahm die Kampagne der Sikh-Extremisten im In- und Ausland für die Gründung eines Separatstaates "Khalistan" in letzter Zeit noch gefährlichere Züge an. Mitte Mai explodierten in Delhi und in anderen Städten der Unionstaaten Uttar-Pradesh, Haryana und Rajasthan Bomben, denen Dutzende unschuldige Menschen zum Opfer fielen. Die Handlungen der Extremisten aus verschiedenen Untergrundgruppierungen waren gut organisiert und erfolgten wie auf Befehl aus einer einheitlichen Kommandozentrale. Die Gewaltakte ereigneten sich einige Tage vor dem Gerichtsprozeß gegen Sikhs, die an der Verschwörung der Reaktion und Ermordung der hervorragenden Tochter des indischen Volkes, Indira Gandhi, beteiligt waren.

Nach Auffassung der Regierung und der Öffentlichkeit Indiens ist der Feldzug für ein "freies Khalistan" gegen die nationalen Interessen gerichtet und wird aus dem Ausland gelenkt.

Die volksfeindliche Bewegung zur Abtrennung Punjabs wird vom ehemaligen Finanzminister dieses Unionstaates, J. S. Chauhan, geführt. Ausgerechnet er rief sich 1980 zum "Präsidenten" des auf der politischen Karte nicht existenten Staates "Khalistan" aus. Er richtete in London sein Hauptquartier ein und wurde willkommener Gast in den USA, Kanada und der BRD, wo große Landsmannschaften von Anhängern des Sikhismus leben. Nicht selten macht er auch Pakistan seine Aufwartung, von wo er schon 1971 während des indisch-pakistanischen Krieges über den Sender Lahore indische Sikhs zum Übertritt auf die pakistaneische Seite auffordernde. In New York, Detroit, Houston und in einigen britischen und kanadischen Städten wurden sogar "Konsulate" des nicht vorhandenen Staates eröffnet. Und in der Londoner Talbot Road 12 befindet sich "Khalistan House" — die Hauptvertretung der Separatisten in Westeuropa. Gönner der Separatisten gründeten in Washington den Nankana Sahib Fonds, zur Unterstüt-

Wühltätigkeit gegen Indiens Einheit und Unteilbarkeit

WOHIN FÜHREN DIE FÄDEN?

zung von "Kämpfern für die Menschenrechte" in Punjab und in anderen "rechtlösen" Regionen Indiens. In Wirklichkeit finanzieren Geheimdienste der USA und anderer westlicher Länder aus diesem Fonds die Separatisten. Zum Vorsitzenden des Fonds wurde Ganga Singh Dhillon berufen, der kein Hehl aus seinen Verbindungen mit der CIA macht und auf den Posten des Premierministers oder wenigstens des Außenministers in der Regierung "Khalistans" hofft.

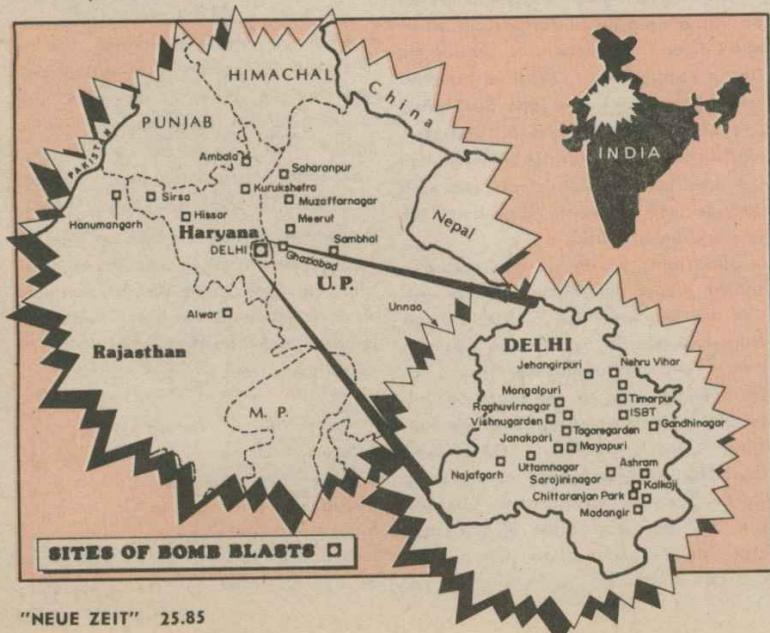
Dieser Fonds wurde nach einem der bedeutendsten Sikh-Heiligtümer, dem Nankana-sahib-Tempel, benannt, der sich nahe Lahore in Pakistan befindet. Laut der indischen "Hindustan Times" traf sich in diesem Gurudwara-Tempel wiederholt der Präsident Pakistans, Zia ul-Haq, heimlich mit Dhillon und Chauhan. Das letzte Mal hielt sich Dhillon z. B. im März dieses Jahres in Pakistan auf. In Pakistan wächst die Zahl von Lagern, wo unter Aufsicht amerikanischer und pakistanscher Instrukteure Sikh-Extremisten aus-

Dieses Schema aus "India Today" zeigt die Stellen, wo Terroristen aus Punjab Bombenanschläge verübt haben, die zahlreiche Menschenopfer forderten

gebildet werden. In einem Interview für die pakistaniische "Nawa-i-Wagi" brüstete sich einer der Bandenführer mit Plänen der Einschleusung von "Todesschwadronen" aus Pakistan, England und den USA nach Indien.

In der pakistanischen Presse prahlte Dhillon damit, daß die Ermordung Indira Gandhis lediglich ein Teil des Planes war, der die physische Vernichtung indischer Politiker vorsieht, die für die Einheit des Landes und somit für die Beibehaltung Punjabs und jener Gebiete der benachbarten Unionsstaaten sind, die von Chauhan und Washingtoner Kartographen längst dem Staate "Khalistan" einverleibt wurden.

Die geographische Karte Asiens, auf der so ein "Khalistan" eingezeichnet ist, gehört unbedingt zu den Attributen jeder Zusammenrottung der Sikh-Extremisten außerhalb Indiens, an denen sich nicht selten solche US-Politiker wie der ehemalige Chef der Militäraufklärung, Graham; Mitarbeiter der CIA Griffin, die Senatoren Helms und Wilson beteiligen. Im Sommer v. J. wurde in New York der Kongreß der Sikh-Weltorganisation einberufen, deren Hauptquartier sich übrigens in der Washingtoner 16th Street 1420 befindet.



Vor kurzem fand in London eine Konferenz der Separatisten statt. Und im April führte kein geringerer als der US-Kongreß selbst provokatorische und das indische Volk beleidigende Punjab- "Debatten".

Wer braucht eigentlich diesen Staat "Khalistan"? Etwa die 15 Millionen Sikh-Gemeinde, die nicht nur in Punjab, sondern auch in anderen Teilen des Landes leben? Weit gefehlt! Ihre überwiegende Mehrheit besteht aus ehrenhaften Bürgern Indiens, die mit ihrer Arbeit zum Fortschritt der Republik beitragen. Die Terror- und Gewaltakte rufen bei ihnen ebenso wie bei anderen Indern Ablehnung und Entrüstung hervor.

Für die meisten Anhänger des Sikhismus gibt es einfach kein Problem "Khalistan". Wohl gerade deshalb rief Dhillon als "Hauptverteiler" der von der CIA und pakistaniischen Geheimdiensten stammenden Gelder hysterisch dazu auf, "jeden Sikh, der sich vor dem Kampf für ein freies Khalistan drückt, rigoros zu bestrafen".

"Khalistan" brauchen jene, die auf Schüren des religiösen Fanatismus in Indien, sektierische Spaltung und Separatismus setzen, die Zerstückelung und "Balkanisierung" des Landes als Ziel sehen. Genau diese Zielsetzung wurde im "Brahmaputra-Projekt" und im "Kirkpatrick-Plan" detailliert ausgearbeitet, wobei Handschrift und Stil der CIA mit bloßem Auge erkennbar sind.

In letzter Zeit hat Washington seine Taktik geändert und versucht, der indischen Öffentlichkeit einzureden, die Vereinigten Staaten träumten nur noch von einem einheitlichen, blühenden Indien, mit einer unabhängigen Außenpolitik. Um diese "Diplomatie des Lächelns" irgendwie glaubwürdig zu machen, werden gar sensationsumwitterte "Opfer" gebracht. So und nicht anders stufte die demokratische Presse Indiens die vom FBI aufgedeckte Verschwörung Sikh-Extremisten ein, die die Ermordung Rajiv Gandhis während seiner Reise zum Ziel hatte. Die in Bombay erscheinende "Daily" schreibt dazu: "Diese Operation wurde nach einem Szenario der Reagan-Administration durchgeführt, die damit das US-Prestige in Indien aufbessern wollte, nachdem es infolge von Lieferungen neuester Waffen an Islamabad und der jüngsten provokatorischen Punjab-Debatten im US-Kongreß schwer angeklagt war."

Aber keine Tricks können die Wachsamkeit des indischen Volkes einschläfern, das sich darüber im klaren ist, daß die Einheit und territoriale Integrität, die Unabhängigkeit und Souveränität des Landes eines ständigen Schutzes bedürfen.

W. TSCHEREPACHIN

Lissabon verstrickt sich immer mehr in die Abenteuer des Westens

WEM NÜTZT DIE „BRÜCKE“ LISSABON—AFRIKA?

nsb Vor einem Jahr nannte der stellvertretende Berater des USA-Außenministers für afrikanische Angelegenheiten F. Wissner in einem Interview für die Lissabonner Wochenschrift "Tempo", Portugal die "strategische Brücke" zwischen dem Westen und Afrika. Dieser Ausdruck machte in der westlichen Presse Schlagzeilen.

In der Nachkriegszeit war Portugal die mit Abstand schwächste Kolonialmacht. Aus eigener Kraft vermochte es weder einen Kolonialkrieg in Afrika zu führen noch ihre überseeischen Besitzungen weiter auszubeuten. Das erklärt auch die Abhängigkeit Lissabons sowohl von der NATO als auch von den westlichen Multis. Mit dem Anwachsen der nationalen Befreiungsbewegung in Afrika wuchs auch die strategische Bedeutung der portugiesischen Hauptbesitzungen, Angola und Mocambique, die das wichtigste imperialistische Bollwerk in Afrika, die Republik Südafrika, und das von ihr besetzte Namibia flankieren. Deswegen unterstützte der Westen die "diabolische Allianz" zwischen den südafrikanischen und rhodesischen Rassisten einerseits und den portugiesischen Kolonialherren andererseits.

Der beharrliche heldenmütige Kampf der Völker Angolas, Mocambiques, Guinea-Bissaus und die antifaschistische Revolution (April 1974) im "Mutterland" Portugal besiegelten den Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialreiches in Afrika. Ehemalige Kolonien, allen voran Angola und Mocambique, schlugen den Weg tiefgreifender progressiver Umgestaltungen ein und verwandelten sich aus dem Bollwerk der "diabolischen Allianz" zu Stützpunkten des unabhängigen Afrikas und seiner Avantgarde im Süden des Kontinents, der sogenannten Frontstaaten. Daher versucht der Westen, vor allem die USA sowie die Republik Südafrika, die immer noch engen Verbindungen zwischen Portugal und Afrika im eigenen Interesse zu nutzen.

Dabei setzt man auf die Abhängigkeit Portugals von verschiedenen militärpolitischen Schachzügen des Westens, auf seine finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten und schließlich auf die neokolonialistischen Ambitionen der portugiesischen Reaktion.

Doch meistens haben die Brücken mindestens zwei Pfeiler. Betrachten wir zunächst den portugiesischen Pfeiler der Brücke Lissabon—Afrika.

Brotgeber der Terroristen

In Portugal entbrannte ein erbitterter politischer Kampf um den Beitritt des Landes zur EG. Die Großbourgeoisie und die neokolonialistischen Kreise erhoffen sich von diesem Beitritt, von der Teilnahme an der Handels- und Wirtschaftskooperation Westeuropas mit seinen ehemaligen, vor allem afrikanischen Kolonien, Profite. Aber einige EG-Länder wollen noch einen Konkurrenten in den europäischen Wein-, Obst- und Fischmarkt nicht einsteigen lassen. Dabei hätten sie gewiß nichts dagegen, von dem noch spürbaren Einfluß Portugals in seinen ehemaligen Besitzungen zu profitieren. Das komplizierte Wechselverhältnis zwischen Lissabon und den EG-Staaten und seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten machten sich sofort die USA zunutze. Das amerikanische Kapital drängte nach Portugal und setzte es über den IWF verstärkt unter Druck.

Gleichzeitig wurde um den portugiesischen Pfeiler der Brücke Lissabon—Afrika das Baugerüst der NATO und der militaristischen Politik der USA aufgezogen, wurden portugiesische Inseln als Militärstützpunkte an das Pentagon verpachtet. Der Pachtvertrag über die Nutzung des größten USA-Luftwaffenstützpunktes Lajes auf den Azoren wurde bis 1991 verlängert. Lissabon stimmte dem Bau einer militärischen USA-Satellitenbeobachtungsstation im Süden des Landes zu.

Ein Blick auf die Karte läßt erkennen, wie groß die strategische Bedeutung der Brücke Lissabon—Afrika ist. Z. B. sind die Azoren bereits heute ein wichtiger Umschlagplatz für die amerikanische schnelle Eingreiftruppe.

1984 veröffentlichten die portugiesischen Journalisten Fernando Semedo und Paulo Guerra ein Buch unter dem Titel "Operation Afrika". In diesem Buch berichten sie, daß die UNITA und die MNR in Lissabon Büros für ihre offiziellen Vertretungen gemietet haben. Auch haben sie sich Konten in der portugiesischen Staatsbank einrichten lassen. Sie halten Pressekonferenzen ab, veröffentlichen Sammelberichte über ihre Terroraktionen und machen in der Presse Propaganda für ihre verbrecherischen Aktionen. Nach Mitteilung des portugiesischen "Diario" habe sich Lissabon mit offener Duldung der Behörden "in letzter Zeit in ein richtiges Zentrum der Sabotageaktionen gegen Angola und Mocambique verwandelt". Die Regierungen dieser Länder legten in Lissabon wiederholt massiven Protest ein. Die portugiesischen Behörden leugneten, daß sie über handfeste Möglichkeiten verfügen, um dem verbrecherischen Treiben der Terroristen ein Ende zu setzen. Daß diese begünstigt werden, liegt auf der Hand.

Kurzsichtige

Mittler

Und nun zum afrikanischen Teil der "Brücke". Die portugiesisch-afrikanischen Beziehungen rissen auch nach dem Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialreiches nicht ab. Um sie zu erhalten und sogar auszuweiten, treibt Lissabon ein doppeltes Spiel. Einerseits schließt es Abkommen wie den im Oktober 1983 unterzeichneten Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit mit Mocambique. Andererseits unternimmt es unverhohlen feindselige Aktionen sowohl gegen Mocambique als auch gegen Angola.

Immer enger verflechten sich die Interessen Lissabons in Afrika mit der offenen proamerikanischen und südafrika-freundlichen Haltung. Anonym nimmt Portugal am politischen Rätselspiel Washingtons und Pretorias teil, das sich gegen die nationalen Befreiungsbewegungen im

Süden Afrikas und gegen die Frontstaaten richtet. Ein Korrespondent von Agence France Presse in Lissabon, der die Vermittlungsbemühungen Portugals im Süden Afrikas einschätzte, nannte dieses Land einen der treuesten Vasallen der USA. Wie die Verfasser des Buches "Operation Afrika" schreiben, haben bereits im Juni 1974, d. h. zwei Monate nach der "Nelkenrevolution", der damalige US-Präsident Nixon und das frühere Staatsoberhaupt Portugals, General Spinalonga, eine Strategie der Rekolonialisierung

Treffen zwischen Außenministern Portugals und der RSA in Lissabon im November 1983 abgesprochen wurden. Mehr noch: Als das Abkommen bereits unter Dach und Fach war und man es im Westen in den Himmel pries, hob Lissabon hervor, daß es bei der Vorbereitung dieser politischen Aktion eine gewisse Rolle gespielt hat.

Auf der Briefmarke, die aus Anlaß des Abschlusses des Nkomati-Vertrags in Mosambik erschien, war die Friedenstaube abgebildet. Ja, der Frieden, die Einstellung der Aggression, des Terrors und der Sabotageakte Südafrikas und der von den Rassisten unterstützten UNITA- und MNR-Banden lagen im ureigensten Interesse Mosambiques, Angolas und anderer Frontstaaten. Aber die amerikanisch-südafrikanischen "diplomatischen Initiativen" brachten keinen wahren Frieden und konnten ihn auch nicht bringen.

Die portugiesischen Geheimdienste haben bei der Geburt der UNITA und der MNR Pate gestanden. Auch Bürger Portugals gehören diesen Killerorganisationen und den "weißen" Söldnerbanden Südafrikas an. Lissabon ist aber heute bemüht, die "konstruktive Zusammenarbeit" zwischen den USA und Südafrika zu bemühen und zu kaschieren. Westliche Beobachter meinen, daß das Scheitern der amerikanischen "Initiativen" im Süden Afrikas und ihre Ablehnung durch die UNO sowie die Anrüchigkeit des Bündnisses zwischen den USA und dem Rassistenregime in Pretoria das Interesse Washingtons an der Zusammenarbeit mit Portugal bei der Durchführung seiner Afrikapolitik erhöhen würde.

Die Kooperation zwischen den USA und Portugal im Süden Afrikas wurde in der Amtszeit Reagans wesentlich ausgebaut. Pressemeldungen zufolge stand diese Frage bei Verhandlungen zwischen Reagan und dem Ministerpräsidenten Portugals Soares zur Debatte, als dieser im März 1984 Washington besuchte. Unter anderem sprach man über amerikanisch-südafrikanische Aktionen zur "regionalen Konfliktregelung" im Süden Afrikas.

Zu seinen diplomatischen Meisterstücken zählt Washington den im Februar 1984 abgeschlossenen Lusaka-Vertrag, der unter anderem den Abzug der Truppen Südafrikas aus Angola vorsieht und last not least — das zwischen der RSA und Mosambik im März gleichen Jahres unterzeichnete Nkomati-Abkommen. Letzteres zeigt, welche Rolle Lissabon hinter den Kulissen gespielt hat. Die westliche Presse teilte mit, daß die "Nkomati-Ideen" beim

Die Art, wie die Portugiesen auf den jüngsten Reagan-Besuch in Lissabon reagierten, zeigt, daß die weiten Kreise der portugiesischen Öffentlichkeit gegen die noch festere Bindung ihres Landes an die NATO und gegen die Teilnahme an den amerikanischen Abenteuern in Afrika sind.

G. GALPERIN



Dieses Kind ist ein Opfer der von den Geheimdiensten Südafrikas und Portugals ausgehaltenen MNR-Banden

Foto: AIM-TASS

rung der portugiesischen Einflußsphären in Afrika mit Unterstützung der einheimischen Reaktion und der Rassistenregimes Südafrikas und Rhodesiens ausgearbeitet.

Die Kooperation zwischen den USA und Portugal im Süden Afrikas wurde in der Amtszeit Reagans wesentlich ausgebaut. Pressemeldungen zufolge stand diese Frage bei Verhandlungen zwischen Reagan und dem Ministerpräsidenten Portugals Soares zur Debatte, als dieser im März 1984 Washington besuchte. Unter anderem sprach man über amerikanisch-südafrikanische Aktionen zur "regionalen Konfliktregelung" im Süden Afrikas.

Zu seinen diplomatischen Meisterstücken zählt Washington den im Februar 1984 abgeschlossenen Lusaka-Vertrag, der unter anderem den Abzug der Truppen Südafrikas aus Angola vorsieht und last not least — das zwischen der RSA und Mosambik im März gleichen Jahres unterzeichnete Nkomati-Abkommen. Letzteres zeigt, welche Rolle Lissabon hinter den Kulissen gespielt hat. Die westliche Presse teilte mit, daß die "Nkomati-Ideen" beim

DER DRUCK WIRD VERSTÄRKT

Die meisten US-Senatoren stimmten schließlich doch dafür, den antikaribischen Söldnerbanden 38 Mio Dollar zur Verfügung zu stellen. Die Bemerkung, diese Mittel würden innerhalb von zwei Jahren "nicht militärischen Zwecken" dienen, ist nur ein Manöver, um die Öffentlichkeit zu täuschen, darunter in den USA selbst, wo, wie Umfragen der "New York Times" und der Fernsehgesellschaft CBS ergeben, über die Hälfte der Befragten dagegen sind, die Contras zu unterstützen.

Nikaraguas Präsident Ortega nannte den Senatsbeschuß eine "Abstimmung für den Mord an Kindern, Frauen und Greisen". Doch solle Washington, fügte er hinzu, "nicht hoffen, dieser Kurs werde die sandinistische Revolution schwächen".

Die Reagan-Administration macht jedoch kein Hehl aus ihrem Ziel, die sandinistische Regierung nicht etwa zu schwächen, sondern zu stürzen. Für Wühlaktionen gegen sie hat es in Washington unabhängig davon, wie der Kongreß stimmte, noch nie an Geld gemangelt, dafür sorgt die CIA, die ihre geheimen Kanäle hat.

Mehr noch, wie die "New York Times" am 5. Juni meldete, "haben Vertreter der US-Administration mit der offenen Erörterung eines Problems begonnen, zu dem sie bisher jede Stellungnahme verweigerten: die Möglichkeit einer Entsendung von US-Streitkräften nach Nikaragua".

Die Vorbereitungen darauf sind faktisch seit langem im Gange. Davon zeugen z. B. die ununterbrochenen Militärmanöver der US-Truppen in Honduras. Jetzt wird u. a. Kurs darauf genommen, auch Nikaraguas Nachbarländer gegen die Republik aufzubringen. Dazu veranstaltet man Provokationen wie die an der kostarikanisch-nikaraguanischen Grenze: Am 31. Mai beschloß eine Bande von Contras eine Streife der kostarikanischen Zivilgarde, und die Verantwortung dafür wurde der sandinistischen Volksarmee zugeschrieben.

Trotz des verstärkten Drucks durch die USA und ihres Handelsboykotts "demonstrieren die Sandinisten", wie der Korrespondent der "New York Times" aus Managua durchgibt, "die zunehmende Zuversicht" in ihre Kräfte.

Aus allen Teilen der Erde kommen Solidaritätsbekundungen für das Volk Nikaraguas. Eine solche Solidarität ist heute ein fester Bestandteil des allgemeinen Kampfes für Frieden und das Recht der Völker auf Freiheit und Unabhängigkeit.

A. USWATOW

WEITER AUF ALTEM KURS

Am 7. Juni kamen die traditionellen Frühjahrssitzungen der leitenden NATO-Organen zum Abschluß. Sie verliefen in zwei Runden. An der ersten, militärischen, beteiligten sich in Brüssel am 21. und 22. Mai die Verteidigungsminister, die Generalstabschefs und andere höchste Chargen der Streitkräfte. Die zweite, politische Runde versammelte am 6. und 7. Juni in Estoril (Portugal) die Außenminister.

Im Mittelpunkt der Diskussionen in Brüssel stand ein "Aktionsplan" für die weitere Modernisierung und Stärkung der Streitkräfte des Blocks. Die Verteidigungsminister kamen überein, die Käufe von Waffen und Kampftechnik zu erweitern, für die neueste militärische Technologie grünes Licht zu geben und die Munitionsreserven zu vergrößern. Wurden die NATO-Militärprogramme früher für 5-6 Jahre aufgestellt, so sind in dem von den Ministern bestätigten "Aktionsplan" die Aufgaben und die Entwicklungswege der konventionellen Kräfte des Blocks bis zum Ende unseres Jahrhunderts formuliert worden. Sie erzielten die Übereinkunft, die NATO-Südflanke zu festigen und bei der Entwicklung und Produktion von Waffen enger zusammenzuarbeiten.

In Ziffern ausgedrückt, ergibt das folgendes Bild. Im Jahre 1985 werden allein die 12 Länder, die zur Eurogruppe des Blocks gehören, 740 Panzer, 600 Panzerwagen, 350 Flugzeuge, etwa 20 Kampfschiffe, darunter einen Flugzeugträger, und vieles andere in ihren Waffenbestand aufnehmen. Diese Angaben stammen aus einer amtlichen Broschüre, die über den militärischen Beitrag der westeuropäischen Teilnehmer (ohne Frankreich) berichtet. Journalisten, die über das Brüsseler Treffen schrieben, wurden auch Angaben über das Wachstumstempo des nichtnuklearen Potentials der NATO als Ganzes zur Verfügung gestellt, und zwar vom Pentagon-Chef Weinberger, der auf einer Pressekonferenz sprach. Bis Ende der 80er Jahre, sagte er, werde der Panzerpark der NATO um 7% bzw. 6500 Stück zunehmen. Die Kriegsflotte werde um 8% wachsen und etwa 100 Kampfschiffe dazubekommen. Die Arsenale der Panzerabwehrmittel erweitern sich um 20%, die Zahl der Kampfflugzeuge werde sich um 22% erhöhen.

Die Rede ist nicht nur von der Menge, sondern, wie auch Weinberger betonte,

von Novationen, die "den alten Mustern weit überlegen sind". Viele Systeme, die jetzt im Entwicklungsstadium sind, etwa die "denkende" Waffe, haben überhaupt keine Analogien. In Ballungsgebiete der gegnerischen Truppen abgeschossen, werden solche Raketen bzw. Geschosse die Ziele selbständig suchen, auswählen und vernichten.

Amerikanische und westeuropäische Konstrukteure entwickeln eine neue Generation von Mitteln des Elektronikkrieges, um den Gegner zu betäuben und zu blenden. Andererseits wird dem Problem des eigenen Überlebensvermögens viel Beachtung geschenkt. Im Abschlußkommu-nique der Verteidigungsminister wird z. B. die Aufgabe gestellt, bis 1990 in Westeuropa 665 Deckungen für US-Flugzeuge zu bauen.

Innovationen sind teuer. Ihre Entwicklung und Produktion erfordern zusätzliche und recht hohe Ausgaben. Weder die USA noch Westeuropa haben überflüssiges Geld. Um es dem Steuerzahler abzuknöpfen, braucht es gewichtige Argumente. Da auch solche fehlen, greift man zu Erdachten.

Die Aufrufe zum Ausbau der "klassischen" Rüstungen auf der Basis neuer Technologien begründet die NATO-Propaganda "klassisch": Der Westen bleibe hinter dem Osten zurück. Auf den Mai-Sitzungen der militärischen NATO-Organen wurde wiederholt das Alarmzeichen gegeben: "Diese Spanne verbreitert sich." Zu westlichen Korrespondenten "sickernden" Nachrichten über perspektivische Einschätzung der "sowjetischen Bedrohung" durch. Die Reuter-Agentur legte diese Information wie folgt dar: Der NATO-Militärausschuß "geht von der Möglichkeit eines erfolgreichen nichtnuklearen sowjetischen Überfalls auf Westeuropa um das Jahr 2000 aus".

Auf der Pressekonferenz machte ein westlicher Journalist den Vorsitzenden des Militärausschusses C. de Jager darauf aufmerksam, daß die Einschätzung der "sowjetischen Bedrohung" durch die NATO widersprüchlich ist: In einem Dokument werde sie als zunehmend, in einem anderen als abnehmend dargestellt. Der General erklärte diese Widersprüche durch "Anwendung unterschiedlicher Kriterien". Aber die Wahrheit ist konkret. Objektive Forschungen ergaben schon wiederholt: Die

"erdrückende Überlegenheit" des Warschauer Vertrags in den konventionellen Rüstungen ist Resultat von Manipulationen der Atlantisten. So werden in den NATO-Angaben die Streitkräfte Frankreichs und Spaniens, die Lagervorräte und andere ähnliche "Kleinigkeiten" nicht berücksichtigt. Zieht man aber alle Komponenten in Betracht, so lautet das Resultat immer: annäherndes Kräftegleichgewicht. Zu diesem Schluß gelangte z. B. das Londoner Institut für strategische Studien. Auch der amerikanische Senator S. Nunn widerlegte in einem Artikel, den die "Washington Post" Anfang Juni veröffentlichte, indirekt die Behauptung von der "immer breiteren Spanne" bei den konventionellen Rüstungen.

Wieder einmal bestätigten die Verteidigungsminister ihre Ende der 70er Jahre übernommene Verpflichtung, die Militärausgaben über die Inflationskorrekturen hinaus um 3% jährlich zu erhöhen. Sie "betonten die Entschlossenheit der NATO, die Stationierung von Mittelstreckenraketen plangemäß fortzusetzen".

Die Tagesordnung enthielt keinen Punkt zu Reagans Lieblingsthema "Strategische Verteidigungsinitiative" (lies: "Sternenkriegs"-Pläne), dennoch beschäftigten sich die Minister viel damit. Weinberger wollte, daß seine Kollegen die US-Pläne offen unterstützen. Doch der Druck führte zu einer diplomatischen Blamage. Der belgische Verteidigungsminister F. Vrenen dementierte die Erklärung eines Sprechers des State Department, sein Land habe durch offizielle Zusage der Teilnahme an der Entwicklung von Waffen für

General Rogers, Oberster NATO-Befehlshaber Europa, an einer Karte der Welt. Trägt sich der Atlantikpakt mit neuen Plänen?

Foto aus: "Der Spiegel" (BRD)



die "Sternenkriege" den Beginn gemacht.

Im Abschlußkommuniqué der Verteidigungsminister wird SDI nicht erwähnt. Beobachter beurteilten das als Beweis für wesentliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bündnispartnern. Daß dies richtig ist, zeigte sich auch beim Treffen der Außenminister in Portugal. Auch in dem von ihnen angenommenen Dokument kommt SDI nicht vor. Die Idee des öffentlichen Bekennnisses zu den militärisch-kosmischen US-Plänen stieß bei Frankreich, Dänemark, Norwegen und Griechenland auf Ablehnung. Das "Zerwürfnis" der Bündnispartner erhielt eine so breite Resonanz, daß US-Außenminister Shultz nichts anderes blieb, als zugeben: Die USA wollten tatsächlich einen Satz mit Worten der Unterstützung für SDI ins Abschlußkommuniqué aufnehmen. Da aber dieses Vorhaben nicht den erwünschten Anklang gefunden habe, wurde beschlossen, "das Problem lieber gar nicht zu erwähnen, als die Sache mit einem nichtssagenden Satz abzutun". Warnend jedoch sagte Shultz, es wäre ein schwerer Irrtum anzunehmen, die Tatsache, daß im gemeinsamen Dokument die Unterstützung der Bündnispartner nicht zum Ausdruck gekommen sei, werde sich irgendwie auf das militärisch-kosmische Programm der USA auswirken. "Es wird daran weitergearbeitet werden", zog der Außenminister das Fazit.

Die Außenministerkonferenz verlief zu einer Zeit, da die Reagan-Administration fieberhaft überlegte, ob sie den nichtratifizierten SALT-2-Vertrag auch weiter einhalten oder sich über seine Begrenzungen hinwegsetzen solle. Die Bündnispartner waren da einer Meinung: Die USA müssen sich sowohl an SALT 2 als auch an den ebenfalls bedrohten ABM-Vertrag halten. Bundesaußenminister Genscher, der amtierende Vorsitzende der Tagung, nannte diese Verträge "wichtige Elemente der internationalen Stabilität".

In ihren Berichten aus Estoril haben viele Journalisten folgenden Satz aus dem Kommuniqué der Außenminister hervor: "Wir unterstützen fest die Anstrengungen der Vereinigten Staaten in drei Verhandlungsbereichen" (in Genf) "und fordern die Sowjetunion zu einer konstruktiven Position auf." In diesem Fall erzielte Shultz die Unterstützung seiner Kollegen und machte auf der Pressekonferenz seiner Genugtuung Luft. Solidarität der Bündnispartner, schön und gut, sie darf jedoch nicht daran hindern, die reale Sachlage zu sehen. Die Genfer Verhandlungen stolpern nicht über einen Mangel an sowjetischen konstruktiven Vorschlägen, sondern darüber, daß die USA eines der vereinbarten Themen — die Frage der Verhütung einer Weltraum-militarisierung — nicht zu erörtern

wünschen. Diese Meinung wird nicht nur von der UdSSR und ihren Verbündeten vertreten.

Am 7. Juni, d. h. an dem Tag, da die Außenminister am Wortlaut des Kommuniqués feilten, berichtete die US-Presse über eine Erklärung des Ex-Verteidigungsministers der USA Robert McNamara. Er warf der Reagan-Administration vor, "keinen Plan" für eine Rüstungsbegrenzung zu haben. McNamara forderte die Regierung seines Landes auf, auf die Ausarbeitung der SDI, die die Genfer Verhandlungen blockiere, zu verzichten, und nannte die Aufrufe Washingtons, die "offensiven" Waffen zu begrenzen und für die Entwicklung "defensiver" Waffen, wie die Weltraumwaffen in den USA umschrieben werden, grünes Licht zu geben, "nicht durchdacht".

Ein paar Tage früher veröffentlichte die "New York Times" zwei Artikel eines weiteren maßgeblichen US-Experten auf dem Gebiet der internationalen Beziehun-

gen, Marshall Shulman. Er kritisierte die Politik seiner Regierung auf den Genfer Verhandlungen: "Keine denkbare Logik berechtigt zu der Annahme, daß die Russen einer Reduzierung ihrer Raketen zusagen, während Amerika den Weg zur Errichtung einer militärischen Kontrolle über den Weltraum geht. Und dies zusätzlich zu neuen Bombern, Raketen und U-Schiffen, die die USA aus dem beinahe doppelt so hohen Militärbudget bauen."

Sowohl in Brüssel als auch in Estoril betonten die Minister ihren Wunsch, die internationale Sicherheit zu festigen und die Beziehungen zur UdSSR und deren Bündnispartnern zu verbessern. Zugleich verkündeten sie, daß sie die Aufstockung ihrer Rüstungspotentiale, der konventionellen und der nuklearen, forzusetzen gedenken. Anders gesagt, versucht die NATO, unvereinbare Dinge zu vereinbaren.

Brüssel

W. BOIKOW

SÜDKOREA

HEISSE MONAT MAI

Seit Frühjahr 1980 hat Südkorea keine solchen Erschütterungen gekannt.

Damals rollte, ebenfalls im Mai, eine machtvolle Woge von regierungseidlichen Aktionen über alle Städte im Süden der Halbinsel. Ihren Höhepunkt erreichten die Ereignisse in Kwangju. Als erste zogen die Studenten der Universität Chonnam auf die Straßen. Ihre Lösungen: "Nieder mit dem militärfaschistischen Regime!", "Weg mit dem Ausnahmezustand!", "Es lebe die Demokratie!" u. a. wurden von den Einwohnern Kwangjus unterstützt. Auf der gleichen Seite der Barrikaden wie die demokratisch gesinnte Studentenschaft standen Arbeiter, Intellektuelle, Vertreter aller Schichten der Gesellschaft. Die Massen besetzten das Arsenal und nahmen die Macht in ihre Hand. Heldenhaftes verfloss sich mit Tragischem: Nach einer 10tägigen Belagerung der Stadt mit ihren 800 000 Einwohnern brachen die Straftruppen des Militärregimes den Widerstand der Aufständischen. Kwangju wurde im Blut erstickt.

Die Entwicklung im Mai 1980 erinnert stark an die so nahe Vergangenheit, sowohl was die Ausmaße und die Spannungen als auch was die erhobenen Forderungen betrifft. An allen Universitäten Südkoreas brodelt es. Nach vorliegenden Angaben haben die Studenten etwa

1000 Demonstrationen mit 270 000 Teilnehmern durchgeführt. Beobachter konstatieren, daß neben den Aufrufen zur Demokratisierung der Gesellschaft und zum Rücktritt des Regimes Chung Doo Hwans von den USA mit beispiellosem Nachdruck gefordert wird, ihre Teilnahme an der grausamen Niederwerfung des Volksaufstandes in Kwangju im Mai 1980 zuzugeben und mit der Unterstützung des südkoreanischen Diktators und seiner Unterdrückungspolitik Schluß zu machen.

Ein Höhepunkt der Massenaktionen gegen die Regierung wurde erreicht, als eine Gruppe von Studenten das Söuler Büro der USA-Nachrichtenagentur (USIA) besetzte. 72 Studenten verbarrikadierten sich dort in der Bibliothek und traten aus Protest gegen Washingtons Hilfe für das amtliche Söul in einen Hungerstreik. Ferner forderten sie eine sofortige Untersuchung der Umstände, unter denen die Aufständischen von Kwangju blutig unterdrückt worden waren. Diese Aktion dauerte vier Tage.

In einem Kommentar dazu betont die japanische "Asahi": "Die Studenten und anderen Bevölkerungsschichten sind überzeugt, daß eines der größten Hindernisse für die Demokratisierung des Landes die Politik Washingtons ist, das voll und ganz Chung Doo Hwans Regime unterstützt."

W. GODYNA

Die Reformisten weiter auf altem Kurs

„DREISEITIGE“ EINSEITIGKEIT

Zu der 71. Generalkonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die am 7. Juni in Genf eröffnet wurde, legte ihr Sekretariat, das Internationale Arbeitsamt (IAA), eine Reihe von Berichten vor. In dem Hauptrreferat wird die Richtung der Generaldebatte auf den Plenarsitzungen der Konferenz und in ihren Ausschüssen aufgezeigt.

Welches Hauptthema wählte das IAA für die Debatte? Als wichtigste Frage nennt das IAA die "Dreiseitigkeit". Das Hauptthema des Berichtes lautet: "Berufsständische Beziehungen und Dreiseitigkeit: strukturelle Wandlungen, Dialog und sozialer Fortschritt." Einer seiner Autoren, der IAA-Generaldirektor, nimmt den Bericht mit der Erklärung voraus, die Frage der "Dreiseitigkeit" werde nicht einfach als ein Tagesordnungspunkt unter anderen abgehandelt, sondern habe prinzipielle Bedeutung für das Bestehen der ILO. "Der erste Teil des Berichts lädt ein zur Erörterung der Aussichten in einem Bereich, der das Herzstück der Tätigkeit der ILO ausmacht, — den berufsständischen Beziehungen und der Dreiseitigkeit", schreibt Francis Blanchard. Ihm zufolge ergibt sich, daß die Dreiseitigkeit nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der von ihm geleiteten Organisation dominiert. "Ich behaupte nicht", ergänzt er, "daß es theoretisch gesehen so aussieht, doch im Alltag verhält sich alles gerade so."

Erinnern wir daran, was die "berufsständischen Beziehungen", die "Dreiseitigkeit" und der "Dialog" "theoretisch" und "im Alltag" bedeuten. Ja, die ILO entstand 1919, um die sozialreformistische Idee der Sicherung des Klassenfriedens durch Kollektivverhandlungen zwischen den Werktagen und den Unternehmern unter der Schirmherrschaft des Staates zu verwirklichen. Die Beziehungen zwischen diesen drei "Partnern" werden in der Sprache des Reformismus als "berufsständisch" bezeichnet. Warum? Deshalb, antworten die Verfasser des IAA-Berichts, weil die Festlegung der Bedingungen des Arbeitsverhältnisses durch gegenseitige Zugeständnisse von "Arbeitgebern" und "Arbeitnehmern" die berufsständischen Beziehungen schafft. Doch wem ist nicht klar, daß die Bereitstellung von Kapital für die Einstellung von Arbeitskräften kein Beruf, sondern das Klassenmonopol der

Ausbeuter auf die Produktionsmittel ist? Und wer weiß nicht, daß der Verkauf der eigenen Arbeitskraft zur Beschaffung von Existenzmitteln gleichfalls nicht ein Beruf ist, sondern die soziale Stellung des Proletariats als Lohnarbeiter?

Hört man die Weisen aus dem IAA, dann ergibt sich, daß es die Verpflichtung des Staates sei, die "Spielregeln" festzulegen, die Pflicht der beiden übrigen Partner aber darin bestehe, "sich von diesen Regeln leiten zu lassen". Doch es geht ja dabei nicht um ein Spiel, sondern um kompromißloses Klassenkampf, der das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft ausmacht. Seit Bestehen der ILO haben die Klassenkämpfe die ganze Unhaltbarkeit des "Prinzips der Dreiseitigkeit" gezeigt und den "berufsständischen Schleier" von den antagonistischen Widersprüchen der bürgerlichen Gesellschaft gerissen. Die revolutionären Erschütterungen in Ländern, die unaufhaltsame Zunahme der Streikbewegung des Proletariats und die Massenaktionen gegen das Wettrüsten — alles hat nichts von den reformistischen Legenden eines "Dialoges" und der "Dreiseitigkeit" übriggelassen.

Doch das IAA klammert sich weiterhin an den "dreiseitigen" ideologischen Plunder, um die Massen von dem bewährten Weg des Klassenkampfes abzulenken. Hierbei wird es nicht müde, seine Besorgnis herauszustellen. Die Zukunft fordere durch heranreifende strukturelle Wandlungen die ILO samt ihrer "dreiseitigen" Plattform heraus. Vom ökonomischen Bereich der kapitalistischen Weltwirtschaft gehe eine Herausforderung durch die Verlangsamung des Entwicklungstempes, die zunehmende Inflation und internationale Verschuldung aus, die besonders verhängnisvoll für die Entwicklungsländer sei. Die Technik drohe mit der Abschaffung vieler Arbeitsplätze, die sozialen Beziehungen bergen die Gefahr in sich, daß die Frauen in die Reihen der erwerbstätigen Bevölkerung strömen. Doch an wen richtet sich diese Herausforderung, die sich letztlich aus den Widersprüchen der wissenschaftlich-technischen Revolution unter dem Privatunternehmertum ergibt?

Die Autoren des Berichts ignorieren für den Weltkapitalismus so markante Pro-

zesse der letzten Jahrzehnte wie das unaufhaltsame Wachstum der Arbeiterklasse, das die Gesamtpositionen des internationalen Proletariats verstärkt, dessen zunehmende Allgemein- und Berufsbildung. Die zunehmende Massenproduktion der kapitalistischen Industrieländer hat neue Gruppen der Jugend, der Frauen und der ausländischen Arbeiter in die Lohnarbeit einbezogen. Die Zahl der Lohnarbeiter in diesen Staaten stieg 1950--1979 von 158 auf 269 Millionen. In 30 Jahren ist ihr Anteil an den Berufstätigten von 66 auf 80 Prozent geklettert. Dies bedeutet vor allem eine Zunahme des Anteils des Proletariats — von einer "einfachen Mehrheit" (56,9 Prozent) auf eine sehr qualifizierte Mehrheit (70 Prozent).

Aus diesen objektiven Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung sollte der Schluß gezogen werden, daß zumindest in der eigentlichen "Dreiseitigkeits"-Formel der ILO (zwei Regierungsvertreter, ein Vertreter der Unternehmer und einer der Arbeitenden) offenbar die Notwendigkeit deutlich geworden ist, den Arbeitenden eine bedeutendere Position zuzuweisen. Zudem erfolgte in der Nachkriegszeit in vielen Produktionsbranchen eine Fusion des bürgerlichen Staatsapparates mit dem Produktionsapparat der Monopole: Allein schon der Militär-Industrie-Komplex macht das deutlich.

Aus der Konsolidierung und der Zunahme verschiedener Formationen der Werktagen in der Welt und aus der Verflechtung der Interessen des Kapitals und des Staates ziehen die Verfasser des IAA-Berichtes völlig widersprüchliche Schlüsse, die die Lohnarbeiter einschüchtern sollen. Sie behaupten, die Position der Gewerkschaftsorganisationen bei den Verhandlungen mit den Unternehmern werde immer schlechter wegen der Unentschlossenheit vieler Gewerkschaftsmitglieder, die keine direkten Aktionen bei einer verschlechterten Arbeitsmarktlage wollen. Die Gewerkschaften hätten angeblich den Unternehmern und den Regierungen die Initiative überlassen. Und als Folge ergebe sich ein Rückgang der zahlenmäßigen Stärke der Gewerkschaften und deren abnehmende "Politisierung".

Die Verfasser des Berichtes bringen es fertig, die Gewerkschaften sogar mit Fakten einschüchtern zu wollen, aus denen eigentlich ermutigende Schlüsse zu ziehen sind. So ziehen die IAA-Verfasser, wenn sie sagen, in den letzten Jahrzehnten seien neue Formationen der Frauen, der Jugend, der Ausländer und der Geistesschaffenden berufstätig geworden, den Schluß, die "Position der Gewerkschaften" werde dadurch "geschwächt".

Die Verfasser des Berichts versuchen, die Gewerkschaften zu erpressen, sie damit einzuschüchtern, daß die Werktagen den Augenblick verpassen und nicht



Dänemark. Die Verhandlungen mit den Unternehmern haben stattgefunden. Unser Bild zeigt ihr Ergebnis: Streikende Arbeiter werden vom Staat durch die Polizei verjagt. Die "Dreiseitigkeit" in Aktion

Foto: Reuter-TASS

rechtzeitig einen Dialog mit den Unternehmern zur Erörterung der "vordringlichen Probleme" aufnehmen könnten. Zu diesen Problemen gehört auch die Aufgabe einer Hebung des Beschäftigungsstandes. Nach der Logik der IAA-Führung ist die Lösung dieser Frage angeblich in Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Unternehmern über die Arbeitszeit zu suchen, die die Bosse als vorteilhaft für die Verteilung unter dem Personal anstelle von Massenentlassungen ansehen.

Den Gewerkschaften wird von vornherein angeboten, sich auf eine gleichmäßige Aufteilung der vorhandenen Arbeit unter den daran Interessierten vorzubereiten. Wege zu einer "Vollbeschäftigung" bei einem 6stündigen Arbeitstag, zu einer 32- und sogar 30stündigen Arbeitswoche werden gewiesen. Von da ist es nur noch ein Katzensprung zur "Freizeitivilisation", über die man sich in den USA bereits vor gut 15 Jahren ausließ. Übrigens wird das amerikanische Beispiel eines "ständig wirkenden" Mechanismus der Tarifverträge, wie er angeblich von der Führung der AFL/CIO geschaffen wurde, den Entwicklungsländern zur Nachahmung angeboten. Dafür kommen die Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern in dem Bericht schlecht weg.

Die Lobpreisung der überholten Idee von angeblich unabhängigen Interessen der drei Seiten und die seit langem kompromittierte Praxis eines Dialoges von Unternehmern und Gewerkschaften unter Schirmherrschaft des Staates ist der rote Faden, der sich durch den ganzen Bericht

zieht. Dies soll bei den Vertretern der Entwicklungsländer den Eindruck erwecken, der Westen, als dessen Sprachrohr die IAA-Führung seit langem auftritt, habe irgendein ideologisches Rezept zur Milderung der unverzöglichlichen Klassenwidersprüche.

Der erste Teil des Berichts, in dem die Grundideen der "dreiseitigen" Partnerschaft dargelegt werden, soll die zweite Hälfte dieses Dokuments, die chronologisch die ideenarme Tätigkeit der ILO 1984 beschreibt, theoretisch absichern. In Wirklichkeit aber ist der Eindruck nach Lektüre dieses Textes der, daß der trockene Rechenschaftsbericht über die praktische Tätigkeit der Organisation nur die ideologische Armut ihrer theoretischen Anstrengungen ergänzt.

Ja, auch die Berichtsautoren selbst glauben nicht an das rettende Rezept der "Dreiseitigkeit". "Der bestimmende Faktor liegt zweifelsohne im Vorhandensein oder im Fehlen gegenseitigen Vertrauens, eben darin, daß keine Seite beabsichtigt, die andere völlig zu zerdrücken, sondern ihre Interessen berücksichtigt und daß die Probleme, die bislang nicht vollständig gelöst wurden, im erforderlichen Augenblick im Geiste des Einverständnisses und des guten Willens behandelt werden", verkünden die Autoren anfangs bei ihrem Eiertanz, doch fügen sie sogleich hinzu: "Bedauerlicherweise löst in gewissen Kreisen der Gedanke, daß Gewerkschafter und Unternehmer mit der Herstellung von Vertrauen beginnen müssen, nur mitleidiges Lächeln aus. Fast überall stehen persönliche Enttäuschungen hinter diesem Skeptizismus."

Vergeblich preisen die Herren vom IAA die versöhnlicheren Abmachungen zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten von allen drei Seiten. Diese "Dreiseitigkeit" unter den Bedingungen des Kapitalismus ist völlig einseitig, da sie nur zur weiteren Versklavung der Werktagigen dient.

R. PANTELEJMONOW

STURE PUPPENSPIELE

In die Teilung Zyperns wurde noch ein Keil gefrieben. Am 9. Juni führte die Leitung der 1983 einseitig proklamierten "Türkischen Republik Nordzypern" Präsidentschaftswahlen durch. Auf den Posten des Oberhauptes eines Staates, der ungesetzlich ist und auf keiner Weltkarte existiert, gab es sechs Anwärter. Die Namen mehrerer Kandidaten auf dem Wahlzettel sollten lediglich einen Anstrich der Anständigkeit verleihen. Noch vor den Wahlen bezweifelte niemand ihre Ergebnisse. Zum "Präsidenten" wurde Rauf Denktaş, Führer der Türkisch-Zyprioten, gewählt.

Es wäre falsch, die Farce vom 9. Juni mit üblichen Maßen zu messen: Parteien, Plattformen, Wahlslogans, Prozente. Die "Präsidentenwahlen" war lediglich ein Schritt im Maßnahmenkomplex zur endgültigen Teilung des unabhängigen demokratischen und selbständigen Zypern. Der erste Schritt wurde 1983 getan. Im vergangenen Mai folgte der zweite in Form des sogenannten "Verfassungsreferendums", und die bevorstehenden "Parlamentswahlen" im Nordteil der Insel werden die Teilung der Republik — nach Plänen ihrer Organisatoren — abschließen.

Das alles gleicht einer Aufführung im Puppentheater, bei der die Spieler nicht sonderlich bemüht sind, sich hinter einem Vorhang zu verstecken. Um sie zu identifizieren, genügt zu wissen, wem die Teilung der Insel Vorteile bringt. Dieses Geheimnis hat keine sieben Siegel. Bereits seit mehr als 20 Jahren versuchen imperialistische Staaten — vor allem die USA und Großbritannien —, diese Mittelmeerinsel in einen militärischen Brückenkopf zu verwandeln.

Als die britische Krone Zypern in die Unabhängigkeit entließ, sorgte sie dafür, daß ihre Stützpunkte und die schwelende Glut der Fehden zwischen den Bevölkerungsgruppen auf der Insel bleiben. Auch Washington will kein Außenseiter sein und hat für die Unterstützung der türkischen Zyprioten, die Versprechen eingehandelt, im Norden der Insel seine Basen errichten zu können. Das Pentagon braucht Zypern als Sprungbrett zur militärischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Nahostländer, als Umschlagplatz für seine schnellen Eingreiftruppen, die im Persischen Golf und im Indik operieren.

Um dieser Ziele willen bemüht sich der Imperialismus, die Perle des Mittelmeeres zu spalten, das unabhängige Zypern zu schwächen, die griechische und türkische Gemeinde, die Jahrhunderte friedlich nebeneinander lebten, zu verfeinden.

N. SHOLKWER

EIN NEUER STERN

Aus der Vorgeschichte: Vor etwa einem Jahr bemerkte ein US-Journalist, daß in dem eben erst erschienen Buch General David Ch. Jones, ehemals Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs der USA, unter den US-Militärstützpunkten (mit Sternchen auf der Landkarte eingezeichnet) auch einer in Sri Lanka dabei war. Bis dahin galt die Meinung, dort gebe es keine US-Basen. Das Pentagon bezeugte das auch, um die aufkommenden Zweifel zu zerstreuen. Wie sich herausstellt, war der General von der Wahrheit nicht weit entfernt: In der Nähe der Hauptstadt Sri Lankas wird der außerhalb der USA stärkste Sender der "Stimme Amerikas" gebaut.

Ja, ist Sender gleich Militärstützpunkt? Was hat der General, was haben seine eingezeichneten Sternchen damit zu tun? Dazu die Zeitung "Forum" (Sri Lanka): "Der neue Sender ist nur ein Aushängeschild für ein geheimes Kommunikationszentrum und einen elektronischen Abhöroposten der US-Kriegsflotte im Indischen Ozean."

Sobald die "Nachrichtenzentrale" in Sri Lanka betriebsfertig ist, wird das Pentagon seine eigentlich noch nicht ständige, aber schon reale Präsenz in diesem Lande wesentlich ausbauen. Natürlich auch die ideologischen Diversen, in erster Linie gegen Indien und Afghanistan. "Somit", lesen wir in der indischen Wochenschrift "New Wave", "handelt es sich um die Versuche der USA, Sri Lanka nicht nur in ihre Zentrale für Rundfunkdiversionen umzuwandeln, sondern auch in einen amerikanischen Stützpunkt für Wühlaktionen gegen Asiens und Afrikas unabhängige und freiheitliebende Völker."

R. GALIULLIN

IHRE AUGEN

Eine Minute der Stille, ruhe erfüllt. Es wird wieder von Unsicherheit und Un- gekämpft werden.



Möglicherweise zum letztenmal für diese junge Frau und ihre Kameraden. Sie kämpft für die Freiheit und Unabhängigkeit Nikaraguas. Darin sieht sie den Sinn ihres Lebens. Sie weiß: Ohne Kampf wird die Freiheit nicht kommen. Und ohne Freiheit kann sie sich ihr Leben nicht denken.

Müdigkeit... Leid... Schmerz... Was drücken Deine Augen noch aus, Genossin! Wir lesen darin auch den grimmigen Haß auf die Freiheitsgegner. Und die Kraft, die über deren Niedertracht natürlich triumphieren wird.

Foto aus:
"L'Humanité" (Paris)

DIE ANDERE WANGE HINHALTEN

Ende Mai wäre Chester Crocker, der Afrika-Stellvertreter des US-Außenministers, beinahe um seinen Posten gekommen. Alles wegen der Ränke Pretorias, das, wie die "New York Times" zugab, die USA in eine "dumme Lage" brachte. Wie ging das vor sich?

Vier Jahre gönnte sich Crocker keine Ruhe, die von

ihm erdachte Politik der "konstruktiven Zusammenarbeit" mit der RSA in die Tat umzusetzen, und versicherte, die Rassisten würden, wenn man sie nicht unnötigerweise reize, sanft wie die Tauben sein, von der Apartheid ablassen und mit ihren Nachbarländern, vor allem mit Angola, in Frieden und Eintracht leben. Und nun das Ergebnis:

Die RSA gab den Abzug ihrer Truppen aus Angola bekannt. Kaum ein Monat war vergangen, da verlangte man von Crocker Erklärungen: Auf welche Weise sind RSA-Militärangehörige erneut nach Angola geraten, diesmal nach seiner Provinz Cabinda, und zwar mit dem Auftrag, die dortigen Erdölfelder zu sprengen? (Siehe NZ

Nr. 24/85.) Crocker hatte keine Erklärung dafür. Inzwischen nannte die Presse Pretorias Diversen eine "erste Schlappe" der Politik der "konstruktiven Zusammenarbeit" und sogar eine "Ohrfeige für Washington". Da also kamen Gerüchte über Crockers baldige Demission auf.

Doch vor ihn stellte sich Präsident Reagan persönlich, ist er doch ein leidenschaftlicher Anhänger der "konstruktiven Zusammenarbeit". Gemeinsam mit

Ende Mai w
RSA per Luft i
Südostangolas
die Banditeng
die gierig na
Luanda greift,
Zusammengefü
der reaktionäre
"Bürger für An
stalter des Tre
ihre Schützling
"regierungsfei
Angola, Afgh
Nikaragua". In
war es eine Zu
Bandenmitglie
gressiven Re
Länder stürzen

SICHERHEIT DIE PERSH

Die Explosion
Rakete auf einer
weit von Heilbr
die US-Militärs
Nachdenken. D
darüber, daß so
gische Folgen ha
kürzlichen Erklä
Pentagon-Vertre
die Untersuchu
ganz andere Bes
es heißt, seien
"schon lange Ze
einen Angriff vo
denen Washingt
päischen Friede
Das heißt, des
Sicherheit der I
jene bezichtigt,

Crocker ver
Welt schon s
heuchlerisch,
tik bringe de
kas Stabilitä
Crocker trotz
ge" auf seine
blieben, und
eine Blamag
wird fortges
ganz so aus
Washington
hungen zur
christlichen
Schlägt man
eine Wange
andere hin.

en sie über die
ne Waldregion
transportiert, wo
ierung UNITA,
der Macht in
Juwesen treibt.
wurden sie von
S-Organisation
ka". Die Veran-
s bezeichneten
s Vertreter der
chen Kräfte aus
tan, Laos und
irklichkeit aber
menrottung von
n, die die pro-
ungen dieser
ollen.

BANDITENALLIANZ

Die Teilnehmer der Zusammenrottung versprachen feierlich zusammenzuarbeiten. Zwar ist noch nicht ganz klar, wie das geschehen soll, da die "vertragschließenden Seiten" erklärten, sie würden keine Truppen, Waffen oder Gelder austauschen? Ja, warum sollten sie auch z. B. Gelder austauschen. Haben sie ja eine gemeinsame Hauptfinanzquelle — Washington —, ob offiziell, mit Billigung des Kongresses, oder ganz inoffiziell, über die freigegebenen Kanäle der CIA. Obgleich ihnen natürlich manches auch von

anderen zufällt: den afghanischen Konterrevolutionären von den arabischen Monarchien, den an-golanischen Landsknechten Savimbi von den RSA-Rassisten (die Apartheid ist dabei kein Hindernis) und den laotischen Verrätern gleichfalls von "lieben Nachbarn".

Und doch gibt es Dinge, über die sie ihre Erfahrungen austauschen können — die reichen Erfahrungen bestialischer Morde, Diversionsakte und des Bürgerkrieges.

Und all das geschieht mit dem Segen des Weißen Hauses. In

einer enthusiastischen Botschaft Ronald Reagans an die Teilnehmer der Zusammenrottung heißt es unverhohlen: "Eure Ziele sind unsere Ziele. Ich wünsche Erfolg, und möge Gott Euch segnen. Aufrichtig Euer Präsident Ronald Reagan."

In Washington wird offenbar bereits nach einem Gebäude für eine "zentrale Vertretung" der ersten, wie sich die "Washington Post" ausdrückte, Allianz antikommunistischer Rebellen gesucht. Damit die so nah wie möglich bei ihren Göntern und Wohltätern sein können.

A. ULANSKI



der US-Raketen aus ihren Ländern verlangen.

Der stellvertretende US-Verteidigungsminister, J. Ambros, appellierte an die Verbündeten, sich intensiver mit dieser Problematik zu befassen und, um die Pershings vor Anschlägen "terroristischer Elemente" zu schützen, entschiedenere Maßnahmen gegen die Teilnehmer der Antiraketenbewegung zu ergreifen.

Die Feststellung, der Frieden sei ohne Raketen viel sicherer, versetzt die Pentagonstrategen in Angst und Schrecken. Ihrer Logik zufolge können so nur Terroristen denken, die das Allerheiligste, die Raketenmanie des Pentagon, attackieren wollen.

J. BOBROW

Zeichnung: N. Stscherbakow

NEUER MANN — ALTE IDEEN

Der Präsident des Chryslerkonzerns, Lee Iacocca, ist weit bekannt als Trommler der Theorie des "liberalen Kapitalismus", als eine Art Retter des Systems des freien Unternehmertums. Er grinst von ungezählten Titelseiten und von der Maftscheibe. Seine Rezepte eines "Burgfriedens" werden in Millionenauflage verbreitet.

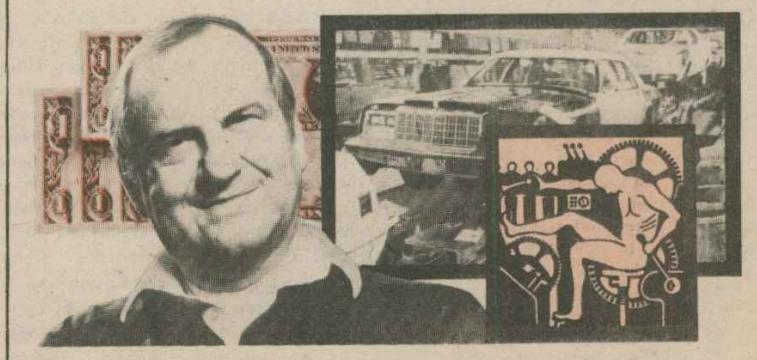
"Arbeiter und Kapitalisten sind keine Feinde", versichert Iacocca. Die Welt, tönkt er, habe sich verändert, und die Zeit sei gekommen, von veralteten Stereotypen Abschied zu nehmen. Nur eine "enge Zusammenarbeit der Regierung, der Gewerkschaften und der Unternehmer wird den USA eine dominierende Stellung auf dem Weltmarkt sichern", das ist seine Hauptthese. Für seine Anstrengungen bei der Sicherung des "Burgfriedens" wurde er sogar mit dem Titel "Mann des Jahres" geehrt.

Als Iacocca 1980 Präsident von Chrysler wurde, erklärte er, seine Aufgabe sei es, den Konzern vor dem Bankrott zu retten. 1984 meldeten die Zeitungen, die Gewinne der Firma

hätten sich auf 2,4 Md. Dollar belaufen. Diese "phantastische Errungenschaft" wird jetzt als Beispiel zur Nachahmung empfohlen. Allein daß "Iacocca Wunder" mit einem Bankkredit von über 1 Md. Dollar subventioniert wurde, wird lieber verschwiegen. Das eine ist die Finanzierung der Ideen des "Burgfriedens" als Paradebeispiel des Chryslerkonzerns, etwas anderes aber für den täglichen Gebrauch. Die Politik des "gemeinsamen Ziels und der gleichen Opfer" bürdet also den Arbeitern eine schwere Last auf. Was übrigens auch der von US-Präsident Reagan vorgelegte Entwurf einer Steuerreform bestätigte, die dazu führen kann, daß die Unternehmenssteuern gesenkt, dafür aber — was hätten Sie gedacht? — die Arbeitslosenunterstützung besteuert wird.

O. SCHACHNASAROW

Der Trommler der Theorie des "liberalen Kapitalismus", Chrysler-Präsident Lee Iacocca



DIE BEFREIUNG

Der zweite Weltkrieg hatte lange vor den ersten Gefechten in Europa seinen Ursprung: zu der Zeit, als die einen Politiker nicht verhindern konnten und die anderen nicht verhindern wollten, daß der Faschismus in Deutschland an der Macht festen Fuß faßte, und es, ungeachtet der Aufrufe der UdSSR, ablehnten, in einer Einheitsfront gegen die Nazibenteuer vorzugehen.

Leider wiederholt sich die Geschichte, wenn auch in anderer Form. Es ist dringend notwendig, sich darüber klarzuwerden, von wo die Bedrohung der Menschheit heute ausgeht. Es gibt Politiker, die wie ihre Vorgänger versuchen, den Völkern den Gedanken aufzunötigen, daß sie selbst in der Geschichte eine besondere Rolle spielen, daß sie auserwählt und berechtigt seien, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen. Wieder operiert man mit verdummenden Slogans von einer "sowjetischen Bedrohung", die von den Nazis weidlich ausgeschlachtet wurden.

M. Fjodorow: Über den zweiten Weltkrieg wird im Westen viel gesprochen und geschrieben. Besonders loben die Leidenschaften, wenn von der Rolle der UdSSR im Krieg die Rede ist. Bei Äußerungen gewisser Politiker und der bürgerlichen Presse könnte man glauben, die sowjetischen Truppen seien nur darauf aus gewesen, sich in die inneren Angelegenheiten der Länder Europas einzumischen. Eine "Senderstimme" verkündete kategorisch: "Stalin hat den ihm von Hitler aufgezwungenen Verteidigungskrieg in einem Eroberungskrieg umfunktioniert, um der UdSSR die Herrschaft über Osteuropa zu sichern und für die kommunistische Expansion Brückenköpfe und Voraussetzungen zu schaffen."

Der blutige Kampf gegen den Faschismus, der unser Volk 20 Millionen seiner besten Söhne und Töchter gekostet hat, und die Befreiung der Länder Europas aus der Naziknechtschaft werden von den bürgerlichen "Sowjetologen" in eine "kommunistische Expansion" umgelogen.

Wozu, das ist leicht zu erraten. Von den Bewohnern der Erde sind über 50 Prozent erst nach dem Krieg zur Welt gekommen. Eine kürzliche Umfrage in den USA hat ergeben, daß 16 Prozent der US-Amerikaner überhaupt nicht wissen, wer gegen wen gekämpft hat. Von den Befragten sagten 11 Prozent, die UdSSR habe auf Seiten Deutschlands gegen die USA Krieg geführt. Kein einziger konnte angeben, wann der zweite Weltkrieg begann und endete, und manche fragten verwundert, ob es einen solchen denn gegeben habe. Es ist wohl angebracht, zu Beginn unserer Diskussion nochmals zu sagen, welche Ziele die UdSSR im zweiten Weltkrieg verfolgte, denn gerade darüber werden viele Ungereimtheiten verbreitet.

M. Monin: Kurz nach dem Einfall

Hitlerdeutschlands in die UdSSR definierte die KPdSU klar und deutlich unsere Ziele im Krieg. Wir machten es uns zur Aufgabe, unser Territorium von den Nazibesatzern zu befreien, Sowjetbürger aus der Naziklaverei zu erretten und den Nazistaat mitsamt seinen Streitkräften als Handhabe zu einer notorischen Aggression und zu Raubzügen zu vernichten sowie der verhaßten "Neuordnung" Europas ein Ende zu bereiten und deren Urheber abzustrafen. Das wurde übrigens im Sommer 1941 formuliert, als wir auf dem Rückzug waren und der Ausgang des Krieges noch nicht feststand. Wir wußten aber schon damals genau, wofür wir kämpften.

I. Krempa: Schon 1941 erklärte die Sowjetregierung, daß allen Völkern Europas und Asiens in ihrem Kampf gegen den Faschismus geholfen und die europäische Zivilisation gerettet werden muß. Dabei behielten die befreiten Völker ihr naturgegebenes Recht, sich ihre zukünftige Staatsordnung auszuwählen. Besonders wichtig war der Beschuß der UdSSR, die Hauptkriegsverbrecher, die das Leid von Millionen auf dem Gewissen hatten, zu bestrafen.

H. Bertsch: Schon damals zog die UdSSR einen scharfen Trennungsstrich zwischen dem Aggressor, der Clique Hitlers einerseits und dem deutschen Volk anderseits. Das muß jetzt immer von neuem als ausnehmend wichtiges Element der sowjetischen Politik hervorgehoben werden.

J. Kulczycki: Nicht zu vergessen ist auch ein so wichtiger Aspekt wie der Einfluß, den die von der sowjetischen Führung erklärten Ziele auf das Kriegsprogramm der Antihitlerkoalition hatten. Es genügt ein Blick in die Dokumente internationaler Konferenzen und politischer Zusammen-

Man darf nicht einmal die Versuche, die Ergebnisse des zweiten Weltkriegs einer Revision zu unterziehen, das Heldenamt des Sowjetvolks im Kampf gegen den Faschismus zu leugnen und die globalen Kräfte der Demokratie und des Fortschritts der Früchte des Sieges zu beraubten.

Die Redaktion der NZ hat kompetente Historiker aus der UdSSR, aus der VR Polen, der CSSR und der DDR zu einem Meinungsaustausch über aktuelle Fragen an den runden Tisch gebeten. Teilnehmer der Diskussion waren: Staatspreisträger Prof. Dr. Michail Semirjaga, Prof. Dr. Michail Monin, Generalleutnant a. D. Alexander Schewtschenko, Janusz Kulczycki, Stellvertretender Abteilungsleiter im ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Prof. Dr. Ivan Krempa, korrespondierendes Mitglied der AdW der CSSR, und Prof. Dr. Herbert Bertsch vom Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR. Die Aussprache wurde von M. Fjodorow, dem NZ-Chefredakteur, geleitet.

künfte sowie in die Korrespondenz der Spitzenpolitiker der "Großen Drei". Sie geben ein klares Bild davon, wie konsequent und angelegen die UdSSR bemüht war, es bei der Zerschmetterung der Kriegsmaschinerie der Achsenmächte nicht bewenden zu lassen, sondern den Faschismus mit Stumpf und Stiel zu vernichten und die Völker Europas vom faschistischen Joch zu befreien.

Diese Fragestellung war von größter ideologischer, moralischer und politischer Tragweite nicht allein für uns Polen, sondern auch für die Völker der anderen besetzten Länder. Sie gab der Nachkriegsordnung in Europa einen neuen Aspekt.

H. Bertsch: Es lag bereits die traurige Erfahrung der "Friedensregelung" nach dem ersten Weltkrieg vor, die auf der Idee eines "Sanitätskordons" rings um die UdSSR fußte.

J. Kulczycki: Ja, auch dieses Mal hätten gewisse Kräfte im Westen das Kriegsziel einzig auf eine "Aufteilung der Einflußsphären" reduziert. Churchill versuchte sogar, deswegen bei Stalin zu sondieren, wurde von ihm jedoch ziemlich schroff abgewiesen. Nicht vergessen darf das heute werden, wo sich die antikommunistische Propaganda fast überschlägt, um die UdSSR zu beschuldigen, sie habe eine auf die "Teilung Europas" abzielende Politik betrieben.

M. Monin: Gewiß, die USA und Großbritannien hätten nichts dagegen gehabt, durch eine solche Teilung die eigenen Positionen auf dem Weltmarkt zu halten und zu verstärken. Es ist ja kein Geheimnis, daß die Imperialisten damit rechneten, die UdSSR werde im Krieg wenn nicht vernichtet, so doch entscheidend geschwächt werden.

A. Schewtschenko: Im Nationalarchiv der USA liegt das Protokoll einer Sitzung

des vereinigten britisch-amerikanischen Stabs vom 20. August 1943 zum Thema: Die Perspektiven der Politik beider Staaten gegenüber der UdSSR. In Paragraph 9 "Militärische Betrachtungen über die Beziehungen zu Rußland", heißt es, daß darüber diskutiert wurde, "ob die Deutschen" den britischen und amerikanischen Truppen in Europa "nicht helfen würden, die Russen aufzuhalten". Nicht minder krasse Dokumente der strategischen US-Aufklärung hat die NZ unlängst veröffentlicht. Man erfährt daraus, daß die Ukraine und Polen Hitler schon 1943 überlassen und dort eine Art Kondominium der USA, Großbritanniens und Deutschlands eingesetzt werden sollte.

M. Semirjaga: Eine erstaunliche, aber logische Eintracht! Die Slogans von einer "Invasion der Russen in Europa" und einer "Unterjochung Europas durch die Sowjets" haben sich ja keineswegs die Propagandisten des Pentagon und der NATO ausgedacht. Man braucht nur in dem Goebbelsblatt "Das Reich" von 1944 und 1945 nachzulesen, um eine restlose Identität der damaligen nazistischen Propaganda mit der jetzigen sowjetfeindlichen festzustellen. Doch weder die einen noch die anderen sind logisch. Damals bestanden die Spitzelpolitiker der USA und Großbritanniens, namentlich Churchill, dringend auf einer Aktivierung der Kampfhandlungen der UdSSR in Europa, u. a. zwecks Hilfeleistung an die britischen und amerikanischen Truppen während der Ardennenoffensive der Wehrmacht von Ende 1944. Heute klagt Mr. Reagan plötzlich, der "Schatten der Sowjets" habe schon 1945 Europa verdüstert. Da muß man sich doch fragen, wieso man den "Schatten" im Krieg in Europa und im Fernen Osten zu Hilfe gerufen hat. War Churchill wirklich so blind? Das nicht, damals war sich auch der Kommunistenfeind Churchill darüber im klaren, daß Großbritannien der Naziagression ohne die UdSSR nicht Einhalt gebieten konnte.

A. Schewtschenko: Die Antihitlerkoalition hatte sich das Ziel gesetzt, Europa vom faschistischen Joch zu befreien. Diese Aufgabe hatten die Alliierten miteinander vereinbart. Ich komme darauf zurück, weil gewisse Historiker im Westen das heute zum Gegenstand von Propagandamanipulationen machen wollen. Die bürgerlichen Historiker behaupten, das Vorgehen der Sowjetarmee in Osteuropa sei expansionistisch und nicht auf die Befreiung abgestellt gewesen. Nachdem sie die Grenze ihres Landes überschritten hätte, habe sie die Kriegsoperationen politisch von Grund auf geändert und habe die sozialistische Ordnung auf ihren Bajonetten in die Länder Europas getragen.

M. Fjodorow: Am 40. Jahrestag des Sieges verschwieg Präsident Reagan

ostentativ, daß die wirkliche Triebfeder des Krieges der von den Imperialisten verschiedener Länder hochgepäppelte deutsche Faschismus war. Mehr noch, Reagan versuchte sogar, die Nazis weizuswaschen.

So stellt man die Dinge auf den Kopf. Rekapitulieren wir einmal die historischen Tatsachen von Ende 1944 und Anfang 1945. Das ist um so notwendiger, als die bürgerliche Propaganda aus deren Verdrehung Kapital zu schlagen sucht.

J. Kulczyki: Die heute versuchen, die Befreiungsmission der UdSSR in Europa mit Phrasen von einem "Export des Sozialismus" umzufälschen, behaupten, die Russen hätten an ihrer Grenze stehen bleiben sollen.

spielsweise hätte Polen noch Hunderttausende Menschenleben zu beklagen gehabt. Die ganze Welt wäre von einem derartigen Beschuß schwer enttäuscht und deprimiert gewesen. Die Öffentlichkeit hätte ihn als Verrat der UdSSR an den allgemeinen Zielsetzungen der Antihitlerkoalition aufgefaßt.

M. Semirjaga: Hier ist es am Platze, daran zu erinnern, daß die Befreiermission dem sowjetischen Volk enorme Kräfte und Opfer abverlangt hat. Ungefähr ein Jahr lang kämpfte die Sowjetarmee im Ausland. Gebiete von zehn Ländern Europas und zwei Ländern Asiens hatte sie vollständig oder teilweise befreit. In der Tschechoslowakei allein kämpfte sie 232 Tage und hatte 140 000 Gefallene und



Warschau... Belgrad... Prag... Budapest... Wien... Berlin... Auf der Karte Europas ist die Entfernung zwischen Ihnen leicht zu ermessen; ein Flugzeug legt sie in höchstens 2 Stunden zurück. Doch bewahrt das Andenken der Menschheit eine andere Skala. Die durchkämpften Tage und Nächte, die Kriegsjahre trennen die Völker Europas vom Frieden, um den die sowjetischen Soldaten, alle Patrioten, Antifaschisten und Widerstandskämpfer unter Todesverachtung rangen. Ihre Großtat ist in der Bronze der Kriegsmedaillen, im dankbaren Gedächtnis der Nachkommen geprägt.

Die Folgen eines solchen Verhaltens kann man sich unschwer vorstellen. Hitlers Truppen hätten die dringend benötigte Atempause und die Möglichkeit zu einem strategischen und politischen Manöver bekommen. So hätten sich die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Offensive im Westen ergeben, was Hitler als bequemer ansah. Und das wiederum hätte sich höchst ungünstig auf den Ausgang des Krieges ausgewirkt, der sich noch jahrelang hätte hinziehen können.

Hätte die Sowjetarmee ihren Befreiungsmarsch 1944 an der Grenze abgebrochen, dann wären die Völker Europas unter Hitlerdeutschlands Stiefel geblieben und hätten sehr viel mehr Opfer gehabt, erst recht, weil die Nazis damals ihre Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik noch verschärften. Bei-

viele tausend Verwundete. Und noch ein wichtiger Umstand: Die Rote Armee unterstützte den nationalen Befreiungskampf der Völker nicht allein durch ihre Anwesenheit, sondern sie beeinflußte auch den Ausgang des militärischen und politischen Kampfes der Völker von Ländern, in die sie den Fuß setzte. Wäre die Landung der alliierten Truppen in der Normandie überhaupt möglich gewesen, wenn die sowjetisch-deutsche Front nicht bestanden hätte?

J. Kulczyki: Es ist ganz natürlich, daß der nationale Befreiungskampf in vielen Ländern Europas und Asiens am Kriegsende zum Sieg der demokratischen Kräfte führte. Das war eine historische Gesetzmäßigkeit. Die Rote Armee tat nur eins: Sie machte Gegenaktionen der faschistischen Reaktion und der anderen reaktionären Kräfte — ob in Polen oder im

Ungarn Horthys — unmöglich, und das lag im ureigenen Interesse der Völker!

I. Krempa: Selbstverständlich gab die Offensive der Roten Armee einen Impuls nicht nur für die antifaschistische Bewegung, sondern auch für revolutionäre Umgestaltungen in den Ländern, die sie befreite. Die neue Gesellschaftsordnung entstand dort nicht unter Druck der sowjetischen Streitkräfte, wie jetzt im Westen behauptet wird, sondern dank den damaligen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Das Volk traf die Wahl. Nehmen wir Dokumente in Augenschein!

Am 8. Mai 1944 wurde ein Abkommen über die Beziehungen zwischen den sowjetischen Befehlsstellen und den Landesbehörden nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in der Tschechoslowakei unterzeichnet. Es fußte auf dem Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten seitens der sowjetischen Streitkräfte und Respektierung der Souveränität der Tschechoslowakei und bot damit die Voraussetzungen für eine rasche Konsolidierung und Normalisierung des Lebens im Lande.

A. Schewtschenko: Solche Bestimmun-

gen wurden nicht nur in der Tschechoslowakei strikt eingehalten. Unser Staat betrieb gegenüber allen Ländern, die befreit wurden, eine ehrliche Politik. In der Erklärung der Sowjetregierung zum Einmarsch der Roten Armee in Polen hieß es, daß die sowjetischen Truppen fest entschlossen sind, "die feindlichen deutschen Armeen aufs Haupt zu schlagen und dem polnischen Volk bei seiner Befreiung vom Joch der deutschen Besatzer sowie bei der Wiederherstellung Polens als unabhängige, starke und demokratische Republik zu helfen". Die grundsätzliche Haltung der UdSSR kam prägnant auch in der Erklärung über Österreich vom 9. April 1945 zum Ausdruck: "Die Sowjetregierung hat sich nicht das Ziel gesetzt, einen Teil Österreichs an sich zu bringen oder die Gesellschaftsordnung Österreichs zu verändern." Eben solche Prinzipien waren der ganzen Befreiungsmission der UdSSR zugrunde gelegt.

M. Molin: Kommen wir auf Mittel- und Osteuropa zurück. Ende 1944 funktionierten in Rumänien, Bulgarien und auch im Osten Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns und Jugoslawiens bereits die neuen Machtorgane auf zentraler und lokaler Ebene.

Ein starker Anreiz für die revolutionären und patriotischen Kräfte, die in den Satellitenländern Hitlerdeutschlands für die Errichtung der Volksmacht kämpften, waren die günstigen Waffenstillstandsbedingungen, die, ohne die am ungerechten Krieg Schuldigen ungestraft zu lassen, den Völkern die Möglichkeit boten, unabhängig zu werden und sich auf Seiten der alliierten Mächte in den antifaschistischen Kampf einzuschalten. Um die Formulierung dieser Bedingungen hat sich die UdSSR sehr verdient gemacht: Sie hat nicht zugelassen, daß Großbritannien und die USA aus dem Waffenstillstandsabkommen eine Handhabe zur Einnahme in die inneren Angelegenheiten der befreiten Völker machten.

M. Semirjaga: Bis ans Kriegsende leistete die UdSSR den Armeen, die sich an den Kampfhandlungen gegen die Nazibesatzer beteiligten oder darauf vorbereiteten, tatkräftige Hilfe, am meisten dem Wojsko Polskie, der Volksbefreiungsarmee Jugoslawiens (VBAJ) und dem 1. Tschechoslowakischen Armeekorps. Auf Ersuchen der polnischen, der jugoslawischen und der tschechoslowakischen Behörden stellte ihnen das sowjetische Oberkommando tüchtige Berater, reichlich Waffen und Kriegstechnik sowie anderes Heeresgut zur Verfügung. Die VBAJ hatte keine Flugzeuge, und so wurden ihrem Oberkommando eine spezielle Fliegergruppe, bestehend aus zwei Divisionen, operativ unterstellt. Auch der bulgarischen und der rumänischen Armee wurde geholfen. Gegen Ende 1944 kämpften Seite an Seite

mit den sowjetischen Einheiten eine polnische und zwei rumänische Armeen, ferner bulgarische Truppen und das tschechoslowakische Armeekorps — insgesamt über 326 000 Mann.

A. Schewtschenko: Ein paar Worte über die Wirtschaftshilfe an Länder Mittel- und Südosteupas. 1944 hatte die UdSSR begreiflicherweise keine Nahrungsmittelüberschüsse. Aber sie half den um ihre Befreiung kämpfenden Völker aus internationaler Solidarität, u. a. auch mit Nahrungsmitteln. Warschau bekam 60 000, Belgrad und andere Städte Jugoslawiens erhielten 53 000 t Mehl; viele Nahrungsmittel wurden in die ersten befreiten slowakischen Gebiete geliefert. Unentgeltlich und rechtzeitig war die Hilfe bei der Organisation eines Gesundheitsdienstes für die Bevölkerung und die Verwundeten sowie bei der Lösung der Verkehrsprobleme und bei den Landarbeiten.

I. Krempa: Die Westmächte hatten anderes im Sinn. In einer Anzahl von Staaten stürzten die Regimes, die erbitterte Klassengegner der UdSSR waren und von denen manche ausgesprochen feindselig zu ihr standen. Mit dem Zusammenbruch Nazideutschlands zerfiel eigentlich der "Cordon sanitaire" um die UdSSR. Die Imperialisten aber wollten ihn zusammenflicken. Es entstanden zahlreiche Pläne für eine tschechoslowakisch-polnische und eine Donauöderation. Ferner wurde versucht, in mehreren Ländern den revolutionären Prozeß zu unterbinden und dort die antisozialistischen Regimes wieder aufzurichten.

J. Kulczycki: Die Absicht der Imperialisten, ihre Positionen wiederherzustellen und zu halten, ist am Beispiel Polens besonders deutlich zu erkennen. Sie bemühten sich schon 1941 krampfhaft darum, daß es bürgerlich blieb. Churchill tat alles, um in Warschau eine prowestliche, ausgesprochen antisowjetische Regierung einzusetzen. Wir bestanden auf einer demokratischen Lösung des polnischen Problems. Und so scheiterten die Versuche des Westens. Als sich die Hoffnungen der antifaschistischen Kräfte darauf, in Polen die dominierende Stellung einzunehmen, nicht erfüllten, versuchte die Reaktion im Februar 1948 einen Umsturz in der Tschechoslowakei, aber er mißlang.

M. Semirjaga: Es ist zum Staunen! Die UdSSR wird gerade von denen eines "Exports der Revolution" gezeichnet, die 1944 und 1945 nachdrücklich einen Export der Konterrevolution in die von den westlichen Truppen eingenommenen Länder betrieben. Denken wir an Italien, wo die Militärbehörden der Alliierten einen nichterklärten Krieg gegen die Teilnehmer des Widerstands führten. In Griechenland erklärte Churchill sogar ganz offiziell einen solchen Krieg, und die Schandtaten der britischen Truppen in



Die Kundgebung der Werktätigen Berlins am 1. Mai 1946 zur Unterstützung der demokratischen Umgestaltungen.

Am 17. März 1945 verabschiedete die ungarische Regierung ein Gesetz über die Aufhebung des Großgrundbesitzes und die Übergabe des Grund und Bodens an die Bauern.





Im Februar 1948 entschied sich das tschechoslowakische Volk endgültig für die sozialistische Entwicklung und vereitete alle Versuche der Reaktion, das Land ins Lager des Imperialismus hinüberzuziehen.

diesem Land bedeckten die britische Krone mit Schmach und Schande.

A. Schewtschenko: Die Geschichte hat noch so manches Argument, das das Gerede von einer "gewaltigen Einsetzung der Sowjetmacht" über den Haufen wirft. Die sowjetischen Truppen waren ja z. B. auch in Norwegen, Dänemark und Österreich, aber dort besteht die bürgerliche Ordnung noch heute. Hingegen haben in Albanien und Vietnam, später auf Kuba, in Nikaragua, Laos und Kampuchea Revolutionen stattgefunden, obwohl dort niemals sowjetische Truppen gewesen sind.

H. Bertsch: Für die Nachkriegsgestaltung der Welt war Deutschland selbst ein besonderes Problem. Trotz den Beschlüssen von Jalta und Potsdam traten die westlichen Alliierten hartnäckig gegen ein geeintes, demokratisches und entmilitarisiertes, von der Macht der Monopole befreites Deutschland auf. Sie betrieben seine Teilung. In dem Teil Deutschlands, der jetzt die sozialistische DDR ist, stellt die unbedingte Friedenswahrung eine Staatsdoktrin und die tagtägliche Praxis dar. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß die herrschenden Kreise im anderen deutschen Staat den Militaristen aus Übersee die Ausführung ihrer aggressiven Pläne faktisch erleichtern.

A. Schewtschenko: Fast fünf Monate lang nach der Befreiung Österreichs bekamen die Wiener Nahrungsmittel aus den Beständen der Roten Armee. Im ersten Nachkriegsjahr allein lieferte die UdSSR Österreich ebensoviel Nah-

nungsmittel wie die USA, Großbritannien und Frankreich zusammen. Bedarf es noch weiterer Beweise für den Humanismus der siegreichen Roten Armee? Dabei gibt es Unmengen solcher Beispiele, nicht nur im Bereich der materiellen Hilfe. Im März 1945 brachten schwedische Blätter ein Interview mit Erzbischof Fjällby, als dieser von einer Reise durch die von der Roten Armee befreiten Gebiete Norwegens zurückkam. Er sagte: "Man fragt mich, ob die Russen der Kirche Schwierigkeiten machen. Ich kann nur sagen, daß die Russen nicht nur korrekt, sondern sogar zuvorkommend waren: Sie haben uns bereitwillig geholfen." Im März 1946, als dänische Truppen auf Bornholm Einheiten eines sowjetischen Schützenkorps ablösten, schrieb die dänische Zeitung "Politiken": "Die Russen hinterlassen die besten Erinnerungen. Ihre Disziplin war vorbildlich, sie waren als Freunde gekommen und hatten uns die Befreiung gebracht. Das werden wir nie vergessen."

J. Kulczycki: Ich möchte mich kurz hierzu äußern. Die sozialen Wandlungen im Nachkriegseuropa sind nicht auf sowjetische Bajonette, sondern auf die Klassenwidersprüche der damaligen dortigen Gesellschaftsordnung zurückzuführen. Der Krieg hat sie nur bloßgelegt und zugleich die Unfähigkeit der herrschenden Klassen dieser Länder offenbart, die für die Gesellschaft und die Nation lebenswichtigen Probleme, vor allem das der nationalen Sicherheit, zu lösen.

Erinnern wir uns: Die Faschisten besetzten diese Länder oder machten sie durch unverhohlene politische Abmachungen mit den reaktionären Kreisen der dortigen Bourgeoisie zu ihren Protektoren. Da verrieten die herrschenden Klassen ihren Eigennutz und ihre Mißachtung für die nationalen Interessen. In den Stimmungen der Öffentlichkeit trat eine große Wende ein. In Polen zeigte sich das nicht nur dadurch, daß die Linken, geführt von den Kommunisten, aktiver wurden, sondern auch in anwachsenden radikalen Stimmungen bei dem Teil der Gesellschaft, der mit der Londoner Exilregierung verbunden war. Nach erhalten gebliebenen Dokumenten zu urteilen, war der Informations- und Propagandadienst Londons über diese Wandlungen bestürzt. Aus entsprechenden Meldungen und anderen in der VR Polen veröffentlichten Schriftstücken geht hervor: In Polen nahm die Hoffnung zu, daß die Befreiung demokratischen Veränderungen den Weg bahnen und die frühere Beschaffenheit des Staates, die Vorkriegsära schwach gemacht hatte, verworfen werden würde.

Folglich war die Entscheidung für die sozialistische Entwicklung in Polen wie in den anderen Ländern Mittel- und Osteuropas vor allem auf den Klassenkampf zwischen den fortschrittlichen und den reaktionären Kräften zurückzuführen.

I. Krempa: Mit anderen Worten ist die Revolution weder nach Polen noch nach der Tschechoslowakei oder nach irgendeinem anderen Land exportiert worden. Sie war die ureigene Sache des Volkes, die Frucht der Aktivitäten interner revolutionärer Kräfte. Wenn von einer Rolle, die die UdSSR dabei gespielt hat, gesprochen werden kann, so hat gerade ihre Überzeugung, daß jeder Staat berechtigt ist, seinen Entwicklungsweg selbstständig zu wählen, weitgehend dazu beigetragen, die Versuche einer Einmischung der imperialistischen Staaten in die inneren Angelegenheiten anderer Länder zu vereiteln.

M. Fjodorow: Denkt man über die Lehren des zweiten Weltkriegs nach, so stehen einem die enormen Verluste und Leiden, die er verursachte, vor Augen. Noch tobten Gefechte gegen den Faschismus, die Menschen aber streben bereit danach, die Kriegsgefahr für alle Zeiten aus dem Leben der Menschheit zu verbannen. Die politische Konzeption der UdSSR — Koexistenz und Zusammenarbeit bei friedlicher Entwicklung — kam bei allen Zusammenkünften der "Großen Drei" in Teheran, Jalta und Potsdam zur Geltung.

Letztthin sind zwischen den USA und der UdSSR Spannungen eingetreten. Die UdSSR hat das nicht gewollt.

M. Monin: Unabhängig von den verschiedenen Klasseneinstellungen zu den Weltproblemen konnten die Spitzenpolitiker der zur Antihitlerkoalition gehörenden Länder eine Übereinkunft treffen, deren Quintessenz darin bestand, die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Wurzeln des Faschismus auszurotten und zwischenstaatliche Beziehungen anzubauen, bei denen die Gefahr einer militärischen Kollision ausgeschlossen wäre. So wurde die Zusammenarbeit von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und während des Krieges der Kampf gegen die gemeinsame Gefahr ein Beispiel dafür, daß selbst schwierigste geopolitische Probleme am Verhandlungstisch gelöst werden können.

M. Fjodorow: Die Geschichte hat bestätigt, daß sich die Antihitlerkoalition zu einem Kampfbündnis nicht allein von Staaten, sondern auch von Völkern gestaltete. Das ist eine neue, bisher in den internationalen Beziehungen nie dagewesene Erscheinung. Das Zusammenwirken von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung hat unvergänglichen politischen Wert und für das Geschick der Menschheit ausnehmende Bedeutung. Deshalb fordert die UdSSR am 40. Jahrestag des Sieges nochmals alle Staaten Europas und der anderen Erdteile auf, sich über ihre Differenzen zu erheben und im Kampf gegen die neue, die ganze Menschheit bedrohende Gefahr einer nuklearen Vernichtung Partner zu werden.

Vor 70 Jahren wurden erstmals chemische Waffen eingesetzt



Dmitri POGORSHELSKI

22. April 1915. Um 18.20 Uhr läutete im Stab von Monsieur Mordacq, Kommandeur einer Brigade der französischen Armee, das Feldtelefon.

„Hier spricht Major Villevaleix“, die heisere Stimme wurde von langem Husten unterbrochen. „Riesige gelbliche Rauchwolken quellen aus den deutschen Schützengräben über meinen ganzen Frontabschnitt. Die Soldaten fliehen. Viele stürzen, bekommen keine Luft mehr...“

Mordacq meinte, der Major sei durchgedreht, und maß dessen Wörter keine besondere Bedeutung bei. Doch einige Minuten später läutete erneut das Telefon. Eine ähnliche Meldung machte Major de Fabry. Mordacq begriff, daß etwas Schlimmes geschehen sein müsse, und eilte zur vordersten Linie.

Als sich Mordacq und die ihn begleitenden Soldaten dem Ypern-Kanal näherten, spürten sie ein Brennen in der Nase und im Hals sowie starkes Ohrerauschen. Das Atmen fiel ihnen immer schwerer. Die Pferde gerieten ins Stolpern. Waffenlose Soldaten stürzten ihnen halbwahnsinnig entgegen, rissen ihre Uniformen auf, sogen gierig Luft ein und spuckten Blut...

Ein Pyrrhussieg

1937 zog Rudolf Hanslian, einer derjenigen, die für die chemische Aufrüstung Deutschlands vor dem zweiten Weltkrieg verantwortlich waren, eine Art Bilanz des ersten Einsatzes von Chlorgas, „... dieses großen Erfolges, der durch die militär-chemische Überraschung erzielt worden war...“

Der „Vater“ des Erfolges, genauer gesagt, des Pyrrhussieges, war der Chemiker Fritz Haber, der am militärischen Einsatz von Gasen arbeitete. Erstmals war diese Frage auf Erlaß des deutschen Kriegsministers, General von Falkenhayn, im September 1914, d. h. in den ersten Kriegstagen, erörtert worden. Eine kleine Gruppe von Wissenschaftlern und Industriellen wurde gebildet, deren Aufgabe es war, eine chemische Granate zu entwickeln. Es wurden sogar Erprobungen unter Gefechtsbedingungen durchgeführt, doch sie blieben ergebnislos.

Da schlug Haber im Dezember 1914 dem Oberkommando den Einsatz von Chlor vor. Einen Monat später beschloß von Falkenhayn, das Giftgas bei Kämpfen nördlich der belgischen Stadt Ypres einzusetzen. Bereits im März 1915 waren auf den deutschen Positionen Tausende chlorgefüllte Stahlzylinder eingegraben. Die Attacke wurde auf den 14. April angesetzt, doch der Wind machte einen Strich durch die Rechnung.

Am 22. April um 17.24 Uhr, als sich die Windrichtung änderte, traf der Befehl ein, die Attacke um 18.00 zu beginnen und um 18.15 Uhr zur Offensive überzugehen.

Alles wurde vorschriftsgemäß ausgeführt. Fünf Minuten lang entwich das Gas zischend den Zylindern und senkte sich, vom Wind getragen, auf die französischen Schützengräben nieder. 15 000 Soldaten erlitten schwere Vergiftungen, 5000 starben. Das Gas aber verbreitete weiter seine tödliche Wirkung.

Am 31. Mai 1915 kamen bei einer Gasattacke der Deutschen über 1000 Soldaten der russischen Armee um, fast 9000 zogen sich Vergiftungen zu. Diesmal hatte man einen neuen Giftstoff, das Phosgen, eingesetzt.

In der Nacht zum 13. Juli 1917 setzten die deutschen Truppen bei Ypres wieder Gas ein, diesmal ein noch entsetzlicheres — Lost (nach den Anfangsbuchstaben der deutschen Wissenschaftler Lommel und Steinkopf). Dieses Gas nannten die Franzosen Yperit, die Briten und Amerikaner — Senfgas. Dieser Kampfstoff galt damals als besonders heimtückisch: Er war farb- und geruchlos, drang in den Organismus durch die Haut oder die Atemwege ein, tötete erst nach einigen Stunden oder sogar Tagen.

Chemische Kampfstoffe töteten im ersten Weltkrieg insgesamt 100 000 Menschen, über eine Million zog sich Vergiftungen zu.

Für die Weltherrschaft

Gleich nach dem Krieg setzte im Westen eine leidenschaftliche Diskussion über die Bedeutung und Rolle der neuen Waffen ein. In Deutschland, das in Verletzung der Haager Konventionen von 1899 und 1907 erstmals die barbarischen Waffen eingesetzt hatte, wurden sie unverzüglich als "human" gepriesen (da drängt sich eine Parallele zur Gegenwart auf, wenn die Neutronenbombe als "human" hingestellt wird). Der Militärtheoretiker General von Altrock behauptete: In den Kriegen der Zukunft werde die erste Attacke gegen das tiefe Hinterland der kämpfenden Truppen des Gegners unter Einsatz von Kampfstoffen geführt. (Und erneut eine Analogie zur Gegenwart: General Bernard Rogers, Oberster NATO-Befehlshaber Europa, mit seiner "Air-Land-Battle"-Konzeption nimmt sich wie ein armseliger Nachahmer aus. Nur sind für ihn heute die Nuklearwaffen wichtiger.) Deutsche Militärs erklärten: Die C-Waffen könnten die Weltherrschaft nur jener Nation fördern, die ihre Überlegenheit in diesem Bereich beweisen wird.

Ebenso dachte man auch jenseits des Atlantik. "Seit der Erfindung des Pulvers", schrieb der Leiter des chemischen Dienstes der US-Armee, General Amos Fries, "hat nichts den Charakter der Kriegsführung so verändert, wie das die Gase getan haben oder noch tun werden..." In Washington zog man seine Schlüsse.

Der Oberbefehlshaber des US-Expeditionskorps in Europa, General John Pershing (nach dem die neuen Raketen-kernwaffen der USA benannt sind), schob Fries die Verantwortung für die Vorbereitung auf den Gaskrieg zu. Am 1. November 1917 wurde der Grundstein zum weltgrößten Arsenal chemischer Waffen in Edgewood gelegt.

Unterdes verurteilten die Öffentlichkeit, zahlreiche Politiker und sogar Militärs vieler Länder, die die Unmenschlichkeit der neuen Waffen erkannten, deren Einsatz scharf und verlangten ein Verbot ihrer Produktion. Am 17. Juni 1925 wurde das Genfer Protokoll über das Verbot der Anwendung von chemischen und bakteriologischen Kampfmitteln von ca. 100 Staaten unterzeichnet (die UdSSR gehörte zu den ersten Signatarstaaten).

Doch unter diesem Dokument sollte nicht die Unterschrift des Vertreters der USA stehen. Fries, der all seine Überredungskünste für die Interessen der Industriellen und der Militärs einsetzte, erreichte sein Ziel: Der US-Senat stimmte 1926 gegen die Ratifizierung des Genfer Protokolls. Die USA werden sich ihm erst 50 Jahre später anschließen, bereits "NEUE ZEIT" 25.85

nachdem sie ihre entsetzlichen Verbrechen in Indochina begangen hatten.

Das Genfer Protokoll wurde sowohl von Italien, das 1935 chemische Waffen in Abessinien (Äthiopien) einsetzte, als auch von Japan ignoriert, das 1937 diese Waffen gegen China anwandte.

Unter Ausnutzung des Umstandes, daß das Protokoll die Produktion von C-Waffen nicht untersagte, wurde in den USA und Großbritannien weiterhin intensiv an der Produktion neuer Kampfstoffe gearbeitet. Immer neue C-Waffen entstanden in Deutschland. Berlin betrachtete die chemischen Kampfstoffe als mögliches Instrument neuer Versuche, die Weltherrschaft zu erlangen.

Der geschäftstüchtige Chemiker und Industrielle Hugo Stolzenberg, der seinerzeit Habers Assistent gewesen war, nahm bereits 1923 die Produktion von Kampfstoffen in seiner Hamburger Fabrik wieder auf. Seit Anfang 1924 stellte ihm das Reichswehrministerium 20 Mio Mark für den Bau einer Fabrik zur Produktion von Phosgen und Yperit bereit. Zwei Jahre später ging dieses Unternehmen an die IG Farben über, die schon bald zum wichtigsten Kampfstofflieferanten wurde. Gerade in den Labors des Konzerns wurden damals der neue Kampfstoff Tabun entdeckt und ein Jahr später das Sarin, das sechs- bis zehnmal so giftig ist wie Tabun.

Im Juli 1938 legte der Chef der IG Farben, Krauch, auf Anweisung von Göring einen detaillierten Plan für die chemische Aufrüstung der Nazarmee vor. Görings Luftwaffe nahm Krauchs Idee besonders begeistert auf: "... daß die chemische Waffe die Waffe der überlegenen Intelligenz und des überlegenen technisch-naturwissenschaftlichen Denkens ist. Als solche ist sie berufen, in deutscher Hand kriegsentscheidend sowohl an der Front als auch gegen das feindliche Hinterland eingesetzt zu werden." (Und erneut wird man da an General Rogers erinnert.)

Gleich nach dem Überfall auf Polen ordnete Hitler die Vorbereitung auf den Einsatz von chemischen Waffen an. Das Oberkommando der Wehrmacht verlangte eine starke Steigerung ihrer Produktion. Besondere Hoffnungen, meint der bundesdeutsche Historiker Rolf-Dieter Müller, setzte die Naziführung bei der Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion in die chemischen Kampfstoffe. Hitler persönlich interessierte sich für den Stand der Dinge in diesem Bereich.

Und doch wurde diese entsetzliche Waffe im zweiten Weltkrieg nicht eingesetzt. Was hielt die Hitlerfaschisten zurück?

Die Behauptung einiger westlicher Historiker, Hitler, der die Wirkung der Gase 1918 erfahren hatte, habe es nicht gewagt, das Genfer Protokoll zu verletzen, klingt wenig glaubhaft. Das gleiche

gilt auch für die Version, die Wehrmacht habe nicht über ausreichende Erfahrungen beim Giftgaseinsatz verfügt und deshalb diesen nicht gewagt.

Die Sache sah anders aus.

Im Frühjahr 1942 wurde der Sowjetregierung bekannt, daß Hitler den Einsatz chemischer Waffen plante. Stalin informierte Churchill. Der britische Premier antwortete:

"Ich will Ihnen versichern, daß die Regierung Seiner Majestät jeglichen Einsatz von Giftgasen gegen Rußland als Einsatz gegen uns selbst ansehen wird. Ich habe ein enormes Lager von Gasbomben aufgebaut..., und wir werden nicht zögern, diese einzusetzen von dem Augenblick an, da Ihre Armeen und ihr Volk so angegriffen werden."

Churchill setzte das deutsche Oberkommando davon in Kenntnis.

Die Angst vor der unausbleiblichen Vergeltung wirkte wie eine kalte Dusche auf die Nazis.

Einigen Angaben zufolge hatte Hitler-deutschland gegen Ende des Krieges ca. 70 000 t Kampfstoffe aufgehäuft. Was ist mit diesen Arsenalen geschehen?

Als sich der Zusammenbruch des Reiches abzeichnete, versenkte man einen Teil der Kampfstoffe auf Befehl des Oberkommandos in der Nordsee und in deutschen Flüssen. Doch nicht geringe Arsenale wurden von Engländern und Amerikanern erbeutet. Einige Verbindungen gaben dann den Vorläufer heutiger Kampfstoffe, den G-Gas, ab. Übrigens waren Washington und London noch mehr an deutschen Chemikern und Militärs interessiert, die an der Entwicklung von Nervenkampfstoffen beteiligt waren. In den westlichen Besatzungszonen Deutschlands führten die Amerikaner hierfür die Operation "Paperclip" durch: Ihnen fiel Gerhard Schrader, einer der Schöpfer von Tabun und Sarin, in die Hände. In den zwei Jahren, wo er in einem Lager im Taunus interniert war, weihte er die Amerikaner ein, insbesondere im Bereich der phosphororganischen Verbindungen. Ebendorf quetschten die Amerikaner auch andere deutsche Experten aus — General Ochsner, Wirth, Ehmann, Fischer, Brodi, Drilling, Bomberg und Mommsen. Wie die britischen Historiker Harris und Paxman in dem Buch "Die höhere Form des Tötens — Die Geheimnisse der chemischen und biologischen Kriegsführung" schreiben, leisteten die meisten führenden deutschen Chemiker, die sich in den westlichen Besatzungszonen befanden, keinen geringen Beitrag zur Verstärkung des C-Waffen-Arsenals der USA.

Nach dem zweiten Weltkrieg erwiesen sich die C-Waffen gleichsam im Schatten der unheilvollen atomaren Pilze, die über Hiroshima und Nagasaki aufstiegen. Einige Fachleute vermuteten sogar, die C-Waffen seien veraltet und hätten ihre militärische

Bedeutung verloren. Doch sie irrten sich. Imperialistische Länder wandten wiederholt chemische Waffen an.

Von 1952 bis 1954 setzte Großbritannien Herbizide in Malaya zur Vernichtung der Vegetation, gegen die Aufständischen ein. Die portugiesischen Kolonialherren griffen zu C-Waffen bei ihren Versuchen, die nationale Befreiungsbewegung in Angola zu unterdrücken.

In den USA entstanden Anfang der 50er Jahre Produktionsstätten für Sarin — in Muscle Shoals und Denver (Rocky-Mountain-Arsenal). 1958 wurde in Newport ein Werk in Betrieb genommen, das jährlich Tausende Tonnen des hochgiftigen VX-Stoffes erzeugen kann. Zur Erprobung neuer Kampfstoffe wurde in Dugway (US-Bundesstaat Utah) ein Versuchsgelände eingerichtet. Von 1949 bis 1969 wurden 239 Experimente durchgeführt, bei denen Angriffe auf militärische und zivile Objekte, darunter auf ganze Städte, unter Einsatz chemischer und bakteriologischer Waffen erprobt wurden.

Doch die USA experimentierten nicht... Bereits Anfang der 50er Jahre hatten sie Kampfstoffe in Korea eingesetzt. Und vom Oktober 1967 bis zum Juni 1969 zerstörten sie den Kampfstoff "Orange" im Südteil der entmilitarisierten Zone in Korea auf einer Fläche von fast 10 000 ha.

Ökologische Zeitbombe

Das finsternste Kapitel in der Geschichte der C-Waffen schrieb das Pentagon von 1961 bis 1971 in Indochina.

Senator Nelson hatte 1972 im US-Kongreß erklärt, die USA hätten in Vietnam eine ökologische Zeitbombe zurückgelassen, was entsetzlichste Folgen haben werde. Erstmals setzten die USA massiv Herbizide und Defolianten gegen Natur und Bevölkerung Indochinas ein. In den Jahren der Operation "Ranch Hand" erprobten die Amerikaner in Südvietnam 15 chemische Stoffe und Verbindungen, um Ernten, Plantagen und Vegetation zu vernichten. Die Aggressoren warfen ca. 100 000 t Herbizide und Defolianten über Vietnam ab.

Der britische Major Thompson, der am Einsatz von Herbiziden im Krieg gegen Malaya beteiligt war, fungierte als Berater des Pentagon in Vietnam. Ihm gehört die Äußerung: Ein Partisanenkrieg ist in der Wüste nicht möglich. Anders gesagt, wollten die USA Vietnam, ein Land mit überaus reicher tropischer Vegetation, in eine gigantische Wüste verwandeln.

Glücklicherweise erreichte Washington sein Ziel nicht, doch in Mitleidenschaft gezogen wurden ganze Gruppen von Pflanzen, ganze Formen der Flora und das auf allen Etappen ihrer Entwicklung. Die

Nachwirkungen dieses Barbarentums werden noch Jahrzehntelang zu spüren sein. Bis die Wunden geheilt sind, werden über 100 Jahre vergehen.

Der massive Einsatz von Kampfstoffen, zu denen auch Dioxin gehörte, zerstörte das ökologische Gleichgewicht Vietnams. Können ja einige Gramm dieses stärksten aller Gifte Millionen Menschen töten. Die USA aber zerstörten über Vietnam 57 000 t "Agent Orange", was 170 kg Dioxin entspricht. Über 3500 Vietnamesen starben sofort durch US-Kampfstoffe, über zwei Millionen erlitten Vergiftungen. Die Zeitbombe tickt auch heute.

Bereits 1970 konstatierten vietnamesische Ärzte genetische Veränderungen bei Dioxinopfern. Auch die Zunahme von Leber- und Blutkrebs, von Mißgeburten und Problemschwangerschaften beunruhigte.

Der Bumerang des Pentagon traf auch Tausende von Amerikanern und Australiern — Veteranen des schmutzigen Krieges.

Ärzte analysierten die Todesursachen von 840 Veteranen (1972–1983). Dabei ermittelten sie: Sarkom (eine recht seltene Krebsart) findet sich bei ihnen sechsmal so häufig wie bei Nichtkriegsteilnehmern. Eine medizinische Kommission der US-Luftwaffe untersuchte vor zwei Jahren über 1000 Piloten, die Gifteinsätze gegen

Vietnam geflogen hatten. Festgehalten wurde eine "statistisch bedeutsame" Zahl von Haut- und Leberkrebs sowie Kreislaufstörungen. Bei ihren Kindern ist der Anteil der angeborenen Anomalien größer, die Lebenserwartung geringer als in der Kontrollgruppe. 40 000 Kinder der Veteranen weisen verschiedene Mißbildungen auf.

Eingeständnisse des Pentagon

Unter dem Druck der Weltöffentlichkeit mußte Präsident Richard Nixon 1969 erklären, daß die USA keine chemischen Waffen mehr produzieren würden... Doch noch ca. zwei Jahre setzte die amerikanische und bis 1975 die Saigener Armee Kampfstoffe in Vietnam ein. Nixons Moratorium war eher eine propagandistische Geste gewesen. In den Labors wurden weiterhin neue Kampfstoffe entwickelt und erprobt.

1975, nachdem die USA das Genfer Protokoll unterzeichnet hatten, sperrte der Kongreß weitere Bewilligungen für die Produktion chemischer Waffen. Allerdings mit einem Vorbehalt: Falls der Präsident vorher "klar und unzweideutig" nicht versichert, die Produktion sei im Interesse der nationalen Sicherheit erforderlich.

Nur fünf Jahre später hielt der gleiche Kongreß es für möglich, Millionenbeträge für den Bau eines Werkes für binäre Kampfstoffe in Pine Bluff zu bewilligen. Und dies aller Logik zum Trotz! Der Streitkräfteausschuß des US-Senats ließ mit unschuldiger Miene verlauten: Das Verbot von 1975 gelte nicht für die Errichtung einer Produktionsstätte.

So umschiffte man das eine Riff. Zudem blieb noch ein anderes Schlupfloch: Der Präsident muß klar und unzweideutig versichern, daß die Arsenale von Kampfstoffen aufgestockt werden müßten. Und diese Hintertür wurde schon bald benutzt...

1980, kurz vor der Abstimmung im Kongreß, wurde eiligst ein Bericht vorgelegt, in dem es hieß: "... einer der Hauptgründe, warum in früheren Kriegen chemische Kampfstoffe nur begrenzt eingesetzt wurden, war, daß die Methoden



Dieses vietnamesische Mädchen wurde Opfer der amerikanischen "lautlosen Killer". Das Pentagon und die NATO proben bei zahlreichen Manövern den Einsatz von C-Waffen in Europa.

Fotos aus der Monatsschrift "Horizont" (DDR) und dem Buch "Der chemische Alptraum" (BRD)



der chemischen Kriegsführung bei der Ausbildung der Soldaten nicht berücksichtigt wurden, damit jeder Soldat auf dem Schlachtfeld wisse, was, wie, und wann das zu geschehen habe und was dann passiere.“ Da drängt sich ein weiterer Schluß auf: Die Soldaten der USA und ihrer NATO-Verbündeten in Westeuropa werden heute verstärkt im Einsatz von C-Waffen ausgebildet. „Die Waffen neuen Typs, die unter der Bezeichnung Binärwaffen bekannt sind“, schrieb die „Washington Post“, „machen den Einsatz chemischer Waffen wahrscheinlicher als früher.“ Noch deutlicher sagte es ein Pentagonmitarbeiter, der ungenannt blieben wollte: Ein Verbot für den Einsatz von C-Waffen werde keine Wirkung haben, da diese zu effektiv, zu einfach herzustellen und zu leicht vor Beginn der Kriegshandlungen zu verbergen seien und ihr Einsatz, nachdem erst eine Ortschaft dem Erdboden gleichgemacht ist, vor der Öffentlichkeit verheimlicht werden könne. Welch Zynismus!

Gut ein Jahr vergeht — und Präsident Reagan erklärt „klar und unzweideutig“, die Aufstockung der C-Waffen-Arsenale der USA sei im nationalen Interesse erforderlich. Besonders betonte er dabei die Bedeutung der Binärwaffen.

Das binäre Prinzip wurde in den USA bereits 1909 entdeckt. Doch erst viele Jahre später beschloß man, dieses Prinzip zur Entwicklung von neuen Kampfstoffen zu erproben.

Nach Reagans Erklärung billigte der Kongreß im Mai 1982 dessen „Programm für die chemische Umrüstung Amerikas“. Auf 5 Jahre angelegt, wird es Schätzungen zufolge 10 Md. Dollar verschlingen. Die C-Waffen-Munition soll auf 5 Millionen Einheiten aufgestockt werden.

Neue Kampfstoffe für Europa

Im gleichen Mai 1982 erklärte Generalmajor Niles Fulwyler, der für die chemische Aufrüstung der US-Armee verantwortlich ist, nicht ohne Selbstzufriedenheit der „New York Times“: „... daß bereits über 2500 Test-Schüsse mit den neuen 155-mm-Binärgranaten stattgefunden haben und die Effektivität dieser neuen Einsetzart für chemische Kampfstoffe damit erwiesen sei. Aus diesen Ausführungen des Generals geht auch klar hervor, daß Europa das voraussichtliche Einsatzgebiet dieser Binärwaffen wäre. Das Pentagon hat bereits ca. 10% seiner C-Waffen-Arsenale in Europa gelagert. So befinden sich in zehn Armeedepots in der BRD fast 4 Mio l Sarin und VX.“

Nicht von ungefähr suchte Washington bereits 1980 auf einer Tagung der

Bereits in den 20er Jahren trat die Sowjetunion für ein vollständiges Verbot der C-Waffen, einschließlich ihrer Vernichtung unter wirksamer internationaler Kontrolle, ein. Auf Initiative der UdSSR begann eine Kampagne für die Ausweitung des Teilnehmerkreises des Genfer Protokolls.

Nach dem zweiten Weltkrieg ließen die UdSSR und die anderen Länder des Sozialismus in ihren Anstrengungen nicht nach. 1969 brachten sie in der UNO den Entwurf einer internationalen Konvention über das Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung chemischer und biologischer Waffen ein. Erreicht wurde nur eine Vereinbarung über die biologischen Waffen. 1972 wurde die entsprechende internationale Konvention — die erste reale Abrüstungsmaßnahme in der Geschichte der internationalen Beziehungen — unterzeichnet, 1975 trat sie in Kraft.

1976 begannen auf Initiative der UdSSR sowjetisch-amerikanische Verhandlungen über diese Problematik. Sie wurden 1980 von den USA abgebrochen.

Etwa 25 Jahre tagt in Genf eine Abrüstungskonferenz unter Teilnahme vieler Staaten. Die Experten befassen sich insbesondere mit dem Problem eines Verbots der C-Waffen. Dutzende Arbeitspapiere mit einer eingehenden Analyse der technischen, militärischen, juristischen und anderen Aspekte wurden eingebracht. Doch leider zeichnet sich kein Fortschritt ab, trotz der Kompromißvorschläge der UdSSR, darunter in der Kontrollfrage. Die USA widersetzen sich einem Erfolg in Genf. Im vergangenen Jahr machten sie einen völlig unakzeptablen Vorschlag.

Die Sowjetunion unterbreitete 1982 in der UNO Grundthesen einer Konvention über das Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung chemischer Waffen und ihre Vernichtung.

Im Januar 1984 schlugen die Länder des Warschauer Vertrages den NATO-Staaten vor, Europa von chemischen Waffen zu befreien. Das könnte der erste Schritt zu einer umfassenderen Vereinbarung sein. Doch bislang ist Washingtons Reaktion negativ.

Nordatlantischen Versammlung die Verbündeten davon zu überzeugen, „...dringend Konsultationen über die Rolle offensiver (hervorgehoben v.d.Red.) chemischer Kriegsführungswaffen in der NATO-Strategie“ einzuleiten. Zwei Jahre später legte General Rogers dem Militärischen Planungsausschuß der Allianz seinen Plan vor, die Kampfstoffe als „viertes Element“ in die NATO-„Triade“ (konventionelle, taktische und strategische Nuklearwaffen) einzuführen.

Schon bald entwickelte Washington gerade für Europa die „Air-Land-Battle“-Konzeption, die einen „Schlag in die Tiefe“, u. a. mit chemischen Waffen, vorsieht, und zwang sie seinen Verbündeten auf.

Nicht von ungefähr entwickeln die USA chemische Granaten für Systeme vom Kaliber 155 und 203,2 mm. Sind ja die NATO-Truppen in Europa gerade mit solchen Systemen ausgerüstet. Die Bombe „Big Eye“ wird für die F-111-Jagdbomber entwickelt (Reichweite bis zu 2000 km), die in Großbritannien stationiert sind. Schließlich gibt es Informationen, daß die in Westeuropa zur Stationierung vorgesehenen Cruise Missiles und Pershing-2-Raketen gleichfalls mit binären chemischen Sprengköpfen ausgerüstet werden können.

Zwei Legenden

Das Weiße Haus sucht die Aufstockung der C-Waffen-Arsenale durch zwei Legenden zu rechtfertigen.

Die erste handelt von der „überwältigenden Überlegenheit“ der Sowjetunion in diesem Bereich. Um das „glaubwürdig“ erscheinen zu lassen, werden Zahlen aus der Luft gegriffen.

Doch die Wirklichkeit sieht so aus: Gerade in den USA sind nach Einverständnis hoher Pentagon-Mitarbeiter über drei Mio Munitionseinheiten: Artilleriegranaten, Minen, Sprengbomben, Fliegerbomben gelagert, ferner 55 000 t hochgiftiger Nervenkampfstoffe. Manchen Angaben zufolge belaufen sich die Kampfstoffarsenale der USA insgesamt auf ca. 300 000 t. Eine solche Menge, erklärt Senator D. Pryor, würde ausreichen, um alles Leben mehrfach zu vernichten.

Ende Januar 1985 wurde auf Anweisung Reagans ein Ausschuß für Fragen der C-Waffen eingesetzt. Ihm gehören Militärs, Industrielle und Politiker, darunter Brzezinski, Haig und andere Verfechter militaristischer Programme an. Am 1. Mai legte der Ausschuß einen Bericht vor, in dem natürlich von einem „Zurückbleiben“ der USA die Rede ist.

Mit derartigen "Argumenten" versuchen, suchen die Falken einen Antrag für das Finanzjahr 1986 — 1,2 Md. Dollar für die chemische "Umrüstung" — im Kongreß durchzuputzen. Davon sind 163 Mio Dollar für binäre Waffen vorgesehen. Diese Summe wurde vom Senat bereits Ende Mai im Rahmen des Militärhaushalts gebilligt. In den USA wurde ein weiterer neuer Kampfstoff — IVA — entwickelt, der seiner Vernichtungskraft nach sowohl Sarin als auch VX übertrifft. Wenn man bedenkt, daß ein Milligramm Sarin einen Menschen töte, vermag sich selbst die pervertierteste Phantasie kaum die chemische Hölle vorzustellen, die man jenseits des Atlantik schaffen will.

Die zweite Legende lautet, die Sowjetunion und Vietnam hätten Kampfstoffe in Afghanistan und Südostasien eingesetzt. Wie viele Worte sollten diese Legende plausibel machen! Doch vergeblich. Selbst die abgebrütesten Experten vermochten nicht, die für Washington so wünschenswerten Beweise beizubringen. Anders konnte das auch nicht sein, da die UdSSR, die treu zu den internationalen Verträgen steht, nie und nirgends C-Waffen einsetzte oder an andere Länder weitergab.

Dafür zeugt eine Vielzahl von Fakten davon, daß gerade die USA keine Skrupel haben, die "lautlose Waffe" einzusetzen — in El Salvador und Nikaragua. Bei den konterrevolutionären Banditen in Afghanistan wurden chemische US-Granaten entdeckt. Der Zeitschrift "Counterspy" (USA) zufolge wurde im Juni 1980 in einer Kabuler Mädchenschule Giftgas verprüht. Einige Schülerinnen kamen mit Vergiftungen ins Krankenhaus.

Und noch ein nicht weniger wichtiger Umstand. Washington, das aus beiden Legenden alles herausholt, versucht, seinen eigenen Widerstand gegen den schnellstmöglichen Abschluß einer internationalen Konvention über ein Verbot der Entwicklung und Lagerung der C-Waffen und seine Weigerung zu tarnen, die von ihm 1980 abgebrochenen diesbezüglichen Verhandlungen mit der Sowjetunion wieder aufzunehmen.

Die heutigen C-Waffen sind um ein Vielfaches giftiger und folglich auch gefährlicher als jene, die erstmals vor 70 Jahren eingesetzt wurden. Nichtsdestoweniger werden in Washington entsetzliche Pläne geschmiedet, spricht man mit erschreckender Offenheit über die Möglichkeit und Notwendigkeit eines Einsatzes dieser barbarischen Waffen. Ebendeshalb muß die Weltöffentlichkeit so schnell wie möglich die Achtung und Vernichtung der chemischen Waffen durchsetzen.

BEWAHRT SEINE NATIONALE WÜRDE

Bei der namhaften madagassischen Schriftstellerin Clarisse Ratsifandriamanana finden sich in dem Gedicht "Die Freiheit" folgende ausdrucksstarke Worte: "Nur im Kampfe wird geboren die Freiheit..."

So bildhaft und überzeugend gestaltete die Dichterin die 25 komplizierten Jahre der Unabhängigkeit Madagaskars. Am 26. Juni 1960 wurde am heiligen Stein im Hauptstadion Mahamacina die Republik Madagaskar ausgerufen. Die lang erwartete Unabhängigkeit brach an, für die Hunderttausende Madagassen ihr Blut vergossen hatten. Doch die vollständige Befreiung kam nicht gleich.

Die Wahl des Weges

Vor der Unabhängigkeit hatte man dem Land ungleiche Abkommen aufgezwungen. Französische Truppen behielten einige Stützpunkte und das Recht, sich frei auf der Insel zu bewegen. Den ausländischen Firmen war es erlaubt, ihre Gewinne in Banken nach Übersee zu transferieren. Das Land wurde erbamungslos sowohl vom Auslandskapital als auch von der einheimischen Machtelite ausgeplündert, die selbst die dubiosesten Kontrakte mit westlichen Firmen auf Kosten der Staatskasse mache. Gerade damals zeichnete sich ein Rückgang der Produktion ab. Bis heute hat Madagaskar die Schulden von damals nicht zurückzahlen können. Der kapitalistische Entwicklungsweg, der der Republik von den jenen Jahren regierenden Sozialdemokratischen Partei aufgekrovt wurde, zeigte sein ganzes widerliches Gesicht.

Doch im Mai 1972 explodierte der Volkszorn. Das reaktionäre Regime stürzte, und eine Militärregierung kam an die Macht. Außenminister Didier Ratsiraka nahm Kurs auf eine unabhängige Politik. Die französischen Truppen verließen Madagaskar.

"Auf unserem Boden wird es keine ausländischen Militärstützpunkte mehr geben!" schrieben die madagassischen Zeitungen. Die nationale Souveränität wurde wiederhergestellt. Die Beziehungen zu Israel und zur rassistischen RSA wurden abgebrochen. 1972 nahm die Republik diplomatische Beziehungen zur UdSSR auf. Die ersten sozialökonomischen Veränderungen wurden eingeleitet.

Neokolonialistische Kreise des Westens antworteten auf diese Veränderungen in der einstigen französischen Kolonie mit einer Blockade. Sie vereiteln die Ver-

wirklichung aller Entwicklungsprojekte. Im Lande selbst regten sich die Agenten westlicher Geheimdienste. Die Reaktion provozierte Stammeskonflikte und Unruhen, versuchte sogar, einen Putsch zu organisieren und die Macht zu ergreifen. Doch das Volk, das für die Verteidigung seiner Errungenschaften eintrat, schlug mit Unterstützung der patriotischen Kräfte der Armee diesen Putsch nieder.

Ein neues Kapitel in der modernen Geschichte Madagaskars wurde mit der Bildung des Obersten Revolutionsrates (SRC) im Juni 1975 aufgeschlagen, als Didier Ratsiraka zum Staatschef gewählt wurde. Im Dezember des gleichen Jahres billigten 94,6 Prozent der Teilnehmer eines Referendums die Charta der madagassischen sozialistischen Revolution und die Verfassung der Demokratischen Republik Madagaskar. Das Volk lehnte den Kapitalismus als Gesellschaftsordnung ab und erobert den sozialistischen Weg in den Verfassungsrang. So wurde dieses Ereignis von Richard Andriamananjato, Mitglied des SRC, Vorsitzender der Partei des Unabhängigkeitskongresses von Madagaskar (AKFM) charakterisiert.

Die historische Notwendigkeit des sozialistischen Weges wurde von Präsident Didier Ratsiraka klar begründet: "Die Meinung, der Kapitalismus könne die erfolgreiche Entwicklung der ehemaligen Kolonien gewährleisten, wird von uns nicht geteilt. Wir haben bereits am eigenen Leib erfahren, was Kapitalismus bedeutet. Er hat die Entwicklung unseres Landes nicht gefördert. Die sozialistische Revolution ist der einzige mögliche Weg, der es uns erlaubt, eine schnelle eigenständige und harmonische Entwicklung im ökonomischen, sozialen und kulturellen Bereich zu vollziehen."

Von großer Bedeutung für die Konsolidierung der Fortschrittskräfte des Landes war die Bildung der Partei Avantgarde der madagassischen Revolution (AREMA) im März 1976, deren Leitung Ratsiraka übernommen hatte. Im Dezember 1976 wurde die Nationale Front zur Verteidigung der Revolution gegründet, der sieben Parteien und ihr angeschlossene Organisationen angehören. Erstmals scharten sich die progressiven und demokratischen Kräfte um eine gemeinsame patriotische Plattform.

Infolge der Nationalisierung der Banken, der Versicherungsgesellschaften und vieler Industriebetriebe kontrollierte der Staat bereits Ende November 1976 60% der Volkswirtschaft, Anfang 1981 aber erzeugten die staatlichen Betriebe 40% der gesamten Industrieproduktion. Doch

Heimatliebe

es gibt nicht geringe Probleme. Sie werden durch die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft und die Politik der Reagan-Administration weiter verschärft. Wie Andriamanjato sagte, stiegen die Schulden Madagaskars von 1979 bis 1984 vor allem durch die Erhöhung des Kreditzinses, um 150%. Die Diskontsätze werden angehoben, der Dollarkurs künstlich hochgeschraubt, die Preise für die Inselprodukte Kaffee, Vanille und Pfeffer gedrückt und funktionierende Wirtschaftsverbindungen zerstört.

Doch die Republik will die Schwierigkeiten überwinden, hat die Lösung "Mehr produzieren, mehr exportieren, Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln" verkündet. Im letzten Jahr nahmen eine Ölmühle, ein Werk zur Produktion chemischer Dünger und ein Fernheizkraftwerk in Toamasina, eine Zuckerraffinerie in Morondava und andere Objekte die Arbeit auf. Nach der Inbetriebnahme des Arzneimittelwerkes in Tanjombato wird man keine Medikamente mehr im Ausland einkaufen müssen. Vielversprechend sind die Aussichten im Bergbau.

Die Regierung verzichtete auf die übermäßige Heranziehung von Auslandsinvestitionen, wie das vor 1979 üblich war. Das neue Herangehen hat bereits einen nicht geringen ökonomischen Effekt erbracht: Von 1981 bis 1984 fiel die Inflationsrate von 31 auf 13,5%. Das Zahlungsbilanzdefizit wird geringer. 1984 stieg das Bruttonationalprodukt um 2,1%, geplant ist dessen Anhebung auf 3,1%. Doch bislang erklärt sich das eher durch die Austeritätspolitik als durch das vergrößerte Produktionsvolumen.

Seit 1978 gilt die Charta der sozialistischen Betriebe, die das Recht der Werkstätigen auf Teilnahme an deren Leitung verkündete. Die Erfahrungen des Jahrzehnts wurden im Entwurf der von der Nationalen Volksversammlung angenommenen Charta für die sozialistische Entwicklung der Landwirtschaft berücksichtigt. Die dort aufgezeigte Hauptaufgabe besteht darin, der Entwicklung der Landwirtschaft eine sozialistische Orientierung zu geben und die Bauern von allen Formen der Ausbeutung zu befreien. Der Entwurf sieht die Bildung von landwirtschaftlichen Genossenschaften und Staatsgütern vor.

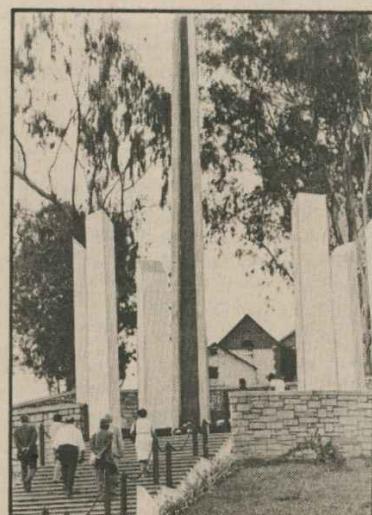
... Ein wunderbares Bild bieten die reifenden Reisfelder auf Madagaskar. Die Ernte ist gleichsam eine heilige Handlung. Der Reis wird hier bis zum letzten Körnchen gesammelt. "Wer Reis verliert, büßt seine Würde ein" — so warnen die Alten die Drückeberger. In den letzten Jahren stieg dank den Förderungsmaßnahmen der Regierung die Reisernte. 1984 wurde der Reisimport halbiert. Die Einführung moderner Anbaumethoden dieser Kultur ist auch weiter notwendig, Technik und Dünger werden gebraucht.

"Die Heimaterde ist das allteuerste. Sie vereint die Lebenden wie die Toten" — so lautet eine Volksweisheit. Durch die gesamte madagassische Poesie aus grauer Vorzeit, von den Klageliedern bis zu den Versen der heutigen Dichter zieht sich als roter Faden das patriotische Thema der "tonon' kalo", der "Rückkehr in die Heimat". Wenn ein Madagasse auf weite Reise geht, vergibt er nicht, eine Handvoll Heimaterde mitzunehmen. Rührend und für uns ungewohnt ist die Liebe zu den Vorfahren. Von Generation zu Generation wird der Brauch der "Umbettung der Vorfahren" weitergegeben. Ihre Gebeine werden von Zeit zu Zeit aus dem Grabe geholt und in frische Tücher gewickelt: Es heißt, die Vorfahren würden einem "helfen", wenn man sich um ihre Gebeine kümmert.

"Bis heute ist es, wenn ein Angehöriger in der Ferne beigesetzt ist, die Pflicht der Verwandten, die Asche in das Familiengrab zurückzuholen", sagte mir Bako Nirina Rasoirafetra. Sie leitet eine Ministeriumsabteilung für Fragen der Kultur und der revolutionären Kunst und ist für die Museen der Provinz Antananarivo verantwortlich. Zusammen mit Ministerin Gisele Rabesahala richtete Bako 1980 ein historisches und ethnographisches Museum in der alten Königsresidenz auf dem heiligen Ilay-Hügel, unweit der Hauptstadt, ein.

"Die Besucher unseres Museums sind vor allem Jugendliche, Studenten", berichtete sie. "Sie sollen die heroische Vergangenheit ihres Volkes kennen und stolz auf ihre nationale Kultur sein. Heute ist das besonders wichtig. Der Patriotismus ist eine Gewähr für Freiheit und Glück Madagaskars. Jeder von uns ist Erbe des Ruhs der Vorfahren."

Denkmal der Kämpfer für die Freiheit und Unabhängigkeit der DR Madagaskar
Foto: TASS



Der patriotischen Erziehung wird besondere Bedeutung beigemessen. "Eine der wichtigsten, in der Charta niedergelegten Aufgaben ist die Herausbildung des neuen Menschen, der sich seiner Verantwortung für die Zukunft der Heimat bewußt ist", betonte Präsident Ratsiraka. "Wenn wir dieses Ziel nicht erreichen, werden wir die sozialistische Gesellschaft nicht errichten können."

Zu den Errungenschaften der Revolution gehört auch die friedliebende Außenpolitik der DR Madagaskar.

Arsene Ratsifehera, Mitglied des Obersten Revolutionsrates und des Politbüros der AKFM/KDRSM, sagte im Gespräch mit mir: "Die Republik steht treu zur Politik der Nichtpaktgebundenheit auf antiimperialistischer Grundlage. Sie unterstützt den Kampf aller Völker gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Apartheid und Zionismus. Und diese unwiderrufliche Entscheidung für die Achtung des Rechtes der Völker auf Freiheit und Unabhängigkeit ist untrennbar von unserer Verpflichtung, für einen dauerhaften Frieden zu kämpfen. Besonders beunruhigend sind Washingtons Wahnsinnspläne, das Wettrüsten auf den Weltmarkt auszuweiten. Wir verurteilen entschieden das 'Sternenkriegs'-Programm der Reagan-Administration. Madagaskar tritt fest für die Entmilitarisierung des Indik, dessen Verwandlung in eine Friedenszone und für die Beseitigung des US-Stützpunktes auf Diego Garcia ein."

"Ein unabdingbarer strategischer Faktor der Stabilität und der Festigung der nationalen Unabhängigkeit der Entwicklungsländer, insbesondere Madagaskars, ist die Freundschaft mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern", erklärte mir Gisele Rabesahala in einem Gespräch.

Hier nur einige Tatsachen: An der Ostküste in Toamasina wird mit Unterstützung der UdSSR eine Getreidemühle errichtet. Die Viehzüchter Westmadagaskars äußern sich sehr lobend über die sowjetischen Fachleute, Mitarbeiter der Veterinärstation in Morondava. In dieser Region gibt es keine Viehseuchen mehr. Auf Brachland südwestlich von Antsirabe entstand mit Hilfe der UdSSR die erste mechanisierte Versuchswirtschaft für großflächigen Weizenanbau. Im Ausbildungszentrum für Mechanisatoren der Landwirtschaft unterweisen sowjetische Spezialisten Traktoristen und Reparaturarbeiter. Es gibt auf Madagaskar bereits 13 Kooperationsobjekte.

Ein Vierteljahrhundert... In diesem Alter gilt ein Mensch als jung — um so mehr ein Staat. Nicht leicht war die Jugend des unabhängigen Madagaskar, doch sein Weg vermittelte Glauben an die Fähigkeit des Volkes, seinen jahrhundertealten Traum von einer Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit zu verwirklichen.

W. KOROTCHANZEW

Antananarivo-Moskau

UNTER DEM KRIEGSRECHT

Der starke Wirbelwind, der am 24. und 25. Mai eine gigantische, bis zu 15m hohe Flutwelle aus dem Golf von Bengalen brachte, verursachte gewaltige Zerstörungen in den Küstengebieten Bangladeshs. Die Menschenopfer sind kolossal, man spricht von 25 000 Toten. Etwa 6 Millionen Personen haben Schaden erlitten, davon sind 300 000 obdachlos und ohne jeden Besitz geblieben. Die Saatflächen von 200 000 ha sind weggespült worden, 140 000 Stück Vieh eingegangen. Die Verluste, die auf Dutzende Millionen Dollar geschätzt werden, verschlechtern die ohnehin katastrophale Wirtschaftslage. Viele Staaten, darunter die UdSSR, haben beschlossen, den Opfern sofort materielle Hilfe zu erweisen.

Die Naturkatastrophe in Bangladesh hat zeitweilig die innenpolitischen Schwierigkeiten und Probleme, vor allem die akute Frage nach der Demokratisierung des sozialen und politischen Lebens, überschattet. Das Kriegsrecht, das seit dem Umsturz vom März 1982 gilt, entzieht dem Volk die wichtigsten demokratischen Rechte und Freiheiten.

Erst vor ein paar Monaten schien die politische Entwicklung in Bangladesh eine nahe Entmilitarisierung der Macht und den allmählichen Übergang zur verfassungsmäßigen Regierungsform anzukündigen. Die Massenbewegung für die Wiederherstellung der Demokratie, darunter Landesstreiks von Arbeitern und Angestellten, von den Oppositionsparteien organisierte Meetings und Versammlungen von Tausenden, stürmische Studentenaktionen, bewogen die Militärregierung unter General Mohammad Ershad zu ernsten Zugeständnissen. Die meisten der zur Kontrolle der Lage im Lande geschaffenen Einrichtungen der Militärverwaltung wurden aufgelöst, fast alle politischen Häftlinge auf freien Fuß gesetzt, politische Parteien durften ihre Tätigkeit wieder aufnehmen, ein realer Termin für Parlamentswahlen wurde angegeben. Aber den Oppositionskräften schien das zu wenig. Sie bestanden auf einer ihrer Hauptforderungen: Abschaffung des Kriegsrechts noch vor den allgemeinen Wahlen. Sonst wollte der größere Teil der Opposition die Wahlen boykottieren. Besonders hart zeigten sich die Nationalistische Partei sowie einige

ultralinke und extremrechte politische Gruppierungen. Es sei daran erinnert, daß gerade die Nationalistische Partei vor den Parlamentswahlen 1979 die Idee ihrer Abhaltung unter dem Kriegsrecht beharrlich vertrat und auch durchsetzen konnte.

In der für die Militärregierung ungünstigen zugespitzten innenpolitischen Lage griff sie abermals zu Unterdrückungsmaßnahmen. Ab 1. März 1985 wurde im Lande das Kriegsrecht in vollem Umfang wiederhergestellt, und das bedeutet u. a. das Verbot der politischen und gewerkschaftlichen Befähigung, die Einführung der Sperrstunde und die Wiedereinsetzung von Militärgerichten und -tribunalen. Die Vorsitzende der Nationalistischen Partei Halida Rahman und die Vorsitzende der Volksliga Hasina Wazed wurden unter Hausarrest genommen (Anfang Juni allerdings wieder auf freien Fuß gesetzt), andere Politiker ins Gefängnis geworfen. Die meisten Führer von Oppositionsparteien mußten in die Illegalität gehen, was ihre Kontakte zu den Massen erschwerte und die Möglichkeiten, die politische Entwicklung wirksam zu beeinflussen, verminderte. Die Erfolge, die die Opposition in zwei Jahren des beharrlichen Kampfes für die Wiederherstellung der Demokratie erzielt hatte, wurden faktisch zunichte gemacht. Im Grunde kehrte Bangladesh zur Situation vom März 1982 zurück, als das Armeekommando die damals herrschende Nationalistische Partei der Handlungsunfähigkeit beschuldigte und die Macht in die Hand nahm.

Zugleich mit der Unterdrückung der Opposition beschlossen die herrschenden Kreise, "unmittelbar das Volk anzurufen" und ein Referendum über die Politik der Militärregierung und das Verbleiben Ershads auf dem Posten des Präsidenten bis zu den allgemeinen Wahlen abzuhalten. Das Referendum vom 21. März 1985 veranschaulichte die realen Möglichkeiten der Militärregierung und der ihr gegenüberstehenden Oppositionskräfte. Unter den Bedingungen des Verbots der politischen Befähigung und unter strenger Kontrolle durch Armee und Polizei brachte das Referendum Ershad einen überzeugenden Sieg. Nach

amtlichen Angaben sprachen sich 32,6 Millionen (über 94% der Wähler) für und nur 1,9 Millionen Menschen gegen ihn aus. Obwohl die Opposition, die zum Boykott des Referendums aufrief, seine amtlichen Resultate bestreitet, hat die Regierung sie für den weiteren Ausbau der eigenen Positionen benutzt.

Nach wie vor stützt sich Ershad in erster Linie auf die Armee. Ihre Stärke erreichte 1984 die Rekordhöhe von 81 000 Mann, die Gesamtausgaben für ihren Unterhalt betrugen 184 Mio Dollar. Natürlich üben die Streitkräfte ihre direkten Pflichten aus, aber daneben wirken ihre Vertreter praktisch an allen Einrichtungen der Staatsmacht, von Ministerien bis zu örtlichen Verwaltungsorganen mit. Laut Presse sitzen aktive und pensionierte Offiziere in 90% der Fälle den Gesellschaften des staatlichen Wirtschaftssektors oder den Aufsichtsräten der nationalisierten Banken vor. Viele Armeeangehörigen bekleiden diplomatische Posten.

Eine weitere Stütze Präsident Ershads ist die Volkspartei (Jana Dal). Sie wurde auf Initiative und mit direkter Unterstützung der Regierung durch Fusion mehrerer politischer Gruppierungen und durch Heranziehung von Überläufern aus der Nationalistischen Partei und der Volksliga gegründet. Die Jana Dal probiert schon jetzt die Rolle der Regierungspartei. Davon zeugen die erst vor kurzem abgehaltenen Wahlen der Ratsvorsitzenden von 460 wichtigsten territorialen Verwaltungseinheiten des Landes, die die Militärregierung 1984 wegen des Widerstands der Opposition nicht durchführen konnte. Obwohl diese Wahlen offiziell nicht auf Parteidoktrin stattfanden, beteiligten sich daran Vertreter der Jana Dal am aktivsten und erhielten die meisten Sitze. Wie der Präsident erklärte, sind die gewählten Ratsvorsitzenden zu 85% Anhänger seines politischen Kurses.

Der von den politischen Oppositionskräften bekanntgegebene Boykott der Wahlen war auffällig wenig wirksam. Die Militärregierung konnte ihre Durchführung allerorts sichern. Da die Opposition nicht einheitlich vorging, hatte das zur Folge, daß viele Vertreter der bedeutendsten Oppositionsparteien ihre Kandidaturen "individuell" aufstellen.

Die politische Krise in Bangladesh dauert an. Um sie zu überwinden, setzen sich die nationalpatriotischen Kräfte des Landes vor allem das Ziel, das Kriegsrecht aufzuheben und die demokratischen Lebensnormen wiederherzustellen.

W. PUTSCHKOW

"NEUE ZEIT" 25.85

MAN FRAGT UNS...

Neulich las ich, daß Swjatoslaw Roerich, dem Nachfolger seines Vaters, des russischen Malers und Denkers Nikolai Roerich, der Orden der Völkerfreundschaft verliehen worden ist. Bitte Näheres über die beiden hervorragenden Männer.

N. TABEJEW
Duschanbe, Tadzhikische SSR

DEN KREISLAUF DER EWIGKEIT NICHT UNTERBRECHEN

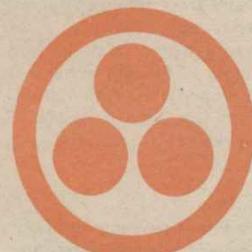
Die steinige Landschaft bei Bangalore (Südindien) sieht flächig aus. Die senkrecht fallenden Sonnenstrahlen werfen keine Schatten, die das Bodenrelief erkennen lassen würden. Sie erhitzen die im silbrigen Weiß kaum unterscheidbaren Sandsteinterrassen, werden von diesen reflektiert und scheinen alles Lebende zu verbrennen.

Wir sind im Atelier Swjatoslaw Roerichs, eines Ehrenmitglieds der Akademie der Künste der UdSSR. Es befindet sich in einem schattigen Garten. Drinnen hängen und stehen Gemälde, voll eines Licht- und Schattenspiels.

Es kam so, daß unser Gastgeber und sein verstorbener Vater viel in Indien gelebt haben. Den beiden Malern, Russen bis ins Mark, ist Indien eine zweite Heimat geworden, in ihren Werken spiegelt sich wie in ihrem Schicksal die geistige und gefühlsmäßige Neigung der beiden großen Völker füreinander.

Swjatoslaw Roerich ist mit diesem Gedanken einverstanden. Devika, seine Frau, eine Enkelin Rabindranath Tagores, fügt hinzu: "Nikolai Roerich sah die humanistischen Traditionen Rußlands durch das Prisma des altindischen Begriffs von der Verbrüderung aller Menschen. So verschmolzen die Traditionen Indiens, der unbezwungliche Geist Rußlands und der Sowjetunion, die Nikolai Roerich einen Herold des Neuen nannte."

In seinem langen Leben hat er 7000 Gemälde mit ganz verschiedenen Themen geschaffen. Einen besonderen Platz aber nehmen diejenigen



ein, die die einprägsamen Landschaften Indiens und die herbe Schönheit des russischen Nordens, seiner engeren Heimat, darstellen, die er sein Leben lang geliebt hat. Vielleicht deshalb wollte er in seinen letzten Jahren in die UdSSR heimkehren. Er hat die Heimkehr nicht erlebt. Etwas früher, im Großen Vaterländischen Krieg, veranstaltete er in Indien Ausstellungen seiner Gemälde und bot sie auch zum Kauf an. Den Erlös überwies er für die Rote Armee.

Die letzten 20 Jahre seines Lebens weiltete er größtenteils in dem Himalaja-Flecken Naggar. Die Bergwelt war für ihn aber kein Elfenbeinturm. Noch hatte Gorki das berühmte Wort nicht gesprochen: "Mit wem seid ihr, Meister der Kultur?", da richtete Nikolai Roerich (1929) einen Appell an die Regierungen und Völker aller Länder, eine Vereinbarung über den Schutz der kulturellen Werte bei Kampfhandlungen zu schließen. Er schrieb: "Die Brutalität des jüngsten Krieges" (des ersten Weltkriegs), "in dem so viele kostbare Schöpfungen menschlichen Ingeniums vernichtet wurden, muß verhütet werden."

Ein schlichter edler Gedanke. Swjatoslaw Roerich erläutert ihn so:

"Kunstwerke sind Gemeingut der Menschheit. Ihre Vernichtung in der Hölle eines Krieges schneidet der Menschheit ihre Wurzeln ab. Die Kunstwerke müssen inventarisiert werden und als unantastbar gelten. Wie die Fahne des Roten Kreuzes Opfer schützt, wollte mein Vater zum Schutz der Kulturgüter eine Fahne eingeführt sehen: auf weißem Feld ein roter Kreis, darin drei kleine rote Kreise. Das Symbol erklärte er folgendermaßen: Die vergangenen, jetzigen und künftigen Leistungen der Menschheit im Ring der Ewigkeit."

Dieser Idee wurde in verschiedenen Ländern zugestimmt. Für den "Roerich-Pakt" erklärten sich Romain Rolland, Bernard Shaw und Albert Einstein. Rabindranath Tagore schrieb 1931 nach Naggar: "Mit lebhaftem Interesse verfolge ich Ihre großartigen Leistungen

in der Kunst und Ihre humanistische Tätigkeit zum Wohl der Völker, deren glänzendes Symbol Ihr Vorschlag über einen Weltkampf und eine Fahne als Schutz der Kulturgüter ist."

Im Jahre 1931 tagte die erste internationale Konferenz für den Roerich-Pakt, 1932 die zweite. Die dritte 1933 in Washington — empfahl allen Regierungen, den Roerich-Pakt zu unterzeichnen. 1935 wurde ein entsprechender Vertrag, allerdings von einem kleineren Teilnehmerkreis, geschlossen. Erst 1954 kam in Den Haag eine internationale Konvention über den Schutz der Kulturgüter während bewaffneter Konflikte zustande. Sie beruhte auf dem Roerich-Pakt.

Jetzt, im nuklearen Zeitalter, hat es die Menschheit mehr denn je nötig, daß sich der Lebenspakt durchsetzt und über die Kräfte des Krieges siegt. Es darf nicht zugelassen werden, daß der Kreislauf der Ewigkeit unterbrochen wird!

L. SHEGALOW
NZ-Korrespondent
Bangalore-Delhi

Porträt Nikolai Roerichs, 1937 von seinem Sohn Swjatoslaw Roerich gemalt



Es ist noch nicht lange her, da wurde über den Bosporus eine Brücke gebaut. Ich habe gehört, daß jetzt der Grundstein zu noch einer gelegt worden ist. Wo? Wie wird sie beschaffen sein und wann wird sie ihrer Bestimmung übergeben?

A. KRUGLOW, Leningrad

ZWISCHEN EUROPA UND ASIEN

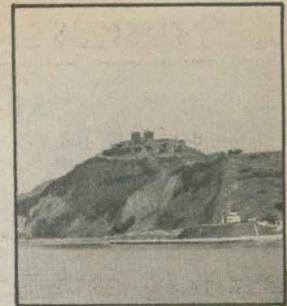
Vor knapp 12 Jahren wurde der Verkehr auf der Hängebrücke über den Bosporus, zwischen Europa und Asien, eröffnet. Sie ruht auf vier

riesigen Pfeilern, ist (zusammen mit den Anfahrten) 1560 m lang, 33,40 m breit, die Fahrbahn liegt 64 m über dem Wasser, und die Brückenpfeiler zu bei-



Im Istanbuler Stadtbild wird bald die neue Brücke erscheinen

Foto: A. Pin



den Seiten sind 165 m hoch.

Jetzt passieren sie täglich rund 100 000 PKWs und LKWs, und in den 12 Jahren waren es über 300 Mio. Die Baukosten rentierten sich schon in den ersten drei Jahren. Für die bequeme Überfahrt wird noch heute eine Gebühr erhoben, das bringt täglich 40 Mio türkische Lire ein.

Natürlich hat diese Brücke nicht alle Verkehrsprobleme

Istanbuls gelöst. Die 5-Millionen-Stadt am Bosporus und am Goldenen Horn ist nicht allein das größte Industrie-, Handels- und Wirtschaftszentrum der Türkei, sondern auch ein Transitweg zwischen den Ländern Europas und dem Nahen Osten. Der Bedarf an noch einer Brücke machte sich immer empfindlicher fühlbar. Führende Firmen Westeuropas sowie der USA und Japans bewarben sich

um den Bauauftrag, der auf 550 Mio Dollar geschätzt wird. Die meisten Chancen schienen den Engländer zu haben: Nach ihrem Projekt wurde die erste Brücke von einem speziell hierfür gebildeten englisch-bundesdeutschen Konsortium gebaut. Dieses Mal haben ihnen die Japaner den Rang abgelaufen.

Für den Bau hat man die schmalste Stelle der Meerenge nördlich von der ersten Brücke gewählt. Dort stehen an beiden Ufern zwei Festungen des Osmanenreichs, Rumeli und Anadolu Hisari, die früher das Passieren von Schiffen kontrollierten. Die neue Brücke wird etwas kürzer als die alte, aber

um 40 m breiter sein, so daß sie dem Verkehr bedeutend mehr Raum bieten wird. Die Fahrbahn wird 66 m über der Meerenge liegen, mehr als genug, selbst die größten Schiffe passieren zu lassen.

Die Brücke soll im August 1988 fertig werden. Zugleich liegt ein Projekt für einen Eisenbahntunnel unter dem Bosporus vor.

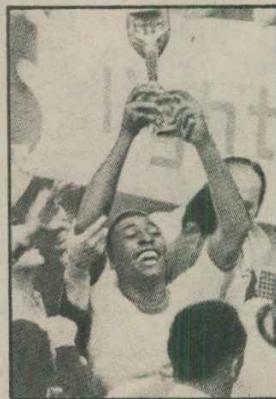
A. SIMIN

Was tut der berühmte brasilianische Fußballer Pele jetzt?
K. MARTSCHENKO,
Dnepropetrowsk, Ukrainische SSR

SORGEN UND PLÄNE EINES IDOLS

Juni 1970. Mexiko. Die Fußball-Weltmeisterschaften. Im entscheidenden Spiel standen sich die Auswahl Brasiliens und Italiens gegenüber. Am Vortag hatten brasilianische Ärzte alle an Herz- und Kreislaufstörungen leidenden Landsleute aufgefordert, ihre Fernsehgeräte nicht einzuschalten. Manche, die den Rat nicht befolgten, erlagen den Aufrufen. Die Brasilianer siegten, ihre Mannschaft wurde zum dritten Mal Weltmeister und durfte den Preis, die Goldene Göttin, für alle Zeiten mit nach Hause nehmen. Von den vier Toren der Brasilianer schoß eins Pele, und zwei waren seinem gut berechneten Zuspiel zu verdanken. Der brasilianische Fußball und sein führender Spieler Pele waren im Zenit ihres Ruhms. Garrastazu Medici, der Chef der Militärregierung, setzte ein zweitägiges Volksfest an.

Pele ist das Sportpseudonym Edson Arantes do Nascimento, des "Fußballkönigs", des "besten Fußballers aller Zeiten", wie ihn die Weltpresse oft nannte. Er ist 1940 geboren. Sein Vater war Fußballprofi. Als



Mexiko-Stadt, 1970. Pele demonstriert die Goldene Göttin

Foto aus: "Time"(USA)

Mitglied der Landesauswahl wurde Pele dreimal Weltmeister. Bis 1978 schoß er in offiziellen Spielen rund 1300 Tore.

Nachdem Pele aus der Nationalmannschaft ausgeschieden war, spielte er eine Zeitlang in der "Kosmos"-Mannschaft um die Meisterschaft der nordamerikanischen Profiliga, die

größtenteils aus "importierten" Fußballern bestand. (Nachdem sich für die Spielzeit 1985 nur zwei Mannschaften angemeldet hatten, ist die Liga zerfallen.)

Wegen der Gastspiele Peles in den USA wurde gemunkelt, er wolle sich dort naturalisieren lassen. Er erklärte aber: "Nie im Leben! Ich bin ein Brasilianer."

Während er noch spielte, investierte er seine ansehnlichen Gelder im Handel. Sein Jahreseinkommen schätzte die "Time" (USA) 1970 auf 500 000 Dollar. Die Handelsfirma Pele mit Sitz in Santos, für das er gespielt hatte, hat eine Niederlassung in New York. Geschäftlich hilft ihm sein Bruder Zoca als Syndikus, Berater und Privatsekretär.

Gemeinsam mit Freunden gründete Pele eine Filmgesellschaft. Er selbst ist bereits in sieben Filmen aufgetreten. In den ersten spielte er sich selbst, den Schrecken der Torwarte, den rasenden Stürmer. Danach übernahm er Rollen, die ihm mehr schauspielerisches Können abverlangten. Der neueste Film mit Pele, "Pedro Mico", ist nach einem Stück des bekannten Schriftstellers Antonio Calhado gedreht worden.

Die relativen Mißerfolge des brasilianischen Fußballs (4. Platz bei den Weltmeisterschaften in der BRD, 3. in Argentinien; in Spanien ging Brasilien ohne

Preis aus) deprimierten Pele sehr. Die Zeitschrift "Manche" (Rio de Janeiro) zitiert seinen Ausspruch, daß die Fußballkrise "neben der Krise des Landes hergegangen ist". Und weiter: "Der Fußball bot das gleiche Bild wie das Land: Leitungsprobleme in den Klubs und Verbänden, das Fehlenschöpferischer Klubleiter. Wir haben unser Gesicht eingebüßt."

Unlängst hat sich Pele dem Eishockey zugewandt. Er sagte, er hoffe, dieses Spiel werde sich in Brasilien einbürgern. Bald darauf wurde das tropische Brasilien, ebenso wie das lateinamerikanische Mexiko, in die Internationale Eishockeyliga aufgenommen.

Dem ehemaligen Idol der Fans, das mit Talent und Fleiß die sportliche Spitze erreichte, sind die Probleme seines Landes nicht fremd. Er sagte: "Die Korruption auf höchster Ebene finde ich abscheulich, noch dazu jetzt, wo das Volk arm ist und hungrig. Es kränkt einen, auf Reisen zu sehen, daß die Menschen in manchen viel ärmeren Ländern besser leben."

Pele hat große Pläne. "Sollte bei uns einmal ein Sportministerium gebildet werden, dann werde ich als erster meine Dienste als sein Leiter anbieten."

W. TSCHIRKOW

"NEUE ZEIT" 25.85

DISKUSSION MIT DEM LESER

In der UdSSR gibt es keine andere Partei als die KPdSU und keinerlei Möglichkeit, entgegengesetzte Ansichten frei zu äußern. In der "Neuen Zeit" haben wir z. B. keinen einzigen Artikel gefunden, der von einem anderen als dem marxistisch-leninistischen Standpunkt aus geschrieben worden wäre. Deshalb ähnelt die NZ einem dogmatischen Propagandabüchlein.

Rasoul und Setsuko SORKHABI

Jammu, Indien

und die westlichen Geheimdienste weder Geld noch Mühe gescheut haben. Bei Antisozialisten und Antikommunisten kann man diesen Wunsch verstehen. Uns sowjetischen Menschen ist er fremd.

Gewiß werden Sie mir zustimmen, wenn ich sage, daß die Wahl der Weltanschauung Sache eines jeden ist. Niemand kann sie ihm aufnötigen, und wenn die sowjetischen Menschen unbedingt ihrer Kommunistischen Partei vertrauen und ihr folgen, so beruht das auf unumstößlichen Tatsachen. Unsere Gesellschaft hat jetzt eine hochentwickelte Wirtschaft, und der Volkswohlstand wächst unablässig. Sie ist hochgebildet und hochkultiviert. Aus dieser Gesellschaft sind Arbeitslosigkeit, Not, organisierte Kriminalität und Rauschgiftsucht für alle Zeiten verbannt, und die Menschen sehen dem morgigen Tag ohne Furcht entgegen. Unsere Errungenschaften sind allgemein anerkannt: Ihre hervorragenden Landsleute Jawaharlal Nehru und Indira Gandhi haben sie begrüßt, und Rajiv Gandhi hat sich bei seinem kürzlichen Besuch in der UdSSR bewundernd darüber ausgesprochen.

Die schöpferische Arbeit unseres Volkes unter Führung der Kommunistischen Partei hat schöne Früchte getragen. Aber die Entwicklungsdialektik stellt noch kompliziertere und verantwortungsvollere Aufgaben. An sie denken wir vor dem XXVII. Parteitag der KPdSU, der für Anfang kommenden Jahres angesetzt ist. Im jetzigen Stadium sieht die Partei eine wesentliche Beschleunigung des sozial-ökonomischen Fortschritts als ihre Hauptaufgabe an. In kürzester Zeit müssen wir in Arbeitsproduktivität, Qualität der Erzeugnisse und Effektivität der Produktion zu Höchstleistungen kommen. Dadurch werden wir den Volkswohlstand weiter heben, die Wirtschafts- und Verteidigungsmacht des Landes stärken und den entwickelten Sozialismus allseitig vervollkommen können. Eine neue, enorme Aufgabe. Sind wir ihr gewachsen? Bestimmt! Das Volk wird zu diesem Ziel ja von den Kommunisten, von unserer Leninschen Partei geführt, die bewiesen hat, daß sie fähig ist, jeder Anforderung der Zeit zu genügen.

Auf die Floskel, daß die NZ einem dogmatischen Propagandabüchlein ähnele, will ich nicht eingehen und nur sagen, daß diese Ansicht von unseren Lesern in vielen Ländern, deren Zahl z. B. in Indien unablässig steigt, bestimmt nicht geteilt wird.

Es diskutiert

der stellvertretende

Chefredakteur der NZ

Sergej

GOLJAKOW



Geehrte Herren, ich kann Ihnen nicht zustimmen, wenn Sie schreiben, das getreue Festhalten am Marxismus-Leninismus mache einen Meinungsstreit unmöglich. Eher ist es umgekehrt. Nehmen wir z. B. unseren heutigen Dialog. Er begann ja mit einem ausführlichen Zitat aus Ihrem Schreiben, in dem Sie gegen unsere Weltanschauung und unsere Verhältnisse opponierten. Also kann man kaum behaupten, in der UdSSR könne man entgegengesetzte Anschauungen nicht frei äußern. Mehr noch, wie jede Wahrheit, so entstand und erstarkte auch die marxistisch-leninistische Philosophie in heftigen Auseinandersetzungen mit ihren Gegnern. Diese Eigenschaft hat sie bis heute beibehalten.

Eine Kardinalfrage, über die jetzt besonders hitzig diskutiert wird, ist die, welchen Platz die kommunistische, die marxistisch-leninistische Partei beim Aufbau der neuen Gesellschaft einnimmt, welche Rolle als Avantgarde und Steuermann sie beim sozialistischen und kommunistischen Aufbau spielt.

Nach Ihrem Schreiben zu urteilen, sind Sie mit dem Bestehen nur einer Partei in der UdSSR nicht einverstanden. Ihrem Ideal entspricht mehr "eine Klärung der Hirne durch einen Kampf verschiedener Ideen", anders gesagt, ein Pluralismus.

Ein bekannter Begriff. Heutzutage wird der Pluralismus öfter als unumgängliches Kennzeichen der Demokratie hingestellt. Aber wie ist er zu verstehen? Wenn von verschiedenen Standpunkten die Rede ist, so muß

man sagen, daß es keine Gesellschaft ohne sie gibt, weder im Kapitalismus noch im Sozialismus, jedoch mit dem wesentlichen Unterschied, daß die verschiedenen Interessen im Kapitalismus den Charakter eines Klassenantagonismus annehmen. Politisch drückt er sich im Bestehen verschiedener Parteien, auch solcher mit entgegengesetzter Klassenorientierung, aus. Ihr Bestehen und ihr Kampf ist in der Tat ein Zeichen der Demokratie, aber der bürgerlichen, die keineswegs wahre Freiheit für die Werktautigen bedeutet.

In der sozialistischen Gesellschaft gibt es kein Privateigentum an den Produktionsmitteln, keine Ausbeuterklassen. Die Verschiedenheit der Interessen unterschiedlicher sozialer Gruppen wächst sich nicht zum Antagonismus aus. Folglich besteht bei uns kein Grund zur Bildung antikommunistischer Parteien. Was nun die Berücksichtigung, Gegenüberstellung und Vereinbarung verschiedener Interessen betrifft, so können sie, je nach den geschichtlichen Traditionen und konkreten Umständen verschieden gehandhabt werden. Bei uns und in den anderen sozialistischen Ländern mit Einparteiensystem vollzieht sich der Meinungsstreit, die Berücksichtigung der Interessen sozialer Gruppen und ihre Vereinbarung mit den Interessen durch die vom ganzen Volk gewählten Machtorgane, die Gewerkschaften, viele andere Organisationen und die Massenmedien. Zur sozialistischen Ländergemeinschaft gehören aber auch Länder, z. B. Bulgarien und die DDR, in denen mehrere Parteien bestehen, jede mit ihrer sozialen Basis und ihren Interessen, die jedoch nicht antagonistisch sind. Bei all ihrer Verschiedenheit stehen sie auf sozialistischem Standpunkt.

Gerade dieser wichtige Umstand paßt den Verfechtern des Pluralismus nicht. Sie möchten, daß bei uns und in den anderen sozialistischen Ländern eine sei es auch künstlich geschaffene Opposition gegen den Sozialismus besteht, etwa wie die berüchtigte "Solidarnosc", für deren Aufbau in Polen die imperialistische Reaktion

Das FBI aber wußte!

Der Name R. Donovans, jenes US-Arbeitsministers, der gehen mußte, als seine Verbindungen zur Unterwelt ruchbar wurden, spukt wieder in der Presse. Laut "Washington Post" wußte das FBI schon Anfang 1981, als Donovans Kandidatur für den Ministerposten erst im Senat erwogen wurde, von diesen Verbindungen. Angaben lagen vor, daß Donovan sogar dem Anhang von Genovese, einem der Mafia-Bosse, vorgestellt worden war. Nach Dokumenten zu urteilen, die das FBI vier Jahre lang gehemdgehalten hat, wurde jenem FBI-Mitarbeiter, der über diese Information verfügte, "nahegelegt", die Untersuchung einzustellen.

Zu riskant



Der Beamte Wally Hughes aus Bretton (Großbritannien) weigert sich schon seit Monaten, das Wasser aus dem Dee zu probieren, obwohl das zu seinen Pflichten gehört. Verweigerungsgrund: In den Fluß wurden Chemikalien abgeleitet, was unter den dortigen Einwohnern Massenerkrankungen hervorrief. Laut "Tagesspiegel" (Westberlin) sagt Hughes, er habe sich verpflichtet, das Flußwasser auf seine Sauberkeit zu prüfen und

nicht als Versuchskaninchen zu dienen.

Reicht!



William Brooks und Bill Lambert aus Kalifornien schickten eine Aufforderung zur Anmeldung für die Wehrerfassung zurück, Lambert mit der Bemerkung, er habe bereits im zweiten Weltkrieg und in Korea gedient — und das müsse reichen. Wie die "Süddeutsche Zeitung" (BRD) mitteilt, ist Lambert 73 und Brooks sogar 98 Jahre alt.

Ein Exempel

statuiert

Die Tel-Aviver Behörden haben eine neue Sorge. An Strandabschnitten, die eigens für weibliche Gläubige bestimmt sind, baden einige Damen oben ohne, meldet Reuter. Die anderen Besucherinnen rufen die städtische Strandverwaltung an. Wie verlautet, wurden 8 "alternative" Badierinnen bestraft.

Einer von 300

In der BRD nehme die Zahl der Menschen merklich zu, die während der Arbeitszeit Alkohol zu sich nehmen, sagte Dr. Schork, der Präsident des Deutschen Verkehrssicherheitsrates EV, in einem

Interview für die "Neue Osnabrücker Zeitung". Wenn sie sich nach Feierabend ans Steuer setzen, verursachen sie nicht selten Verkehrsunfälle. Nach

Dr. Schorks Angaben kam es 1983 durch Verschulden betrunkenen Fahrer zu 22 000 Unfällen, die großen Sachschaden nach sich zogen, und zu 44 000 Pannen, bei denen Menschen verletzt wurden. Ergebnis: 61 000 Personen verwundet, 2547 tot. Bisher könne die Polizei, so Dr. Schork, lediglich einen von je 300 alkoholisierten Fahrern stellen.

„1001 Nacht“ unmoralisch

Die ägyptischen Behörden haben eine Auflage von "Tausendundeiner Nacht" beschlagnahmt: Gewisse Stellen in dieser klassischen arabischen Märchensammlung seien mit der "öffentlichen Moral" unvereinbar. Der Richter Ahmed Hossainy, der die Verfügung bestätigte, habe, schreibt die spanische Zeitung "El País", dem Verleger und zwei Buchhändlern eine Strafe von je 500 ägyptischen Pfund auferlegt.

Mini-Abrüstung



Die Fernsehgesellschaft ABC berichtete, daß amerikanische Militärangehörige immer mehr von militärischen Ausrüstungen und Munition mitgehen lassen. Dann verklopfen sie all das auf dem schwarzen Markt. So handeln Marineinfanteristen nicht nur mit Verpflegungsärsen, sondern auch mit Capes, Gasmasken, kugelfesten Westen und Minen. Einmal wurde sogar ein Panzer demontiert. Nach Angaben des Verteidi-

gungsministeriums sind bereits Ausrüstungen für mehr als 7 Mio Dollar gestohlen worden. Manchmal wird das Beutegut ins Ausland befördert.

Verzweiflungsakt

Vier Häftlinge im Gefängnis von Lerida (Spanien) protestierten auf ihre eigene Art gegen die schlechte Verpflegung, an- fisanäre Verhältnisse, die karge medizinische Betreuung und die Verschleppungen bei der Untersuchung der Fälle. Laut Reuter haben sie sich den Mund zugenäht. Andere Häftlinge gingen in ihrem Protest nicht so weit, traten jedoch in den Hungerstreik.

Hätte schlimmer sein können



Raubüberfälle haben in Montreal beispiellose Ausmaße angenommen. Wie die kanadische "Gazette" mitteilt, drangen zwei bewaffnete Banditen vor kurzem in den Warteraum eines städtischen Krankenhauses ein und raubten drei Patienten aus. Beschwichtigend fügt das Blatt hinzu, den Patienten seien keine körperlichen Schäden zugefügt worden.

Zärtlicher Nachwuchs

Der Konflikt der Generationen nimmt in den USA immer abstoßendere Formen an. In einer NBC-Sendung zu diesem Thema wird folgende Ziffer angeführt: Eine Million alte Amerikaner werden von ihren Kindern geschlagen und schikaniert.

Zeichnungen:
W. Rosanew

"Aeroflot" bringt die "Neue Zeit" prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ

AUF DER STRECKE
Leningrad—Stockholm
VERKEHRT DIE KOMFORTABLE
Passagier- und Autofähre
„ILJITSCH“

AB LENINGRAD:



vom 6. Mai montags
und donnerstags

Die Baltische Seereederei lädt zu einer faszinierenden Reise ein. Komfort, das vielfältige Unterhaltungsprogramm und der ausgezeichnete Service sorgen für Ihre gute Stimmung. Konferenzen, Symposien und Verhandlungen haben hier die besten Erfolgsaussichten (an Bord befinden sich sechs moderne Konferenzräume).

Das Schiff besitzt eine Klima- und eine Schlingerdämpfungsanlage.

AB STOCKHOLM:

vom 3. Mai dienstags
und freitags



IN LENINGRAD:

Passagieragentur der
Baltischen Seereederei.
190 000 Leningrad,
Herzenstraße 35.
Telefon: 315 89 86.

IN MOSKAU:

Zentrale Schiffskassen
von V/O Morpasflot.
Moskau, Kalininprospekt 21.
Telefon: 291 93 31.

IN STOCKHOLM:

ScanSov Transport AB,
P. O. Box 7474,
Norrländsgatan 12, S-10392,
Stockholm, Sweden.

INFORMATION FÜR SPEDITEURE!

Die Passagier- und Autofähre „Iljitsch“ befördert preiswert Trailerfrachten zwischen den skandinavischen Ländern und der UdSSR. Sie faßt 30 Trailer oder 345 Pkw.



Informationen über die Transportbedingungen
bei:

ScanSov Transport AB, P. O. Box 7474,
Norrländsgatan 12, S-10392, Stockholm, Sweden

SCANSOV LINE

„TSCHECHOSLOWAKEI 85“

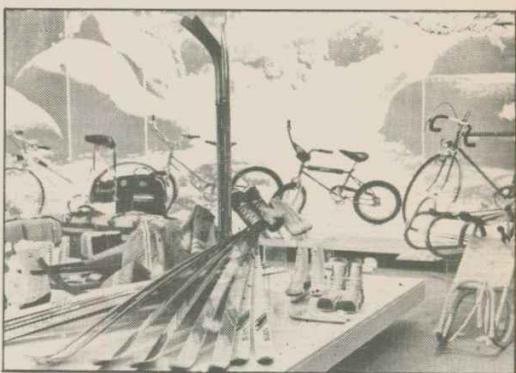
Die Jubiläumsausstellung „Tschechoslowakei 85“ in Moskau empfängt ihre Besucher täglich mit feierlichen Trompetenklängen. Sie wird zum 40. Jahrestag des Abschlusses des nationalen Befreiungskampfes und der Befreiung der Tschechoslowakei von der faschistischen Okkupation durch die Sowjetarmee gezeigt. Eine große Fotoausstellung, betitelt „9. Mai

schöpflichen Möglichkeiten, die die Integration und Kooperation der Bruderstaaten bieten. Bereit zeugen davon die Erfolge der ČSSR in der Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft und Kultur.

Ausgestellt sind Erzeugnisse des Maschinenbaus und der Robotertechnik, der Landwirtschaft und der Nahrungsgüterindustrie. Die Konsumwaren, das tsche-



Erzeugnisse
der Vereinigung
„Skodaexport“



Sportzubehör

„Agrosam 50“
leistet
den Bauern gute
Dienste



Ausblasautomat 3L

1985“, erzählt über die Zeit, in der unsere Völker in blutigen Kämpfen ihre Freundschaft zementiert haben.

Die Ausstellung ist ein Rechenschaftsbericht der Volksmacht über die vollbrachten Umgestaltungen, ein anschaulicher Beweis für die Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung und die uner-

chische und slowakische Kunstgewerbe und das industrielle Design erwecken großes Interesse des Publikums. Neuheiten der Straßenbau-, der Bau- und der Agrartechnik werden vor den Hallen demonstriert.

Im größten Pavillon der Leistungsschau der Volkswirtschaft der UdSSR treffen sich Arbeitskollektive, Kulturschaffende und Sportler beider Länder, wird Modisches vorgeführt, treten populäre tschechoslowakische Sänger und Musiker auf.

„Tschechoslowakei 85“ ist ein überzeugendes Beispiel dafür, wie viel die Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe den sozialistischen Ländern bieten und was diese Länder alles erreichen können, wenn sie ihre Bemühungen vereinigen.



Fotos: W. Panow

Offsetmaschinen
für Vierfarbendruck